

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Monatspreis 1.10 M., halbjährlich 5.50 M., jährlich 11.00 M. Einzelnummer 5 Pf. Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement 1.10 M. pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50 M., für das übrige Ausland 4 M. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Verlag: Kollé.

Die Inflation-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle ober deren Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Beraternungs-Anzeigen 30 Pf. Kleine Anzeigen, das ist Gebührte Blatt 30 Pf. (täglich 2 Gebührte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengische und Schließesam- zeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Merie über 15 Buch- staben zählen für zwei Worte. Insete für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Morikplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 26. Februar 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Morikplatz, Nr. 1984.

Der Fall Stoecker.

Es hat im Dezember vorigen Jahres weit über die Sozialdemokratie hinaus Aufsehen erregt, als bekannt wurde, daß dem Genossen Walter Stoecker in Köln wegen seiner agitatorischen Betätigung für die Sozialdemokratie die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst entzogen worden ist. Die Angelegenheit hat auch zu einer Anfrage im Deutschen Reichstage geführt, die von den Genossen Heinrich Schulz und Hofrichter an den Kriegsminister gerichtet wurde. Der Vertreter des Ministers hat damals eine inhaltliche Antwort gegeben, jetzt aber ist die Ungefährlichkeit durch ein Dokument geklärt worden, das die Unterchrift von zwei preußischen Ministern trägt. Das Schriftstück lautet:

Kriegsministerium
 Nr. 98/14, g. A. 9 des R. 2
 Nr. V. 489 des R. d. J.

Berlin B. 66, den 18. Februar 1914
 Leipziger Straße 5.

Wir sind nicht in der Lage, die Entscheidung der Ersahbehörde dritter Instanz in Koblenz, durch die Ihnen die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst entzogen worden ist, abzuändern, weil die Art Ihrer agitatorischen Betätigung im staatsfeindlichen Sinne nach dem Ergebnis der angestellten Ermittlungen, die nach § 10 des Wehrgesetzes für den einjährig-freiwilligen Dienst nötige moralische Qualifikation Ihnen zuzusprechen nicht gestattet.

Ihre an das Kriegsministerium gerichtete Beschwerde vom 25. September 1913 und dessen Vorbehalt vom 13. Dezember 1913 Nr. 767/11, 13. A. 9 II. Ang. finden hierdurch ihre Erledigung.

Die Minister

des Innern: Dallwitz

des Krieges: Falkenhahn

Der Herr Walter Stoecker
 Adln-Deuf.

Zur Vorgeschichte sei bemerkt, daß Stoecker sich mehrere Jahre in der freien Jugendbewegung an führender Stelle betätigte und dann etwa ein Jahr als Berichterstatter in der Redaktion der „Rheinischen Zeitung“ tätig war. Im vergangenen Sommer erhielt er die Mitteilung, daß ihm von der unteren Ersahbehörde (Aushebungsbereich Köln) die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst entzogen worden sei, und er sich also im ordentlichen Aushebungsverfahren zu stellen habe. Da keinerlei Gründe für diese Maßregel angegeben waren, wandte sich Stoecker an die Ersahkommission mit der Bitte um nähere Auskunft. Nach acht Wochen bekam er durch den Polizeikommissar seines Bezirks die mündliche Nachricht, daß ihm der Berechtigungsschein entzogen worden sei wegen seiner Betätigung in der Sozialdemokratie. Zugleich wurde auf den § 93 der Wehrordnung in Verbindung mit einer Verfügung der zuständigen Ministerialinstanzen vom 31. Mai 1895 hingewiesen, aus denen sich die Entziehung begründen lasse. Der § 93 der Wehrordnung gibt der Ersahbehörde das Recht, jemand den Berechtigungsschein zu entziehen, wenn er bestraft ist, ferner aber auch bei Nichtbestrafung, wenn der Betreffende beim Eintritt in den Dienst nicht mehr über die nötige moralische Qualifikation verfügt.

Die Kölner Ersahkommission weigerte sich, Stoecker die angeführte Ordr von 1895 zugänglich zu machen, da es sich um eine geheime dienstliche Verfügung handele. Ein unterer Beamter der Kommission sagte ihm dabei, daß jene Verfügung den Begriff der moralischen Qualifikation in bezug auf die agitatorische Tätigkeit in der Sozialdemokratie näher erläutere.

Jetzt liegt also die Entscheidung der höchsten Instanzen vor. An dieser ist neu, daß Stoecker die moralische Qualifikation zum einjährig-freiwilligen Dienst nicht mehr durch seine sozialdemokratische Betätigung schlechthin verloren hat, sondern durch die Art seiner agitatorischen Betätigung im staatsfeindlichen Sinne. Dadurch wird die unerhörte Herausforderung, die sich zwei Zunkerminister der Sozialdemokratie gegenüber erlaubten, nicht besser und nicht gefährlicher, denn die Art der Stoecker'schen Agitation hat sich niemals in ungeheureren Bahnen bewegt. Genosse Stoecker ist wegen seiner Agitation nie mit einer Strafe belegt worden, hat überhaupt in seinem ganzen bisherigen Leben noch nicht einmal die geringste Polizeistrafe erlitten. Man geht wohl nicht fehl, wenn man mit der Art der agitatorischen Betätigung die Arbeit für die freie Jugendbewegung gemeint ist. Der Schluß ist schon deshalb zulässig, weil ja auch der Fall Düwll sich durch die Betätigung Düwlls in der freien Jugendbewegung entwickelt hat. Im Falle Düwll konnte die Regierung aber noch einen kümmerlichen Schein des Rechts für sich in Anspruch nehmen, weil der junge Düwll eine kleine Geldstrafe erhalten hat. Bei dem bößigen unbestraften und unbescholtene Genossen Stoecker steht aber die nackte brutale Ungefährlichkeit vor aus!

Vergleiche liegen nahe. Bonner Vorurien und sonstige feudale Studenten, die ihre Jugend in alkoholischen und

seuellen Orgien zubringen, verlieren nicht nur nicht die Qualifikation zum einjährig-freiwilligen Dienst, sondern bleiben würdig, als Offiziere den dreimal heiligen Rof des Königs zu tragen und zu den höchsten Stellen im Staate aufzurücken. Ein junger abstinenter Sozialdemokrat, der seine Jugendjahre mit der Agitation gegen den Alkohol, gegen die Schundliteratur und andere Jugendfeinde zubringt, der die jungen Arbeiter zu Wanderungen hinausführt oder sich auf dem Sportplatz mit ihnen tummelt, soll wegen der Art dieser Betätigung moralisch minderwertig geworden sein. Es gehört die ganze Unverfrorenheit der preußischen Junkerregierung dazu, eine solche Ungeheuerlichkeit zu stützen und zu deden. Das preußische Volk wird, soweit es überhaupt noch zu einem rechtlichen Denken fähig ist, diesen Herrschaften selbst die moralische und sonstige Qualifikation absprechen, derartige Verfügungen zu erlassen!

Der Fall Stoecker wird ja ohne Zweifel die Parlamente noch ernstlich beschäftigen. Es wird sich zeigen, ob das Zentrum und die Liberalen auch diese junkerliche Annahme verteidigen werden. In der nationalliberalen „Kölnischen Zeitung“ ist allerdings meulich schon ein genialer Ausweg für die Zukunft gefunden worden. Das Blatt schlug vor, man solle die Fassung der betreffenden Bestimmung im Wehrgesetz dahin ändern, daß in der Person des Betreffenden die Hinderungsgründe für den einjährig-freiwilligen Dienst lägen. Dann brauche man nicht mehr das Verleghende der Ab-erkennung der nötigen moralischen Qualifikation.

Stoecker wird sich nun an diesem Donnerstag bei der allgemeinen Musterung dem Vaterlande zu stellen haben. Wir sind gespannt darauf, ob der moralisch minderwertige junge Mann doch noch ehrenhaft genug sein wird, dem Könige den Eid der Treue zu leisten und gegebenenfalls sein Blut für ein Vaterland zu verspritzen, dessen Regierung ihn mit solchen Beleidigungen regaliert hat.

Ein Berliner Polizeiaгент.

Gegen den Streifbrecher- und Polizeiaagenten Keiling begann gestern vor dem Schwurgericht in Leitmeritz die Verhandlung wegen Ermordung des Maschinenmeisters Solinger. Einen ausführlichen Bericht unsere Leser an einer anderen Stelle des Blattes. Dieser Vertrauensmann der Arbeitgeber und, wie die Verhandlung abermals ergab, der Berliner Polizei, ist — abgesehen von anderen Verurteilungen — von den Gerichten in Berlin, Hamburg, Hannover und Stade wegen der größtenteils Vergehen und Verbrechen zu Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilt, so wegen Kuppelrei, wegen Hehlerei, 5mal wegen Betruges, 4mal wegen Diebstahls. Als Nebenstrafen hat er insgesamt vierzehn Jahre Ehrverlust erhalten und ist unter Polizeiaufsicht gestellt. Die Strafen hat dieser brave Mann freilich nicht alle abtun brauchen: er ist, wie er erklärte, wiederholt begnadigt, denn er ist eine brauchbare Stütze der herrschenden Klassen, ein feiner Vertrauensmann der Polizei wie des Arbeitgeberschutzesverbandes. Er wohnte in Berlin im Hause eines Polizeireviers und stand ständig im Dienste der Polizei, die ihm, wie er erklärte, „bei jedem Streif die Aufgabe zuweist, die Unruhestifter zu ermitteln“. Seine letzte Strafe hat er im Jahre 1912 als Polizeiaagent wegen Nötigung erhalten, verübt durch Anbelung eines Unschuldigen. Bergleich suchte neulich im Abgeordnetenhaus der Polizeiminister v. Dallwitz diesen Ehrenmann von den Rodschöpfen der Polizei abzuschießen. Er, der unter Polizeiaufsicht Bestellte, steht bei der Polizei in Affordarbeit, nicht minder beim Arbeitgeberverband. Auf Fragen des Vertreters der Nebenklägerin, des Advokaten Knöpfmacher, erklärte Keiling: er stehe in einem festen Vertrag mit dem Arbeitgeber-Schutzverband in Berlin. Nach diesem Vertrag erhält er für die Vermittelung jedes Arbeitswilligen 20 Mark. Nehmen die Arbeitswilligen die Arbeit nicht an, so erhalte er nichts und müsse die Auslagen aus seiner Tasche selbst bezahlen. Die Furcht, seine Provision zu verlieren, meinte treffend Dr. Knöpfmacher, erklärt die Aufregung, daß ein Arbeitswilliger ihm abspenstig gemacht werden könnte.

Der Angeklagte suchte erst Notwehr geltend zu machen, ließ diesen Einwand aber fallen, als er sah, daß es mit dieser Lüge nichts sei, weil die Obduktion ergeben hatte, daß aus eine Entfernung von mindestens 60 Zentimeter geschossen war. Er meinte dann, die Waffe sei ohne sein Zutun losgegangen. Nach den übereinstimmenden Aussagen der Zeugen, auch des Arbeitswilligen Hinz, den Keiling gedungen hatte, sowie des Polizeiwachtmasters, war der Vorgang so: Schon auf dem Wege von Bodenbach nach Tetschen erklärte Keiling, er werde jeden niederstchießen, wer sich ihm näherte. In Tetschen traten Buchdrucker höflich an Hinz heran mit der Bitte, die Arbeit nicht aufzunehmen, da gestreift werde. Keiling zog darauf seinen Revolver, drohte zu schießen und schoß darauf den Maschinenmeister Solinger tot.

Die Verhandlung wird wohl heute beendet werden. Es kann kaum zweifelhaft sein, daß der Mörder verurteilt werden wird, da Leitmeritz nicht in Deutschland liegt. Leider können nicht auch die Verionen als Helfershelfer des Mordbuben auf

die Anklagebank in Leitmeritz kommen, die das gemeingefährliche Gewerbe dieses Agenten der Polizei und des Arbeitgeberverbandes durch Geld und in anderer Weise unterstützten.

Diese Mordbubenforste Keiling ist es, zu deren „Schutz“ die Konservativen die Erdrosselung des Koalitionsrechts der Arbeiter verlangen. Ein netter Schutzheiliger! Noch weitere Schutzpatrone!

Die weiße Salbe auf Zeche Minister Achenbach.

Die Darstellung von den Verhältnissen auf der Zeche Achenbach, die der Handelsminister bei der Besprechung der Interpellation im preußischen Landtage gab, war geeignet, den Aufsehen zu erwecken, als ob auf dieser Zeche allgemein alles in bester Ordnung gewesen wäre. Besonders der Hinweis, daß der königliche Einfahrer bei seiner Inspektion am 8. Januar „alles in Ordnung“ gefunden, und daß der Sicherheitsmann seit Juli vorigen Jahres nichts zu monieren gefunden, namentlich keine Schlagwetter festgestellt habe, muß in der Laientwelt zu der Auffassung führen, als ob im allgemeinen tatsächlich in sicherheitspolizeilicher Hinsicht kaum etwas vernachlässigt worden sei.

Diese Annahme wird in der neuesten Nummer der „Vergarbeiter-Zeitung“ als irrig nachgewiesen, und zwar in viel bündiger Weise, als es bereits gelegentlich der parlamentarischen Besprechung und in der Presse geschehen konnte. Die Veröffentlichungen der „Vergarbeiter-Zeitung“ sind eine solche wichtige Ergänzung zur Würdigung der tatsächlichen Verhältnisse im Bergbau und zur Kritik des gegenwärtigen Sicherheitsmännersystems, daß sie die Beachtung der breiteren Öffentlichkeit verdienen. Die „Vergarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht zunächst einige Eintragungen eines Sicherheitsmannes ins sogenannte Fahrtenbuch. Dort heißt es unter dem 14. September 1910:

Hö 17, süd. Querschlag, 80 Meter Lutten jurid. — Hö 18, 1. westl. Brennsberg, Teilschle, Bergerolle, 7 Meter Lutten jurid. — Hö 17, Teilschle, östl. Ueberbau, 8 Meter Lutten und 30 Meter Verteilungsleitung jurid. — Hö 15, sämtliche Ueberbau bis zur 2. Sohle entsprechen nicht den bergpolizeilichen Vorschriften. — Hö 17, 8. Sohle, östl. Pfeiler, oben in der 1. Sohle Schlagwetter.

Je nun, das ist schon lange her und ist gewiß auch behoben worden, könnte der Laie einwenden. Aber hören wir nur, was die Folge der pflichtgemäßen Eintragung war. Wir meinen für den Sicherheitsmann. Darüber heißt es in der „V.-Z.“

„Die Arbeit aber wurde am andern Tage gestundet und der Sicherheitsmann in einen Stoßhaubetrieb verlegt, wo das Gesdänge so niedrig gesetzt wurde, daß sich sein Bruder, der mit ihm zwanzig Jahre zusammen gearbeitet hatte, sofort wegmeldete.“ Es wird weiter berichtet, daß der Sicherheitsmann Stange hielt, sich aber wegen des miserablen Gedinges, das man ihm gesetzt, beschwerte. Zwar nicht ohne Erfolg, jedoch habe der Betriebsführer es sich nicht verlagern können, bei dieser Gelegenheit zu sagen: „Es ärgert mich bloß, daß Sie für andere den Kopf ins Loch halten; wenn Sie Augen davon hätten, ließe ich mir das noch gefallen.“

Schlagwetter stellte dieser Sicherheitsmann auch bei der Besprechung am 23. September 1910 fest, wie aus dem Fahrbuch zu ersehen ist. Und zwar in Hö 17, 3. Sohle, östlicher Pfeiler und in Hö 16, östliche Abteilung; an beiden Stellen in der 1. Sohle. Am 8. Oktober 1910 wurde dem Sicherheitsmann das Befahren eines Brennsberges vom Steiger wie vom Betriebsführer unter- sagt. Es bedurfte erst einer Beschwerde beim Oberbergamt. Bei der abdem erfolgten Besichtigung hat der Steiger dem Sicherheitsmann Vorhaltungen gemacht, wie er so dumm sein könne, für andere die Kationien aus dem Feuer zu holen. Bei dieser Gelegenheit, so berichtet die „V.-Z.“ weiter, sträubte der Steiger sich auch, einen bestimmten Betriebspunkt mit zu befahren. Als der Sicherheitsmann darauf bestand, ließ es: „Sie suchen wohl was gegen mich?“ — Und siehe, in dem fraglichen Querschlag stellte der Sicherheitsmann etwa 20 Meter Schlagwetter in der 1. Sohle fest. Desgleichen in einem anderen Querschlag! — Die folgende Szene, die in der „V.-Z.“ geschildert wird, ist so charakteristisch, auch für die Verantwortung der Frage, weshalb viele festgestellten Unregelmäßigkeiten nicht ins Fahrtenbuch eingetragen werden, daß wir die Stelle wörtlich zitieren möchten:

„Der Steiger fiel bald auf den Rücken, warf Stod und Lampe weg und rief: Woher wissen Sie denn alles, ich sehe vor einem Kaniel; wenn ich wüßte, daß Sie heimlich kontrolliert hätten, würde ich Sie beim Betriebsführer melden und Sie belämen unwiderstehlich die Abwehr! — Der Sicherheitsmann sagte darauf ruhig, daß er sich nicht ins Hochhorn jagen lasse, sondern nur seine Pflicht tue. Darauf wurde der Steiger wieder klein und sagte: Legen Sie doch diese Sachen an die Seite, Sie stehen sich viel besser; der Betriebsführer und alle sind Ihnen gut gesonnen. Und dann denken Sie auch an meinen Beruf; wir Steiger können auch nicht, wie wir wollen. — Der Sicherheitsmann erwiderte: Ich will nicht zum doppelten Lumpen werden, ich will auch meinen Kameraden frei ins Auge schauen können. Der Steiger aber ließ nicht nach und dat: Dann tragen Sie doch wenigstens die Schlagwetter nicht ein. Ich will sofort Ordnung schaffen lassen. — Nach langem Hin- und Herreden ließ der Sicherheitsmann sich erweichen und nahm von der Eintragung der Schlagwetter Abstand.“

Noch eine Reihe späterer Feststellungen von erheblichen Schlagwetteranmahlungen und daraus resultierender Unannehmlichkeiten für den Sicherheitsmann werden in der „V.-Z.“ geschildert. Der Märzfest 1912 gab willkommenen Gelegenheit, die gewissen-

hatten Sicherheitsmänner zu entlassen. Nirgends im Gebiet belanden sie Arbeit; sie mußten ins eisfällige Kaliber vier auswandern.

So werden die Sicherheitsmänner zu weißer Salbe zerrieben!

Um das Koalitionsrecht.

Ein Arbeitgeber bestraft.

Der seltene Fall, daß ein Arbeitgeber wegen Verstoßes gegen § 153 der Gewerbeordnung bestraft wird, ist aus Tilsit zu registrieren, freilich ist die Strafart und die Strafhöhe außerordentlich milde ausgefallen.

In Tilsit schloß sich im vorigen Jahre während der Aussperrung der Kaler, der Kalermeister Augustus dem Arbeitgeberverbande nicht an. Das rief unter seinen Kollegen Entrüstung hervor. Als ihn der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes, Kalermeister Weber, während des Kampfes gegen die Gesellen auf der Straße traf, erhielt er von dem Herrn Vorsitzenden einen Stoß mit dem Ellenbogen, daß er taumelte, die Hilfe der Ärzte in Anspruch nehmen mußte und längere Zeit unfähig war. Obwohl hier ein klarer Verstoß gegen § 153 der Gewerbeordnung vorliegt, wurde Herr Weber, der Vorsitzende der Arbeiterorganisation, vom Schöffengericht nur zu 10 Mark Geldstrafe verurteilt. Dieses erstaunlich gelinde Urteil wurde auch von der Strafkammer bestätigt.

Wieviele Monate Gefängnis hätte wohl ein Arbeiter erhalten, der in dieser Weise „terrorisierte“. Auch wenn er einen Arbeitswilligen nur wörtlich beleidigt hätte, wäre die Strafe der Art und der Höhe nach anders ausgefallen. Beschuldigt? Weil das Koalitionsrecht der Arbeiter für diese unentbehrlich ist oder weil der gemißhandelte Arbeitgeber die berechtigten Forderungen der Arbeiter anerkannt hatte? Aber, nein — das wäre ja klare Klassenjustiz! Warum also? Weil der Angeklagte ein Arbeitgeber war?

Politische Uebersicht.

Reichseisenbahnamt.

Aus dem Reichstag, 25. Februar: Der Etat des Reichseisenbahnamts ist heileibe nicht zu verwechseln mit dem Etat der Reichseisenbahnen. Das mußte der nationalliberale Prinz Schoenaich-Carolath heute zu seinem Schaben erfahren, der wider seine Ansichten über die Reichseisenbahnen auszusprechen begann und, vom Präsidenten auf seinen Irrtum aufmerksam gemacht, betriß das Feld räumte. Desto fätsel-fester und beschlagener zeigte sich Genosse Hasenzahl, der sich an der Hand konkreter Beispiele über die Betriebssicherheit der unterschiedlichen deutschen Bahnen ausließ und eine Reihe von Unfällen, abgesehen vom Vergehen des Signalisierdienstes, auf die allzu ausgedehnte Arbeitszeit der Beamten zurückführte — so taten im letzten Jahre 34 Prozent des Lokomotivpersonals der hessisch-preussischen Eisenbahngemeinschaft mehr als die zehn Stunden Dienst hintereinander, die die Dienstordnung als Höchstzeit vorschreibt. Auch fertigte Genosse Hasenzahl den Nationalliberalen Schwabach gründlich ab, der bei der Beratung des Reichsamt des Innern die Fürsorge der Sozialdemokratie für die Eisenbahner geleugnet hatte. Herr Schwabach wußte auf diese Abfertigung nichts Positives zu erwidern und ätzerte im übrigen den verstorbenen Genossen Singer, um die von niemand bestrittene Notwendigkeit des Reichseisenbahnamtes zu beweisen. Der konservative v. Voehn klagte beweglich, daß das Hindernis bei der Eisenbahnbeförderung mancherlei Unzuträglichkeiten zu bestehen habe, und der Volksparteiler Haas wandte sich, was auch Genosse Hasenzahl schon getan, gegen das Uebergewicht Preußens auf dem Gebiet des Eisenbahnwesens. Was der Präsident des Reichseisenbahnamtes Wadertzapp auf die verschiedenen Klagen, Beschwerden und Anregungen zu sagen hatte, läßt sich im stenographischen Bericht des Vorjahres nachlesen. Der Zenträmmer Sped machte zuletzt in Partikularismus, indem er sich gegen die Reichseisenbahngemeinschaft wandte.

Zu Beginn der Sitzung erstattete Genosse Hoch Bericht über eine Anzahl Petitionen, darunter die der 300 000-Mark-Spende der Richard-Wagner-Stiftung, die abgelehnt wurde, und eine andere, die darth, daß durch die Fälschung von Bohrerfakaten beim Bau des Kaiser-Wilhelm-Kanals durch einen Beamten einem Unternehmer ein Schaden von drei Millionen Mark entstanden ist!

Morgen: Weiterberatung.

Peukerts Memoiren.

II.

Peukerts Tugend und die Korruption beim Züricher Unterstüfungsfonds.

In Zürich sah zur Zeit des Sozialistengesetzes auch die Verwaltung des Unterstüfungsfonds für die im Ausland befindlichen Opfer des Sozialistengesetzes. Als die Gegenätze zur Volkschen „Freiheit“ immer stärker in Erscheinung traten, hatte Rost schon 1880 in der „Freiheit“ erst die Parole ausgegeben, nach Zürich seine Gelder mehr zu senden; später aber ging er noch so weit, der Sammlung von Unterstüfungsgeldern überhaupt zu widersprechen, weil das der revolutionären Bestimmung zuwiderlaufe und der Revolutionierung der Köpfe hinderlich sei.

Ende 1880 war Peukert aus Paris abgewiesen worden. Er kam nach Basel, erfuhr dort natürlich sofort riesige Erfolge über die „Züricher“, dann ging er nach Zürich, um „Einblick in das beharren der dortigen Führer zu gewinnen und über die mannigfachen gemachten Beschlüssen über mißbräuchliche Verwendung des Unterstüfungsfonds sich ein eigenes Urteil zu bilden.“ Echt peukertlich schreibt er:

Man behauptete, daß sehr bedürftige, gemahropelte Genossen abgewiesen werden, weil sie mit der revolutionären Richtung sympathisierten, während andere — Günstlinge der Führer — überreichlich bedacht wurden.

Man behauptete also muß Herr Peukert, der Wahrheitsfanatiker, dem Draußen Korruption auf den Leib rücken. Er geht nach dem Bureau des „Sozialdemokrat“ in Göttingen, wofolst ich nur Herrn Christ von der „Arbeiterstimme“ antreffe.“ Herr Christ ist zwar niemals im Bureau des „Sozialdemokrat“ tätig gewesen, sondern — Herr Peukert war in der Expedition der „Arbeiterstimme“ in der Kasinostraße gewesen; das Bureau des „Sozialdemokrat“ befand sich am oberen Wolfbach. Aber Herr Peukert muß im Bureau des „Sozialdemokrat“ gewesen sein, sonst hätte ja die Kottig ihren Zed verfehlt. Herr Christ, der natürlich mit dem Unterstüfungsfonds nichts zu tun hat, bestellt Herrn Peukert auf nachmittags 3 Uhr. Denn wer nicht als Genosse bekannt ist, kommt nicht nach dem oberen Wolfbach. Und nun phantastiert Peukert:

Punkt 3 Uhr fand ich die ganze illustre Gesellschaft des sozialdemokratischen Hauptquartiers anwesend: Bollmar, Mottelet, Bernstein, Hertel, Obrist, Bürkli, Hautsch, Schwarzhinger und drei bis vier andere, deren Namen mir unbekannt waren.

Daran knüpft Peukert eine dramatische Szene, eine Art Ver-

Wie wäre es, Herr Raempff?

In Hildesheim wurde dieser Tage in einer Versammlung des Bundes der Landwirte das Paradeponne Dertel vorgelesen. In seiner Rede vollumnte es von satism bekannten Späßen und Wäßen, auch die Sammlungschaalmei ertönte zwischenrein, und gegen die Sozialdemokratie wurde — wie könn' es anders sein! — mit schwerem Geschloß losgehollert. Besonders Interesse hat dabei nur folgende Stelle der Dertel'schen Rede:

„Es gibt einige Sozialdemokraten, die bereiten ihre Angriffe gegen den Kaiser so hämißlich vor, so niederträchtig und ekelhaft, daß der Reichstagspräsident keine formelle Möglichkeit zum Einsprechen findet. Ich verdenke es ihm dennoch, daß er nicht einschreitet. Er sollte es darauf ankommen lassen. Wenn ihn der Reichstag nicht unterstützt, so würde das zur Klärung beitragen.“ (Sehr richtig!)

Sei Dertel! Sei konservativ! Wie hier dem Reichstagspräsidenten nahegelegt wird, ohne rechtlichen Grund gegen die Sozialdemokraten mit Ordnungsrufen zu wälten, also seine Amtsgewalt grüßlich zu mißbrauchen, so schreien unsere Junker auch herzhast danach, daß die Richter wider Recht und Gesetz, „im Interesse der Staatsnotwendigkeiten“ Sozialdemokraten auf gut Glück verurteilen, und so jubeln sie einem Oberst zu, der wider Recht und Gesetz mißliebige Bürger in den Pandurenkeller sperrt. Ueberall trampeln sie alles geschriebene und ungeschriebene Recht brutal zu Boden. Das Tragische aber ist, daß diese Aufforderung zum Rechtsbruch an einen Präsidenten gerichtet wird, der wahrhaftig an reaktionärer Parteilichkeit nichts mehr zu wünschen übrig läßt und der längst mit seinen verführten, verspäteten und unberechtigten Ordnungsrufen den gefährlichen Fluß der Lächerlichkeit auf sein Haupt herabgerufen hat. Aber Dank dem Hauße Oldenburg? Herr Raempff wird wehmütigen Blicks den Bericht über Dertel's Rede beiseite legen: Ich habe schon so viel für Dich getan, daß mir zu tun fast nichts mehr übrig bleibt!

Sinkende Reichseinnahmen.

Die schlechte Konjunktur macht sich auch bei den Reichseinnahmen bemerkbar, man rechnet mit einem Ausfall von etwa 20 Millionen Mark gegenüber dem Etatsansatz. Bei der Spannung des Etats ist eine solche Mindereinnahme von erheblicher Bedeutung. Die Ausgaben sind gemacht, und es muß nun für Dedung gesorgt werden. Die Schuld an diesem Resultat trägt hauptsächlich die Mehrheit des Reichstages, die zur Dedung der laufenden Ausgaben aus Anlaß der letzten Heeresvorlage einfach einzelne Etatsmittel erhöht hat und damit Einnahmen schuf, die von vornherein nur auf dem Papier standen. So hat man die Einnahmen aus den Zöllen einfach um 18 Millionen Mark höher angesetzt; tatsächlich haben aber die Getreidezölle allein — infolge der ungünstigen Ernte — eine Mindereinnahme von 40 Millionen Mark gebracht. Auch der Stempel auf Wertpapiere lieferte statt der angelegten 11 Millionen nur 5 Millionen Mark. Mehreinnahmen brachten die Zundersteuer mit 16, die Zigarettensteuer mit 5, die Brausteuer mit 6, die Salzsteuer mit 3 Millionen Mark. Trotzdem bleibt ein Defizit von 20 Millionen Mark, das sich noch vergrößert, falls, wie zu erwarten ist, bei den Ausgaben erhebliche Ueberschreitungen vorgekommen sind.

Ein ultramontanes Märchen.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bringt an der Spitze ihrer letzten Nummer folgende Notiz:

„Unter Bezugnahme auf Verhandlungen, die im Laufe der letzten Wochen von der Reichsfinanzverwaltung mit Vertretern aller größeren Parteien des Reichstages über die Umgestaltung der in den Kommissionsbeschlüssen vorgesehenen Organisation für die zu errichtende Betriebsgesellschaft mit Leudtölz stattgefunden haben, glaubt eine parlamentarische Zeitschrift an die „Köln. Volkszeitung“ vom 21. d. M. den Abbruch eines Kompromisses zwischen der Regierung und der sozialdemokratischen Partei mitteilen zu können, durch welches sich die Regierung für ein Entgegenkommen gegen sozialdemokratische Wünsche hinsichtlich einer obligatorischen Organisation der Petroleumarbeiter und Angestellten des Eisenbahnwesens verpflichtet hat. Diese Mitteilung wie die daran geknüpfte Betrachtung entbehrt jeder tatsächlichen Unterlage.“

Wir verstehen nicht recht, warum die „Nordd. Allgemeine Zeitung“ das schöne Märchen der „Köln. Volksztg.“ formell und offiziell dementiert; denn kein vernünftiger Mensch dürfte das alberne Geschwätz des Kölner Blattes ernst genommen haben.

hör in Frage- und Antwortform, das er „wortgetreue Wieder-gabe“ nennt und innerhalb dessen Verlauf er — das unschuldige Lämmlein — von dem ahl so brutalen und ahl so hochmütigen Genossen Bernstein fürderlich mißhandelt worden sei, weil dieser ihm — und mit allem Recht — ins Gesicht gesagt habe, daß er nichts zu beanspruchen habe.

Es ist möglich, daß Peukert in Göttingen Unterstützung beansprucht hat; wahrscheinlich ist es, daß er abgewiesen worden ist, weil es ein Stück Unverschämtheit war, von den „Zürichern“, die er belästigte und verleumdete, Unterstützung zu beanspruchen, nachdem die „Freiheit“ aufgefordert hatte, keine Gelder mehr nach Zürich zu senden, und weil in der Tat von den Köstianern auch schon seit langem kein Pfennig mehr geschickt wurde. Alles andere ist frech erlogen. Niemand haben „Dertel, Obrist, Bürkli, Hautsch, Schwarzhinger und drei bis vier andere“ mit der Verwaltung des Unterstüfungsfonds etwas zu tun gehabt, niemals hat man sie zu bezerrigten Sitzungen herangezogen — und nun gar Peukerts wegen, im Jahre 1880! Damals war Peukert wirklich noch nicht so „gefährdet“, wie er — sich später einbildete.

In einer anderen Stelle seines Buches (S. 66) schwelgt Peukert in der Erinnerung eines großen Sieges, den er in einer Versammlung in Basel erfochten hatte. „Von den „Zürichern“ waren Bollmar, Bernstein, Bürkli, Seubert, Hertel, Gutschmann als Redner da, welchen ich von unserer Seite allein gegenüberstand.“ Das war ein Polkaffee. Denn diese Versammlung in Basel hat niemals stattgefunden. Einmal war solche Verwendung von Redefakten auch damals nicht üblich, dann war Hertel überhaupt kein Redner, Bürkli trat niemals in solchen öffentlichen Versammlungen als Redner auf, mischte sich grundsätzlich in diesen Kampf nicht ein, und Bernstein ist niemals in Basel dem Peukert entgegengetreten, weder allein noch in solch „illustrier Gesellschaft“.

Eine nichtwürdige Verleumdung Peukerts.

Als Reindorf in Gemeinschaft mit Genossen Berner (1880) nach Berlin ging, um dort eine geheime Druckerei einzurichten, stand im Züricher „Sozialdemokrat“, Reindorf sei in Berlin, „um im Auftrage der Polizei ein Dynamitententat auszuführen.“ Die Genossen sollen sich in acht nehmen.“ Das genügt natürlich der Polizei, Reindorf zu verhaften, den ganzen Plan zu bereiteln, ihn monatelang wegen Dynamiterei in Unterstüfungshaft zu halten und auf den „Schuß“ zu bringen.“ So schreibt Randmülers „Ehrenmann“ Peukert auf Seite 202. Man beachte: Peukert gibt unter Knäufelungszeichen, so daß jeder

Schiemanns Rüstung.

Man erinnert sich, daß vor 14 Tagen Professor Schieman in der „Kreuzzeitung“ für die deutsch-englische Allianz eintrat, durch die alle Schwierigkeiten der europäischen wie der Weltpolitik in die Bahnen ruhiger und gedeßlicher Entwicklung gelenkt werden könnten. Um dieses Bündnis zu erreichen, bedürfte es nichts als eines starken Willens, der sich über persönliche Eitelkeits- und Empfindlichkeitsfragen hinwegsetzen könne.

Diese Ausführungen des Kreuzzeitungs-Rundschauers erregten bei seinen eigenen politischen Freunden peinliches Aufsehen, nicht nur um des Willens willen, das hier aufgestellt wurde, sondern vor allem wegen der unumwundenen Feststellung, daß die Fortdauer der europäischen Unruhe nur an dem Fehlen des guten Willens bei den Regierungen liege.

Auf ermahnte Vorstellungen, die in dieser Beziehung dem Professor Schieman gemacht worden sind, darf wohl der Kommentar zurückgeführt werden, den er in seiner neuesten Rundschau seinen Betrachtungen folgen läßt. Heute versichert er, seine Worte hätten sich nur an die englische Adresse gerichtet. Die europäische Rüstungswallung bestehe, solange als England nicht deutlich zu verstehen gebe, daß Rußland und Frankreich bei einem Krieg mit Deutschland auf seine Unterstützung nicht zu rechnen hätten.

An die Herren Asquith, Churchill, Grey war mein Appell gerichtet. Ich glaube allerdings, daß das allen englischen Interessen ins Gesicht schlagende russisch-englische Abkommen von 1897 zu einer Preisfrage seines Urhebers geworden ist, ganz wie ich glaube, daß die Vermehrung der englischen Flotte ins Ungemessene und Unbegrenzte eine Frage des empfindlichen Ehrgeizes des ersten Lords der Admiralität geworden ist. Das eine wie das andere müßte bei klarer und nüchternen Beurteilung der Verhältnisse von den Irwegen abführen, die eingeschlagen worden sind.“

Nun werden die konservativen Rüstungspatrioten wohl wieder beruhigt sein, aber die Ruße ist auf Kosten des öffentlichen Rufes des Herrn Schieman hergestellt, der vor vierzehn Tagen nicht mit einem Wort zu verstehen gegeben hat, daß seine tadelnde Ermahnung sich nur an die englischen und nicht auch an die deutschen Staatsmänner richte, sondern ausdrücklich davon sprach, daß ein Teil dem andern die Schuld gebe.

Die gefüllte Kompottschüssel.

Das ehemalige Sperlblatt ist bekanntlich unter amtlicher Mitwirkung durch die Dynastie Rupp saniert worden. Kein Wunder, daß es jetzt nach seiner Umwandlung in ein halb der Regierung, halb der Anonensfirma dienstbar gemachtes Organ der Volksverblödung womöglich noch törichtere Artikel bringt, als früher. Besten es fähig ist, beweist ein Artikel über den Geburtenrückgang, in dem es heißt:

„Die Lage der arbeitenden Klasse hat sich gegen frühere Zeiten unendlich gebessert, die Löhne haben sich vervielfacht, für Zeiten von Krankheit, Unfall, Invalidität ist durch Versicherung gesorgt worden; von der Wiege bis zum Grabe sorgt der Staat für das Wohl der Angehörigen dieser Bevölkerungsklassen auf Kosten aller anderen. Wie sieht es dagegen mit den zahllosen Beamten, Offizieren, den kleineren Unternehmern jeder Art? Ihre Einnahmen sind weitaus nicht in dem Verhältnis gestiegen wie die Arbeiterlöhne. Welcher Offizier, welcher mittlere Beamte, der über kein eigenes Vermögen verfügt, ist heute überhaupt noch in der Lage, eine Familie zu gründen? Heiraten kann nur noch aus diesen Kreisen, wer selbst reich ist oder eine reiche Frau findet.“

Dem Schlaraffenland des Proletariats wird also hier das Jammerlos von Offizieren und mittleren Beamten (gemeint sind dabei, wie sich aus dem ferneren Inhalt des Artikels ergibt, Richter, Lehrer höherer Lehranstalten usw.) entgegengesetzt. Diese Kernisten erreichen ja auch nur ein Höchstgehalt von 7200 Mk. und einen Wohnungsgeldzuschuß von 1200 Mk., so daß sie ja nur 4—5 mal so viel zu verzehren haben, wie der bestgestellte, großstädtische Arbeiter oder zehnmal soviel, wie viele Millionen Arbeiterfamilien!

Daß es selbst in Berlin unzahlige Arbeiter gibt, die aus bitterster Not auf Familienzuwachs verzichten müssen, beweisen uns zahlreiche Zustrißen. So schreibt uns ein Schuhmacher, daß er sich für 22—25 Mk. Lohn die Woche plagen muß und es durch Heimarbeit am Feierabend auf 27—28 Mk. die Woche bringt. Seine Ausgaben aber belaufen sich trotz aller Sparsamkeit auf 31 Mk. die Woche, obwohl er nur selten ins Wirtshaus kommt, überhaupt äußerst solide ist und nur ein Kind heißt. So muß denn die Frau, trotzdem sie schwächlich ist, mitverdienen helfen. Aber auch so reicht der Verdienst der beiden Ehegatten nur gerade zur dürftigsten Lebenshaltung, so daß „wir nicht mehr Kinder haben

Leser glauben muß, es handle sich um ein wörtliches Zitat aus dem „Sozialdemokrat“.

Die ganze Behauptung ist von A bis Z erlogen; das Zitat ist von Peukert frei erfunden!

Aber nein, es ist etwas Wahres daran. In Nr. 47 des „Sozialdemokrat“ vom 21. November 1880 stand eine Korrespondenz aus London, welche sich mit dem Epichel Reumann, dem Intimus von Rost, beschäftigte. Weiter wird von dem Schwindel berichtet, den Rost, Reindorf und Neuron-Petersen mit der Wistenkarte des Rüstlichen Hartmann getrieben, indem sie Nachrichten über den russischen Rüstling in englische Zeitungen lancierten und dafür 30 Pfund Sterling ernteten. „Dies Geld sollte als Reisegeld für Reindorf und Neuron dienen, um in Deutschland ein Attentat in Szene zu setzen, das, nach dem Ausspruch des Herrn Rost, der deutschen Sozialdemokratie den Garaus machen sollte.“

Und unmittelbar darauf folgte die Bemerkung, daß die Herren augenscheinlich nicht die Courage, ja wahrscheinlich nicht einmal die ernsthafte Absicht besäßen; man habe sich anscheinend mit Drohbrieten an gewisse Persönlichkeiten begnügt, worauf teilweise die Verhängung des kleinen Verlagerungszwanges über Friedrichshagen, Hamburg, Altona, sowie die Unterstüfung des Bismarckischen Eisenbahnmagens nach Dynamitpatronen zurückzuführen sind. „Solche Streiche führen Duben oder Ratten aus oder auch — Agents provocateurs.“

Die späteren Bekennnisse des damaligen Korrespondenten der „Freiheit“ und gleichzeitigigen Epichels Wichmann aus Altona an Ruer geben denn die Erklärung.

Selbstverständlich wußte der „Sozialdemokrat“ nichts davon, daß Reindorf in Deutschland sei oder gar, daß er verhaftet sei. Aber in Nr. 47 der „Freiheit“ vom 20. November, die wohl vier Tage vor Fertigstellung der Nr. 47 des „Sozialdemokraten“ erschienen, berichtet Rost, daß Reindorf unter dem Namen Epichel in Berlin sich aufhielt, verhaftet und mit Hilfe der Freiburger Polizei als Reindorf festgestellt wurde, und bereits in Nr. 48 berichtet er, daß Reindorf schon seit 10 Wochen sich im Gefängnis befinde.

Dieser Tatbestand ist gegenüber den Verleumdungen der „Freiheit“ und der „Autonomie“ wiederholt dem „Sozialdemokrat“ festgelegt worden, mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß die Veröffentlichung erst erfolgt sei, nachdem der Viertheilgenweichte, Reumann, als Epichel entlarvt worden — also für die Polizei überhaupt nichts mehr zu enthüllen war.

Dreißig Jahre später wiederholt der „Ehrenmann“ Peukert diese Verleumdung und läßt dazu: „das genügt der Polizei, Reindorf zu verhaften“, obgleich er wußte, daß Reindorf zehn Wochen vor der Veröffentlichung dieses Epichelattentat-Berichts im „Sozialdemokrat“ verhaftet und daß Reindorf niemals wegen

„Sinnen“, wie es in der Zukunft best, so lieb auch meine Frem-
sinder hat“. Und, so fügt der Briefschreiber hinzu, „ich bin über-
zeugt, daß es vielen anderen nicht besser geht“.

Und da wehklagt das Organ des Kanonemultimillionärs, daß
ein armer Teufel von Offizier oder Richter nur dann zur ehelichen
Fortpflanzung schreiten könne, wenn es ihm gelingt, einen Goldfisch
zu angeln!

Das Instrument der Agrarier.

Die Agrarier wollen nichts vom Parlamentarismus wissen.
Die Regierung hat über den Parteien zu stehen und sich den Teufel
um den Willen der Mehrheit des Volkes und des Reichstages zu
kummern. Wenn die Volkvertretung nicht so will wie sie, wenn
das Parlament der Regierung keine Grundlage für eine geordnete
Führung der Reichsgeschäfte bietet, und ihr „Schwierigkeiten
macht“, dann löst man auf und jagt die Erwählten des Volkes
zum Teufel.

Nach am Sonntag konnten wir diese staatsrechtliche Auffassung
von der „Deutschen Tageszeitung“ vertreten sehen. Am Montag
aber tagte eine Sondernitzung des Bundes der Landwirte in Hildesheim,
in der nach dem einleitenden „Geheiß“ des Herrn Oertel, Die-
derich Hahn das Wort ergriff, um über die Schwäche Beth-
manns zu sprechen, der die Dinge gehen lasse und darauf verzichte,
die „Freunde der vaterländischen Arbeit“ zum Kampf für die
höchsten Interessen zu sammeln.

Hahn sprach dann von den neuen Handelsverträgen und kam
zu dem Ergebnis:

„Die Regierung führt nicht, sie löst sich von der Mehrheit
führen, und so werden wir, wenn wir nur einig sind, dazu kom-
men müssen, Herrn von Bethmann Hollweg, falls
wir noch die Ehre haben, ihn einige Jahre zu
behalten, durch eine nationalwirtschaftliche
Mehrheit zu zwingen, einer besseren Führung zu folgen.“

Gegen die „nationalwirtschaftliche Mehrheit“, die, wie der
Bundesführer darlegte, die wichtige Aufgabe hat, den Reichskanzler
für einen Kollisionskrieg gegen Rußland scharf zu machen,
sieht der Regierung natürlich kein Appell an das Volk zu.

Wie immer!

Die Enthüllungen über die rutschen Antriebe der Ostmar-
kenvereiner, die, wie von polnischer Seite im Abgeordnetenhaus dar-
gelegt wurde, sogar der Regierung kein Geheimnis sein konnten,
haben berechtigtes Aufsehen erregt. Die Wackenschaffen der Liebo-
mann und Obernischen waren so ungenügsamer Natur, daß
die Regierung alle Ursache gehabt hätte, die staatsgefährlichen An-
triebe in der schärfsten Form zu verurteilen und vom Ostmar-
kenverein sofort abzurufen. Statt dessen begnügte sie sich mit
einigen oberflächlichen Ausreden und überließ es dem Abgeordneten
v. Kardorff, den blamierten Ostmarkenverein dadurch herauszupauken,
daß er sich über den Beamten des Ostmarkenvereins, einen unter-
geordneten, schlecht bezahlten Registrator, moralisch entrüstete,
durch den die Skandalosa der Ostmarkenvereiner aus
Tageslicht gekommen waren. Nachdem von polnischer Seite
die jammervolle Heuschreck dieser täppischen Taktik gebührend ge-
brandmarkt worden war, hätte man eigentlich annehmen sollen, daß
die Behörden ihre Aufmerksamkeit nunmehr wenigstens dem gemein-
gefährlichen Treiben des Ostmarkenvereins zuwenden würden, statt den
absichtlichen Spuren des Herrn von Kardorff zu folgen. Aber
davon hört man nichts, wohl aber bestrebt man die polnischen
Blätter mit Hausdurchsuchungen, um zu ermitteln, auf welchem Wege
die Enthüllungen an die Öffentlichkeit gelangt sind. Weidet doch
das Weisse Bureau:

Posen, 25. Februar. Gemäß einem Beschlusse des kün-
ftigen Amtsgerichts auf Grund Erlassens der Staatsanwaltschaft
hat die hiesige Kriminalpolizei heute morgen zwischen
7 und 8 Uhr in den Redaktionen des „Dziennik Posa-
nanski“ und des „Kurjer Posański“ sowie in den
Wohnungen der Verleger, der Redakteure und des technischen
Personals dieser beiden Zeitungen, insgesamt an etwa
50 Stellen, Hausdurchsuchungen vorgenommen in Sachen der
bekannten Enthüllungen betreffend das Verhältnis des
Ostmarkenvereins zu den galizischen Ruthenen.
Ueber das Ergebnis der Hausdurchsuchungen ist noch nichts bekannt.
Vermutlich wird das Ergebnis gleich Null sein, was auch der
Staatsanwalt hätte voraussehen können.

Aber so wird es bei uns gemacht. Nicht die Entlarbten kriegt
man bei uns am Reagen, sondern diejenigen, die sich das Verdienst
der Enttarnung erworben haben!

dieser Affäre in Untersuchung genommen worden war, und ob-
gleich Peukert wissen mußte, daß die Verhaftung Reinsdorfs in
Deutschland auf den Spitzel Reumann zurückzuführen war, der
ja zu der Zeit noch der Vertrauensmann Mojsis war und blieb,
trotzdem ihn Reumann und seine eigene Frau vor Reumann ge-
wornen hatten. Als Reinsdorf aus dem Gefängnis entlassen wurde,
konnte er sich ruhig in Leipzig aufhalten und ungehindert Deutsch-
land durchreisen.

Im Anschluß daran noch eine Verleumdung des Landauer-
schen „Ehrenmannes“ gegen Liebknecht.

Reinsdorf ward später — am 7. Februar 1885 — wegen des
Niederwald-Attentates hingerichtet, das in unseren Reichen als
Polizeimache aufgefaßt worden war. Seite 202 schreibt nun
Peukert:

„Den Vogel dieser Gemeinheit aber schoß Liebknecht ab, als
er am Vorabend vor der Hinrichtung Reinsdorfs in
einer seiner Reden von der Reichstagstribüne herab erklärte:
Er habe „die untrüglichen Beweise, Reinsdorf sei eine Kreatur
und im Solde der Reaktion“.

Man beachte auch hier wieder: Peukert zitiert unter An-
führungsstrichen, erwidert also den Anschein, daß ein wörtliches
Zitat aus einer Rede Liebknechts vorliege. Liebknecht hat am
Vorabend der Hinrichtung überhaupt im Reichs-
tage nicht gesprochen. Die ganze Behauptung Peukerts ist
wiederum von A bis Z erlogen. Aber — und das unterschlägt
Peukert — Liebknecht hat in Nr. 1 des „Sozialdemokraten“ vom
1. Januar 1885 in einem Artikel über den „Dynamitprozeß Reins-
dorf und Genossen“ wörtlich geschrieben:

„Zunächst sei eine Art Ehrenpflicht erfüllt,
indem ich feststelle, daß der Prozeß die gegen Reinsdorf erhobene
Beschuldigung, daß er Agent der Polizei sei, nicht als wahr
erweisen hat. Im Gegenteil — sie haben — meiner
Heberzeugung nach — ihn nach dieser Richtung hin be-
reingt.“

Peukert schreibt im Anschluß an diese Verleumdung gegen
Liebknecht:

„Möge man alle nur denkbaren Erklärungsgründe für solche
Sondlungsweise in Betracht ziehen, persönlichen und Parteihass,
Aufregung, Leidenschaftlichkeit, Einseitigkeit oder selbst Nach-
gefühl, kurz alles, was den Menschen zum Unrechtum verleitet,
aber für solche perfide, systematisch betriebene Niedertracht wird
man vergebens nach einer Entschuldigung oder Rechtfertigung
suchen.“

Dieses Urteil Peukerts — über Peukert soll stehen.
Meiden.

Glaubt nicht auch Herr Landauer, daß sein „Ehrenmann“
sich damit selbst am besten charakterisiert hat?

Richard Fischer.

Krisis im Bund der Industriellen.

Der Plan zur Gründung einer Deutschen Gesellschaft für Welt-
handel hat sich, wie wir schon an anderer Stelle ausführten, als
ein Versuch entpuppt, den Bund der Industriellen vor den
Wagen des Zentralverbandes Deutscher In-
dustrieller zu spannen. Bisher gingen beide Organisationen
in politischen Fragen auseinander, weil der Bund die Fertig-
fabrikindustrie, der Zentralverband die Schwerindustrie (Kohle-
industrie) vertritt. Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt diese Wendung
den Kreisbereichen des Syndikats des Bundes Dr. Stresemann zu:

„Bei der Errichtung der Welthandelsgesellschaft sollten
Zentralverband und Bund der Industriellen zusammengehen. Nach
außen betonte man dabei natürlich stark die Gleichberechtigung
und die Unabhängigkeit der beiden Verbände. Aber faktisch be-
deutete es die Unterwerfung des Bundes unter den
Zentralverband; in dem Augenblick, in dem der leitende Kopf
des Bundes (Dr. Stresemann) das hohe Einkommen eines Vor-
standsmitgliedes der Welthandelsgesellschaft, zu einem erheblichen
Teil aus den Mitteln des Zentralverbandes und seiner Mitglieder,
annahm, hörte der Bund auf, dem Zentralverband ein ernsthafter
Gegner zu sein. Das mußte Herr Dr. Stresemann wissen; er
hat trotzdem unter Benutzung seiner Stellung im Bund seine
persönlichen Ziele, die ihn immer mehr in die Nähe des Zentral-
verbandes führten, weiter verfolgt.“

Man erinnert sich jetzt der von Dr. Stresemann in Szene ge-
setzten Aktion des Industrierates des Hanfandes zum Schutze
der Arbeitswilligen, die den Hanfabund in peinlicher
Weise präjudizierte, die aber dem Zentralverband zweifellos sehr
wohl gefiel. Man erinnert sich vieler anderer Dinge, vor allem
auch des seltsamen Verhältnisses der Bundesleitung in den
Tagen, als der Zentralverband in Leipzig für das „Kartell
der schaffenden Arbeit“ mit dem Bund der Landwirte
öffentlich Freundschaftsbeziehungen tauschte. Damals wäre eine
große Abwehraktion des Bundes der Industriellen, ein energischer
Verwehrruf gegen den Zentralverband die selbstverständ-
liche Forderung gewesen; statt dessen erfolgte nichts als
eine lahme Erklärung, die sich nicht einmal heute, er-
neut den Wunsch nach einem Zusammengehen der beiden
Verbände auszusprechen. Es ist klar: in der Leitung des
Bundes der Industriellen hat sich in den letzten Jahren,
und speziell seit Herr Dr. Stresemann in den letzten Wahlen sein
Reichstagsmandat eingeholt hatte, in allen wichtigen Fragen eine
Schwermütigkeit nach rechts vollzogen; wirtschaftspolitisch, sozial-
politisch, und in der Führung der Organisationsarbeit, hat man
sich dem Zentralverbande genähert, sich ihm mehr oder minder
deutlich direkt angeschlossen. Was sich jetzt bei der Vorbereitung der
Welthandels-Gesellschaft abspielt, hat, das ist nur das Glied
einer Kette, die schon seit langem und immer fester um den Bund
der Industriellen gelegt worden ist.“

Die Annäherung beider Verbände mag gewiß zu einem guten
Teil das persönliche Werk des Dr. Stresemann sein. Die weiteren
Klagen der „Reif. Ztg.“ darüber, daß der Bund an dem Mangel
einer strengen Organisation verfallt, zeigen eher, daß die Annäherung
in der Entwicklungslinie des heutigen imperialistisch orientierten
Unternehmertums liegt.

Entlassung der Witwe Hamm.

Die Interpellationen in der Sache der wegen angeblichen
Gattenmordes zu langjähriger Zuchthausstrafe verurteilten
Witwe Hamm im Abgeordnetenhaus und im Reichstag haben
ihren Zweck erreicht und das beantragte Wiederaufnahme-
verfahren in rascheren Fluß gebracht. Ist doch die Witwe
Hamm am Mittwoch aus dem Zuchthaus in Siegburg ent-
lassen und die Wiederaufnahme des Verfahrens von der ersten
Strafkammer des Oberlandesgerichtes angeordnet worden.
Offenbar hat die Nachprüfung der in den Parlamenten,
namentlich von sozialdemokratischer Seite vorgebrachten Tat-
sachen das Ergebnis gehabt, auch in den Richtern die
ernstesten Bedenken gegen die Richtigkeit des Urteils zu er-
wecken. — Die Verurteilte hat bereits sechs Jahre ihrer
Strafe verbüßt.

Frankreich.

Die Altersversicherung der Bergleute.

Paris, 25. Februar. Die Kammer verhandelte heute über
den vom Senat an die Kammer zurückgelangten Gesetzentwurf
betreffend die Altersversicherung für Bergarbeiter.
Jaurès erklärte, daß man dem Entschluß zustimmen müsse, wenn
er auch unvollkommen sei, denn er sichere sofort eine Pension, die
zwischen 600 und 700 Francs betrage. Die freikundigen Berg-
leute möchten noch in Erwägung ziehen, daß sie von heute an
ein Pensionsminimum von 600 Francs erhielten und bald die Ge-
nehmigung haben würden, eine Pension von 700 Francs zu er-
reichen. Hierauf wurde die Generaldebatte geschlossen. Der Mi-
nister der öffentlichen Arbeiten sagte zu, daß er den Senat bitten
werde, das Gesetz auf die Arbeiter in den Schieferbrüchen
und in den Ergruben auszuwenden. Die Kammer lehnte im
weiteren Verlaufe der Sitzung einen von dem Minister bekämpften
Änderungsantrag ab, der die Altersgrenze auf 730 Francs im
Minimum festsetzen wollte.

Das Altersversicherungsgesetz angenommen.

Paris, 25. Februar. Die Kammer hat das Gesetz über eine
selbständige Pensionsklasse für die Bergarbeiter einstimmig ange-
nommen.

England.

Der Kampf um Homerule.

London, 24. Februar. Unterhaus. Gegenüber der von
den Unionisten eingebrachten Resolution, welche die unbenutzte
Vorlegung der Änderungsprojekte der Regierung zu der Ho-
merulebill forderte, wiederholte Asquith seine Darlegung
der Gründe, welche die Regierung veranlaßt hätten, die Initiative
zu ergreifen und Vorschläge zu machen, erklärte jedoch, die Re-
gierung sei nicht mit einer belagernden Garnison zu
vergleichen, die in eine unhaltbare Stellung gedrängt, ohne
Mittel und mit erschöpfter Munition kämpfe. (Ironischer Bei-
fall bei der Opposition.) Weder vom politischen Gesichtspunkt noch
im Hinblick auf die Wahlen habe die Regierung Anlaß, um Wa-
senstilstand zu bitten oder gar die weiße Flagge zu hissen;
sie wolle eine große Sache nicht in der ersten
Stunde verraten. (Beifall bei der Regierungspartei.)
Asquith versicherte, die Vorschläge der Regierung würden bei der
zweiten Vorlegung zur Homerulebill bekanntgegeben werden, und zwar
noch vor Ostern.

Norwegen.

Die Budgetdebatte.

Das norwegische Parlament hat vergangene Woche die General-
debatte zum Etat erledigt, wobei es zu Auseinandersetzungen
zwischen der Regierung und dem Vorsitzenden der Budgetkommission
kam. Dieser tadelte die Regierung wegen der Steigerung der Aus-
gaben, eine an sich weniger bedeutende Sache, weil man weiß, daß
der gleiche Abgeordnete zu denen gehört, die bei Küstungsarbeiten
außerordentlich bewilligungsfreudig ist. Klein eine besondere Be-

deutung erhielt die Debatte durch das entschiedene Eingreifen unserer
Parteilgenossen, die die Regierung daran erinnerten, daß sie
gewisse Verpflichtungen bezüglich der Zollgesetzgebung ein-
gegangen ist, von deren Erfüllung man nichts mehr hört.
Im weiteren wiesen unsere Genossen auf die Notwendigkeit
hin, das ganze Budget auf eine Grundlage zu stellen. Durch
Aufhebung der indirekten Steuern und Zölle und Ausbau des direkten
Steuerwesens würde das Budget viel leichter zu finanzieren sein.
Dazu käme als ertragreichste Einnahmequelle die staatliche Aus-
nutzung der Wasserkräfte des Landes, deren Werte merkwürdig
sind und deren Jahreserträge in viele Millionen gehen würden.
Anstatt aber hier eingzugreifen, liefert die Regierung die Wasserkräfte
dem Privatkapital aus, wodurch große Verluste für den Staat ent-
stehen.

Eine weitere Forderung unserer Genossen, die entsprechende An-
träge bereits eingebracht haben, will die Verstaatlichung der
Lebens- und Volksversicherung durchgeführt sehen. Die
norwegischen Gesellschaften erzielen einen Jahresgewinn von 8 bis
10 Millionen Kronen bei einer Prämieinnahme von gegen
80 Millionen Kronen. Hier könnte der Staat eine neue Einnahme-
quelle schaffen. — Die Regierungsvertreter zeigten wenig Lust, diesen
Forderungen nachzukommen.

Rußland.

Das Lockspitzregime.

Die im vorigen Herbst eingebrachte sozialdemokratische Inter-
pellation über die Agentin der Geheimpolizei Katharina Schor-
nikowa, die im Auftrage der „Odyra“ den inhumanen Hochver-
ratsprozeß gegen die sozialdemokratische Fraktion der Zweiten
Duma vorbereitet hat, ist nach heftigem Kampfe in der Duma-
kommission angenommen worden. Den Anlaß für diese In-
terpellation bot bekanntlich die im vorigen Sommer erfolgte Frei-
sprechung der Espionin, deren Lockspitztätigkeit von dem höchsten
russischen Gerichtshof, dem Senat, als nicht strafbar qualifiziert
wurde. Die in diesem Prozeß amtlich bestätigte Teilnahme
einer bezahlten Agentin an den Vorbereitungen zur „Hochverrats-
Affäre“, der 37 Genossen aus der sozialdemokratischen Fraktion
zum Opfer gefallen sind, ergang die Duma-Kommission, deren Rech-
ter stellt, die sozialdemokratische Interpellation anzunehmen. Men-
dings suchte die Kommission den Eindruck dieser Abstimmung abzu-
schwächen, indem sie den zweiten Teil der Interpellation verwarf,
der auf den Zusammenhang zwischen der Lockspitztätigkeit der
Geheimpolizei und der Verurteilung der sozialdemokratischen Ab-
geordneten hinweist. Aber dieser Trick, der das Wiederaufnahme-
verfahren im Prozeß unserer unschuldig verurteilten Genossen
verhindern soll, wird die Arbeiterklasse Rußlands nicht abhalten,
den Kampf um die Rehabilitierung und Befreiung ihrer gefan-
genen Abgeordneten fortzuführen. In das aus Lug und Trug ge-
spinnene Anlagematerial der Lockspitzregime sind in den letz-
ten Jahren schon genügend Brechen geschlagen worden. Die letzte
Abstimmung der Duma-Kommission ist ein neuer Erfolg, der
unsere Genossen in der Duma und im Lande anfeuern wird, den
Kampf gegen die Justizmörder mit verdoppelter Kraft weiter
zu führen.

Rumänien.

Die Wahlen.

Bukarest, 25. Februar. Die Wahlen zur Deputierten-
kammer sind gestern abend beendet worden. Gewählt sind
100 Liberale, 10 konservative Demokraten, 9 konservative,
3 Nationalisten und ein Unabhängiger.

Letzte Nachrichten.

Ein Gewaltakt der Berliner Polizei.

Gestern abend um 9 Uhr erschien eine Anzahl Kriminal-
beamte und Politische auf der vom Verein Studie-
render aus Rußland einberufenen und ordnungs-
gemäß angemeldeten Versammlung im „Thiergartenhof“, in
der der bekannte russische Schriftsteller A. Lunatscharsky
aus Paris einen Vortrag über: „Die Krisis der gegen-
wärtigen Kunst und Emil Verhaeren“ halten
sollte. Vom Vortragstisch weg wurde der Referent aus der
Versammlung fortgeholt und unter starker Bedeckung nach
dem Polizeipräsidium geschafft, wo er als verhaftet er-
klärt wurde.

Noch am Montag, den 23. d. M., hatte er in dem gleichen
Lokal einen stark besuchten Vortrag über „Die russische
Literatur und Maxim Gorki“ gehalten, ohne daß
dadurch der preussische Staat ins Wanken gekommen war. Der
gestrige Vortrag jedoch wurde ohne jede gesetzliche
Sandhabe in schroffer Weise verhindert, angeblich weil
der Polizei Zweifel über die Legitimation des Vortragenden
aufgestiegen waren. Es half nichts, daß der Referent einen
französischen Paß und seine amtlich beglaubigte Journalisten-
karte vorwies. Der Vortrag sollte eben aus irgendwelchen
Gründen verhindert werden, und so war denn jeder Vorwand
gut genug, um die Vergewaltigung perfekt zu machen.

Amliche Rechtfertigung des Kreisdirektors Wahl.

Braunschweig, 25. Februar. Dem Kreisdirektor Wahl von
Zabern ist, wie der „Braunschweigischen Landeszeitung“ telegra-
phiert wird, am 24. Februar von dem reichsländischen Ministerium
bekannt gegeben worden, daß das auf seinen Antrag am 28.
Dezember eingeleitete Disziplinarverfahren wegen des bespotteten
Verfahrens der Zivilbehörden im Falle Forstner gegen ihn keinerlei
Beweise für eine fahrlässige oder wissenschaftliche Unterlassung von
Amtshandlungen ergeben habe.

Vor der Auflösung des schwedischen Reichstages.

Stockholm, 25. Februar. (W. Z. B.) Am Schluß der heutigen
Sitzung der Zweiten Kammer erklärte der Ministerpräsident in
Beantwortung einer Interpellation des Sozialisten Palmstierna,
daß die Auflösung des Reichstages bald nach Ablauf dieser Woche
zu erwarten sei.

Die politische Verfolgungsjagd in Rußland.

Kabom (Ruffisch-Polen), 25. Februar. (W. Z. B.) Der Appel-
lationsgerichtshof hat von 11 wegen der Mitgliedschaft bei der
sozialdemokratischen polnisch-litauischen Organisation Angeklagten
einen zu sechsjähriger, einen zu vierjähriger Zwangsarbeit, sieben
zur Zwangsarbeit verurteilt und zwei freigesprochen.

Vier Kinder verbrannt.

St. Gallen, 25. Februar. Beim Brande eines Wohnhauses
im Dorf Ernevil kamen vier Schulkinder ums Leben.

Zeitungs-Ausgabebestellen und Inseraten-Aannahme.

Zentrum: Albert Schmitt, Kaserstr. 174, am Koppenplatz. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.

1. Wahlkreis: W. Ost. Schmitt, Kirchbachstr. 14, Hochparterre. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.

2. Wahlkreis: S. und SW. Ost. Schmitt, Gneisenaustr. 72. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.

3. Wahlkreis: St. Frig. Bringenstr. 31, Hof rechts part. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.

4. Wahlkreis: D. Ren: Robert Engels, Gr. Frankfurterstr. 120. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr. — Richard Dadelbusch, Petersburgerplatz 4 (Baden). Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.

4. Wahlkreis: S. Adolten: Paul Böhm, Lautscherplatz 14/15. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.

5. Wahlkreis: Leo Buch, Zimmankirchstr. 12 (Hof). Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.

6. Wahlkreis (Mosbit): Solomon Joseph, Wilhelmshavenstr. 48. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.

Wedding: S. Dönnig, Köpenickerstr. 3a. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.

Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: A. Boligast, Weißstr. 9. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.

Gesundbrunnen: Fischer, Bastianstr. 6, Laden. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.

Schönhäuser Vorstadt: Karl Rars, Greisenhagenstr. 22. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.

Adlershof: Karl Schwarzsche, Bismarckstr. 28. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Alt-Gliencke: Wilhelm Dörre, Köpenicker Str. 6.

Baumshulenberg: H. Dörig, Marienbader Str. 13, I.

Hernau, Röntgenal, Zepernick, Schönau, Schönbrück und Buch: Heinrich Brode, Rühlenerstr. 5, Laden.

Bohndorf, Falkenberg und Falkenhorst: Paul Gensch, Bohndorf, Genossenschaftshaus, "Paradies".

Charlottenburg: Gustav Schaubert, Seifenbaker Str. 1. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.

Eichwalde, Schmückwitz: Oskar Rasche, Studienrauchstr. 99.

Erkner, Neu-Zittau: Emil Zwang, Scharwedeckerstr. 10.

Friedrichshagen, Fichtenau, Rahnsdorf, Schöneiche, Kl.-Schönebeck: Ernst Bertram, Friedrichshagen, Köpenicker Straße 18.

Grünau: Franz Klein, Friebrichstr. 10.

Johannishal, Rudow: Max Gönzler, Poststr. 6.

Karlshorst: Richard Rüter, Köpenicker Str. 9, II.

Königs-Wusterhausen, Wildau, Niederlehme: Friedrich Baumann, Bahnhofsstr. 8.

Köpenick: Emil Döhler, Kaserstr. 6, Laden. Geöffnet von morgens 7 Uhr bis abends 8 Uhr.

Lichtenberg, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen: Otto Seifert, Warthenbergstr. 1 (Laden). Geöffnet von 8 1/2-2 und von 4 1/2-7 Uhr.

Mahlsdorf, Kaulsdorf, Biesdorf: R. Deberg, Kaulsdorf, Ferdinandstr. 17.

Mariendorf: August Reip, Schauffstr. 296, Hof.

Marienfelde: Emil Weinert, Berliner Str. 114 II.

Neuenhagen, Hoppegarten: Gustav Leh, Kollerstr.

Neukölln: R. Heinrich, Kaserstr. 2, im Laden. Geöffnet von 9-1 und von 4-7 Uhr; Neukölln, Brigg: Rohr, Siegfriedstr. 28/29. Geöffnet von 7-1 und von 4-7 Uhr.

Nieder-Schöneweide: Wilhelm Unruh, Weidenstr. 10, II.

Nowawes: Wilhelm Sapper, Lutherstr. 2.

Ober-Schöneweide: Alfred Sader, Wilhelmshagenstr. 17, Laden. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Pankow, Niederschönhausen, Nordend, Fra.-Buchholz, Blankenburg: Rihmann, Mühlenerstr. 30. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.

Reinickendorf - Ost, Wilhelmshagen und Schönholz: R. Gursch, Provingstr. 56, Laden. Geöffnet von 11-12, u. 4 1/2-7 Uhr.

Rummelsburg, Boxhagen, Stralau: R. Hogenstrang, Altdorhagen 56. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.

Schenkendorf d. Königs-Wusterhausen: Chr. Dantsche, Dorfstr. 10.

Schöneberg: Wilhelm Säumer, Ramin Lutherstr. 99, im Laden. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.

Spandau, Nonnendamm, Staaken, Seefeld und Falkenhagen: Köppen, Breitestr. 64. Geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Bernsdorf, Hohen-Neuendorf, Birkenwerder, Eric Scholle u. Reinickendorf West: Gustav Henna, Borsigwalde, Kämpfstr. 10. Geöffnet von 11-12, u. von 4 1/2-7 Uhr.

Teltow: Wilhelm Bonow, Teltow, Berliner Str. 16.

Tempelhof: Joe. Krohn, Vorstr. 62.

Treptow: Rob. Gramenz, Kiehlstr. 412, Laden. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wilmersdorf, Halensee, Schmargendorf: Paul Schubert, Wilhelmshagen 17.

Zeuthen, Niedersdorf: Ernst Dätig, Zeuthen, Niedersdorfer Str. 14

Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

Sonntags sind die Ausgabebestellen geschlossen.

SINGER

Familien-Nähmaschinen sind die vollkommensten!

Neue Spezial-Apparate für den Hausgebrauch.

SINGER CO.

Nähmaschinen Act. Ges.

Berlin, Leipziger Str. 92.

Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Ein Licht geht

Heines Werke

3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

jedem auf der merkt, dass

Wybert-Tabletten

nerfvollen Schutz vor

flusten Heiserkeit, Karfarth

bilden-Vorrätig in allen Apo

theken und Drogerien. Preis

der Originalschachtel M.1

Reuters Werke

3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Theater.

Donnerstag, 26. Februar 1914.

René Operntheater (Krohn). Wasserbau. Anfang 8 Uhr.

Eines Valais am Zoo. Varietè-Lichtspiele. Anfang 8 1/2 Uhr.

Eines Nollendorf-Theater. Varietè-Lichtspiele. Anfang 7 Uhr.

Deutsches Opernhaus. Die Reiter-singer von Nürnberg. Anfang 7 1/2 Uhr.

Kgl. Opernhaus. Aida.

Kgl. Schauspielhaus. Der Gynk 1. Abend.

Deutsches. Ein Sommerachts-tramm.

Sirkus Busch. Galavorstellung.

Sirkus Schumann. Galavorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.

Metropol. Die Reise um die Welt in 40 Tagen. Anfang 8 Uhr.

Urania. Winter in der Schweiz. 8 Uhr: Dr. A. Piotrowski: Erscheinungen des Seelenlebens. Prüfung. Schluß.

Deutsches Künstler-Theater. Café.

René Operntheater (Krohn). Wasserbau.

Kammertheater. Wetterfischen. Königgräuser Straße. König Richard III.

Komödienhaus. Kommerzmuffl.

Theater an der Weidenammer Brücke. Wer zieht nicht.

Theater am Nollendorfplatz. Bringe Gretl.

Lustspielhaus. Die spanische Fliege.

Schiller O. Die beiden Leonoren.

Schiller Charlottenburg. Maschinenbauer.

Theater des Westens. Polenblut.

Wladis Operetten. Jung-England.

Berliner. Die sinkt im Wal.

Klein. Zeitlich Gebert.

Urania. Antioles Hochzeit.

Urania. Die Langspringerin.

Urania. Hohelt - der Franz.

Friedrich. Wilhelmshagenstr.

Urania. Die Maschinenbauer von Berlin.

Saffo. Die alte Hebern.

Gerrnsfeld. Die von oben und unten.

Reichshallen. Stettiner Sänger.

Wintergarten. Spezialitäten.

Apollo. Harstein, der Stolz der 3. Kompagnie.

Schiller-Theater O.

(Wallner-Theater).

Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die beiden Leonoren.

Freitag, abends 8 Uhr:
Andreas Hofer.

Sonnabend, abends 8 Uhr:
Das Glück im Winkel.

Schiller-Theater Charlottenburg.

Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Maschinenbauer.

Freitag, abends 8 Uhr:
Das Glück im Winkel.

Sonnabend, nachmittags 3 1/2 Uhr:
Die Stützen der Gesellschaft.

Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Maschinenbauer.

Theater des Westens.

8 Uhr: **Polenblut.**
Sonnt. Am. 34. U.: Der Siebe Augusta.

Friedr.-Wilhelms-Theater.

Fräulein Trallala.
Anfang 8 Uhr.

Sonntag 8 Uhr: Die Kino-Königin

Deutsches Künstlertheater

Sozialität.
Nürnbergger Straße 70/71, am Zoo. Kasse: Nollendorf 1383.

Donnerstag, 8 Uhr: **Cafard.**

Sonnabend, 3 1/2 Uhr: **Peterchens Mondfahrt.**

Sonnabend, 8 Uhr: **Cafard.**

Theater am Nollendorfplatz 5.

8 Uhr: **Prinzeß Gretl.**

8 Uhr Residenz-Theater

Hohelt - der Franz!
Ruffallische Gräteste in 3 Akten von Arthur Landberger und Billi Wolf. Musik von Robert Binterzer. Morgen u. j. Tage: Hohelt - der Franz!

ROSE=THEATER

Große Frankfurter Str. 132.
Die Maschinenbauer von Berlin.
Voll in 3 Akten (6 Bildern) von Weisbach. Musik von H. Lang. Anfang 8 Uhr.

Freitag:
Die Maschinenbauer von Berlin.

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger
Zimmer No. 13.
Urkommische Burleske. Anfang 8 Uhr.

Nächsten Sonntag nachm. 3 Uhr zu ermäßigten Preisen:
„Bosco“.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Sonnabend, den 28. Februar, im großen Saale der „Neuen Welt“, Hasenheide 108-114:

Kostümfest

Ein Volksfest in den bayerischen Alpen

Bauern - Bergkraxler - Sennerinnen - Dorijugend und Berliner Ferienbummler

Die geehrten Festteilnehmer werden gebeten, im Kostüm oder Sommertoilette zu erscheinen.

Zwei Orchester! Humoristische Aufführungen!

Eintrittskarten à 50 Pf. sind in allen Zahlstellen, im Zigarrengeschäft von Baumann, beim Gastwirt Greive, Rungestraße 30, und im Bureau zu haben.

Arbeitslose Mitglieder haben mit ihren Frauen freien Zutritt. (Verbandsbuch und Arbeitslosenkarte legitimiert.) Das Komitee.

URANIA

Taubenstraße 48/49.
8 Uhr:

Winter in der Schweiz.

Hörsaal 8 Uhr: Dr. A. Piotrowski: Erscheinungen des Seelenlebens.

Zirkus Alb. Schumann.

Heute Donnerstag, d. 26. Februar, abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Sport - Vorstellung.
Neu! U. a.: Neu!

The Ursus

1 Dame, 1 Herr in ihrem phänom. Kraft-Akt.
Original Little Freds Akrobat u. kunstreich. Hunde.
Ku-Ka-Di - Goldmephisto und die übrigen neuen Februar-Attraktionen.
Um 9 1/2 Uhr: Das gr. Ausstattungsst. L. 7 Bildern
„Tipp“
der Derby Favorit 1914.

Brauerei Friedrichshain

Sonntag, den 1. März 1914
Anfang 5 Uhr:
Jubiläumsfeier des bel. Festwirts
Schorch Ehrngruber.
Das gr. bayr. Bockbierfest
4 Kapellen - Jubiläumsgeschenke etc. etc.
Ausscheiden! Vorneher dieses Insorats hat nur 30 Pf. statt 50 Pf. Entree zu zahlen.

„Clou“ :: Berliner ::

Konzerthaus

Mauerstraße 82 - Zimmerstraße 90/91.

Großes Doppel-Konzert!

Musikk. Kaiser-Alexander-Garde-Gran-Regts. Dirig. Kgl. Musikdir. Brase und Tegeraseer und Zillerthaler Musikanten, Dirig. Hans Starp.

Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
Morgen: **Gr. Konzert d. Männergesangv. „Glocke“**
(gegr. 1878) - Dirig. Hugo Creutzburg.

WINTERGARTEN

Letzte Woche!

Madge Lessing

und
Fred Wright

Grock u. Lolé (Perezoff-Truppe)
Komisches Jongleurstroze
„Un souper chez Maxim“
und die von Publikum und Presse glänzend beurteilten Februar-Attraktionen! - Rauchen gestattet!

Apollo-Theater.

Tel.: Lützow 2757.
8 Uhr. Zum 66. Male: 8 Uhr.
Der Stolz d. 3. Kompagnie mit
Hartstein.
Nachen ohne Paue! Rauchen gestattet!

Metropol-Theater.

Abends prägte 7 Uhr 55:
Die Reise um die Erde in 40 Tagen.

Neue Welt.

Arnold Scholz. Hasenheide 108/114.

Heute Donnerstag, den 26. Februar:
Elitetag!
Große Schweine-Braterei!

Portion 90 Pf. 30 bayrische Madl. Anschnitt 9 Uhr.
Anfang 7 Uhr. 6 Kapellen. Entree 30 Pf.

Jeden Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Sonntag:
Großer Ball.

Berliner Prater-Theater

Rastanienallee 7-9.
Donnerstag, den 26. Februar:
Wahspiel des Boigt-Theaters.
Romeo und Julia.
Trauersp. in 3 Akt. v. W. Schallsparr.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Admiralspalast.

Eis-Arena.
Täglich:
Die lustige Puppe.
Großes Ballett auf dem Eis.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr ab halbe Kassenpreise.
Wein- u. Bier-Abteilung.

Theater in der Königgrätzer Straße
7 1/2 Uhr:
König Richard III.
Komödienhaus.
8 Uhr: „Kammermusik“ 8 Uhr.
Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Wie einst im Mai.
Theater a. d. Weidendammerbrücke
8 Uhr: Wer zieht nicht...

Passage-Panoptikum.

Die wilden
Feuerfresser
in ihren fanatischen
Martern.
Mister Rappo,
der Ausbrecherkönig.
Unfassbar!
Lebend!
Ohne Extra-Entree.

Stadt-Café

Berliner Str. 51-53 Neukölln Berliner Str. 51-53

Nur kurze Zeit! Gastspiel Nur kurze Zeit!

Rinaldo Ariodante

der musikalische Wunderknabe
der jüngste Dirigent der Welt
geboren am 7. Februar 1906 in Wien.

Concordia-Festsäle

64 Andreasstraße 64
Jeden Donnerstag u. Sonntag:
Soiree der Hoffmann-Sänger
Anfang 8 Uhr.
Nach der Soiree: **Frei-Tanz.**
Vorzugskart. haben Gültigkeit

Vereinigte Berliner Volksbühnen:

Luisen-Theater.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Das erste Ehejahr.
Schluß in 5 Akt. v. Ernst Ritterfeldt.

Walhalla-Theater.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Dr. Hoffm. u. Lang in 3 Akten
von G. Urban. Musik v. Hugo Dirig.

Berliner Humor-Quartett

W. Wutzky Oederberger Str. 39

Gewerkschaftliches.

Für die Mappe des Reichsverbandes.

In dem sonst so stillen Hartzstädchen Bennedenstein ist vierzehn Tage lang große Aufregung gewesen. Der Holzarbeiterverband hatte eine Zahlstelle gegründet, der nahezu alle Holzarbeiter beigetreten waren. Den Unternehmern paßte das nicht. Hatten sie doch auch alle Ursache dazu. Die Löhne der Tischler, Maschinenarbeiter und Hilfsarbeiter schwanken zwischen 20 und 32 Pf. Stundenlohn und zwar für erwachsene Arbeiter, die zum Teil 10—15 Jahre in den Betrieben beschäftigt sind. Der Anfangslohn beträgt in der Regel 20 Pf. die Stunde. Verläßt ein Arbeiter den Betrieb und hat er mittlerweile eine Zulage erhalten und fängt dann später wieder an, so bekommt er eben wieder 20 Pf. Stundenlohn.

Die Unternehmer in Bennedenstein, die so sehr gerne über den Terrorismus der Arbeiter schimpfen, taten sich nun zusammen und erließen unter Führung des Herrn Sohoff, Hauptmann der Reserve, folgenden Anschlag:

„Unterschiedete Arbeiter haben beschloffen: Jeder Arbeitnehmer, der dem Holzarbeiter-Verband angehört, bezw. seinen Austritt aus demselben nicht bis Sonnabendmittag daraus erklärt hat, ist am Sonnabendabend um 6 Uhr entlassen.“
(Folgen 17 Unterschriften).

Hand in Hand damit ging eine Fehde der Unternehmer. Die Frauen wurden aufgesucht und zu bestimmen gesucht, ihre Männer von der Organisation fernzuhalten. Krüppeln wurde gedroht, daß versucht würde, ihnen die Rente zu kürzen und die übrigen Unternehmer würden die Entlassenen nicht beschäftigen. Dem Vertreter der Organisation wurde gedroht, ihn aus dem Ort zu werfen usw. Die Bürgerschaft stand vielfach auf Seiten der Arbeiter; auch der Bürgermeister hatte erklärt, daß die Löhne zu niedrig seien. — Leider standen die Arbeiter nicht fest. Diesen ausgedehnten, von der Rot zermürbten Arbeitern fehlte die Widerstandskraft. Aber den Reichsverbändlern empfehlen wir diesen Fall zur Weiterverbreitung; in den Hartzstädten treiben sie ja besonders ihr Wesen.

Berlin und Umgegend.

Zur Lohnbewegung der Berliner Brauereiarbeiter.

Der Verein der Brauereien Berlins und Umgegend hatte am 14. Februar d. J. an eine Anzahl Berliner Zeitungen per Rohrpost eine Abschrift des Schreibens gesandt, in welchem er seinen ablehnenden Standpunkt gegenüber der eingereichten Tarifvorlage begründet. Den Arbeiterorganisationen ging die Ablehnung erst am 15. Februar auf dem gewöhnlichen Postwege zu.

Zu dieser Ablehnung nahmen die Berliner Brauereiarbeiter am Dienstag in einer außerordentlich gut besuchten Vertrauensmännerversammlung Stellung. Der Bezirksleiter Tröger vom Brauerei- und Mühlenarbeiterverband beurteilte zunächst, daß der Verein der Brauereien sich erst an die Presse gewandt und dann erst den Organisationen Mitteilung von seinem ablehnenden Standpunkte gemacht habe. Man habe diesen recht sonderbaren und bisher nicht üblichen Weg offenbar gewählt, um Stimmung gegen die Brauereiarbeiter zu machen. Der Referent geht dann auf die Gründe ein, die der Verein der Brauereien für seine Haltung angibt, und führt eine ganze Anzahl Verurteilungen als auch Orte an, in denen höhere Löhne gezahlt werden als in den Berliner Brauereien. Zehntlich so liege es mit den allgemeinen Forderungen, wie Arbeitszeitverkürzung und Urlaub. Es stehe fest, daß in einer großen Anzahl von Brauereien, z. B. dem gesamten Somburger Wohngebiet, die 8½stündige Arbeitszeit bestrebe; ebenso, daß in der Provinz ein viel höherer Urlaub gewährt werde, als dies in Berlin der Fall sei. In Hunderten von Betrieben werden nach einem Jahre Beschäftigung (teilweise sogar ohne zeitliche Begrenzung) 3 Tage Urlaub gewährt; auch werde der Höchsturlaub in kürzerer Zeit erreicht. Der Berliner Urlaub sei also durchwegs verbesserungsbedürftig; man habe jedoch nicht die Absicht, Abmachungen anderer Orte heranzuziehen, sondern die örtlichen Ver-

hältnisse seien ausschlaggebend gewesen. Die Forderungen des Fahrpersonals seien berechtigt, wie überhaupt die Lohnforderungen sämtlicher Gruppen lediglich den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßt seien und begründet werden können.

Befremdend wirkte vor allem aber die schroff ablehnende Form in der Antwort des Vereins der Brauereien. Man wolle aber noch nicht Gleiches mit Gleichem vergelten, sondern versuchen, mit dem Verein zu verhandeln und durch Begründung der Forderungen ein anderes Resultat zu erzielen. Der Referent empfahl dann die einstimmige Annahme nachstehender Resolution:

„Die in der Neuen Philharmonie versammelten Vertrauensleute aller Organisationen der in den Brauereien Berlins und der Umgegend beschäftigten Arbeitnehmer nehmen Kenntnis von der Ablehnung des von den Organisationen an den Verein der Brauereien Berlins und der Umgegend eingereichten Tarifvertragsentwurfs.“

Die Versammelten sind der Meinung, daß entgegen der Ansicht des Vereins der Brauereien Berlins und Umgegend während der Dauer des jetzt geltenden Tarifvertrages wesentliche Verschiebungen der wirtschaftlichen Lage zugunsten der Arbeitnehmer stattgefunden haben, welche eine dementsprechende Lohn-erhöhung notwendig machen.

Die Versammelten erwarten, daß der Verein der Brauereien Berlins und der Umgegend bei einer nochmaligen Prüfung des Entwurfs unter dem Gesichtspunkt der geltenden Teuerung und den damit verbundenen erhöhten Ausgaben für Lebensmittel und dergleichen, sowie für Invaliden- und Krankenversicherung, zu einer anderen Ansicht gelangen wird.

Weiter sprechen die Versammelten die bestimmte Erwartung aus, daß der Verein der Brauereien den Vertretern der Arbeitnehmer Gelegenheit geben wird, in mündlicher Verhandlung die Gründe, welche die in den Brauereien beschäftigten Arbeitnehmer zur Aufstellung des eingereichten Vertragsentwurfs veranlaßt haben, darzulegen.“

In der recht regen Diskussion, in der auch einige Organisationsvertreter das Wort nahmen, wurde besonders der Weg beurteilt, den der Verein der Brauereien bei der Verantwortung der eingereichten Forderungen beschritten hat. Man war aber mit wenigen Ausnahmen allseitig der Meinung des Referenten, nicht in derselben Art und Weise zu antworten, sondern noch einmal zu versuchen, auf friedliche Weise zu einer Verständigung und Verhandlung zu gelangen. Ein Antrag, die Resolution wesentlich zu verschärfen, wurde abgelehnt und dann dieselbe gegen eine Stimme angenommen. Dem Verein der Brauereien ist so Gelegenheit gegeben, seine so oft betonte Friedensliebe in die Tat umzusetzen und zu verhandeln. Die Brauereiarbeiter Berlins erwarten dies; andernfalls wollen sie nicht säumen, entsprechende Maßnahmen vorzubereiten.

Deutsches Reich.

Die Tarifverträge im Bäcker- und Konditorgewerbe.

Die gewerkschaftliche Organisation der Bäcker und Konditoren kann in den letzten Jahren bedeutende Fortschritte in der tariflichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen aufweisen. Trotz des zähen Widerstandes der Unternehmervereinigungen, die prinzipiell Tarifabschlüsse mit der Gewerkschaft ausschalten wollen, war es möglich, ein Fünftel aller in den Bäckereien und Konditoreien beschäftigten Personen in ein tarifliches Vertragsverhältnis einzubeziehen. Auch in der Schokoladen-, Zuckerver-, Süßwarenindustrie bestehen gute Ansätze zum weiteren Ausbau der Tarifverträge.

1910 bestanden im Reich 134 Tarife, die sich auf 5125 Betriebe mit 13 478 beschäftigten Personen erstreckten; am Schlusse des Jahres wurden 271 Tarife für 7814 Betriebe mit 20 645 Beschäftigten gezahlt. Die Zahl der Verträge hat sich in diesen vier Jahren mehr als verdoppelt, wie auch die tarifstreuen Betriebe und die den Verträgen unterstellten Personen bedeutend gestiegen sind. Die in den Bäckereibetrieben Beschäftigten stehen mit 243 Verträgen in 7767 Betrieben mit 17 991 Personen an erster Stelle. Schwache Ansätze des Tarifgedankens sehen wir in den Konditoreien. Hier erstreckt sich ein Vertrag auf 18 Betriebe mit 80 Personen. Die Zeb-, Honig- und Pfefferkuchenindustrie weist drei Tarife auf in 12 Betrieben für 586 Beschäftigte; in der Schokoladen- und Zuckerverwarendindustrie bestehen 10 Tarife in 18 Betrieben mit 1767 Beschäftigten und die Waffel-, Keks-, Zwieback- und Oblatenerindustrie nimmt mit 8 Verträgen in 9 Betrieben für 271 Beschäftigte Anteil.

Der Einfluß der Organisation auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen läßt sich am besten aus dem Inhalt der

Verträge erkennen. Bei den Bäckern und Konditoren war es möglich, in 189 Tarifen für 165 48 Personen den Kost- und Logiszwang im Hause des Unternehmers abzuschaffen und die Bargeldentlohnung einzuführen. Der durchschnittliche wöchentliche Mindestlohn beträgt bei dieser Gruppe 25,66 M. In 40 Verträgen konnte nur die Befestigung unter Beibehaltung der Wohnung im Hause des Unternehmers beseitigt werden. Hier beträgt das durchschnittliche Wochenlohnminimum 18,06 M. und es kommen in Beträcht 1217 Personen. Kost und Logis beim Meister ist in 14 Tarifen noch beibehalten für 162 Beschäftigte bei einem durchschnittlichen Mindestlohn von 10 M. pro Woche. In der Schokoladen- und Zuckerverwarendindustrie beträgt der durchschnittliche wöchentliche Mindestlohn 23,47 M. bei den Arbeitern und 10,96 M. bei den Arbeiterinnen.

Auch in der Verkürzung der Arbeitszeit sind durch die Tarifabschlüsse schöne Erfolge anzudeuten. In 86 Betrieben mit 2215 Beschäftigten ist die tägliche achtstündige Arbeitszeit durchgeföhrt; das sind zum weitaus größten Teil Genossenschaftsbetriebe. Die neunstündige tägliche Arbeitszeit ist in 2298 Betrieben mit 6883 Beschäftigten festgesetzt, und täglich bis zu zehn Stunden arbeiten in 589 Betrieben 3804 Personen. Für die Fortschritte, die die Forderung der sechstägigen Arbeitswoche in den Bäckereien macht, zeigt weiter die Tatsache, daß in 2842 Bäckereien für 10 846 Beschäftigte tariflich die siebenstündige Arbeitswoche beseitigt ist. In 237 Verträgen ist für 19 137 die Begabung der Überstunden und in 164 Tarifen für 8849 Personen die Gewährung von jährlichen Ferien vereinbart.

Für die Unternehmer im Bäckergewerbe bedeutet dieses Ergebnis ein Fiasko ihrer tariffeindlichen Politik. Die Einsichtigen unter ihnen lassen sich heute schon nicht mehr durch die „mohlgemeinten Ratsschlüge“ der Schornmocher beeinflussen, sondern besinnen sich mit dem Ausbau des Tarifwesens. Am Jahreschlusse bestanden bereits 94 allgemeine Tarifverträge, die mit Unternehmervereinigungen abgeschlossen wurden und 10 631 beschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen umfassen. Besser könnte nicht der Beweis für das Vordringen des Tarifgedankens erbracht werden, als durch diese Aufstellung, mit der bewiesen wird, daß sich auch die Bäcker und Konditoren auf dem besten Wege zur Erreichung des Mitbestimmungsrechtes bei Festsetzung des gewerblichen Arbeitsvertrages befinden.

Die Auswahlwahlen auf den Reichswerken.

Kunmehr liegen von allen vier Reichswerken die Ergebnisse der Arbeiterauswahlwahlen, die nach dem System der Verhältniswahl stattfanden, vor. Es wurden abgegeben für die Listen der freien Gewerkschaften in Dantsig 1519 Stimmen gleich 8 Vertreter in dem 12 Mann starken Ausschuss, in Friedrichsort 1108 Stimmen gleich 8 Vertreter in dem 10 Personen starken Arbeiterausschuss, in Kiel 4548 Stimmen gleich 14 Vertreter in dem 18 Personen starken Ausschuss, in Wilhelmshaven 4404 Stimmen gleich 17 Vertreter in dem 22 Mann starken Ausschuss. In Kiel und Friedrichsort gingen Selbe, Christliche und Hirsch-Dunderschen zusammen. Sie ergielten in Kiel 1498 Stimmen und 4 Vertreter, in Friedrichsort 903 Stimmen und 2 Vertreter. In Dantsig und Wilhelmshaven gingen die Christlichen selbständig vor; sie ergielten 208 und 178 Stimmen und je einen Vertreter. Die Hirsch-Dunderschen verbanden sich mit den — Gelben und hielten „nationale“ Wahlen machen. Sie ergielten in Dantsig 637 und in Wilhelmshaven 982 Stimmen, das sind 3 und 4 Vertreter. Für die Gelben haben überall die Monatslöhner und gehobenen unteren Angestellten gestimmt; daher der nationale „Erfolg“. Die Vertreter der Hirsch-Dunderschen hinken auf fremden Füßen in die Ausschüsse. Damit ist ihr moralischer Bankrott auf den Reichswerken besiegelt.

Die Aussperrung in der Holzschuhsfabrik Chr. Loy Söhne in Kaiserlautern ist zur Lausache geworden. Die Verhandlungen zwischen der Firma, den Vertretern des Fabrikantenvereins und dem Zentralverband der Schuhmacher sind ergebnislos verlaufen. Die Firma beabsichtigt, die Arbeiter durch die Aussperrung zum Abschluss eines Tarifvertrages zu zwingen, der für die Arbeiter unannehmbar Positionen enthält. Die Arbeiter sind aber zum Tarifabschluss nur bereit, wenn ihren Wünschen Rechnung getragen wird. Zugug ist fernzuhalten.

Ausland.

Lohnkämpfe in der Schweiz.

Die große Uhrenarbeiteraussperrung in Grenchen dauert fort, ebenso der Tischlerstreik in Genf und die Schuhmacheraussperrung in Bern. Der Sattlerstreik in Bern ist mit teilweisem Erfolg be-

Kleines Feuilleton.

Die Kultur marschiert. Man liest im „Lokal-Anzeiger“, daß der Kino den Siegeszug auf dem Balkan angetreten hat. Wo noch vor Monaten die Kanonen sinnlos geknallt haben, stimmt jetzt die stumme Kunst alles in Sturm, wo noch vor kurzem am jeden Fußbreit Boden verzweiflungsvoll gekämpft wurde, erobert jetzt der Kino meterweise Land und Leute. Ohne Schwertschreik, aber mit blutrünstigen Dramen bringt er vor, er verpflanzt den öden Mistich in die malerischen, aber — unwirtschaftlichen Gegenden. Ja sogar im Lande der Miribiten hat er schon seinen Einzug gehalten. „Das rauhe Land Albanien beginnt nun von der Kultur beledt zu werden.“ Das Land mit flimmerndem Überfließen, heißt: es wird von der Kultur beledt.

In Estari, mitten in der Stadt, hat der Kino seine „Bunzelte“ aufgeschlagen, und von nah und fern kommen sie in Scharen herbeigeströmt, um das lebende Bild zu bestaunen. Sie haben sich eingebildet, die Kultur werde neues Leben ins Land bringen, aber nun ist bloß das lebende Bild, das sie ihnen schenkt. Aber sie sind auch dafür dankbar. Und als erste Nummer wird bei jeder Vorstellung das Bild des Prinzen wiedergegeben. Alle Anwesenden erheben sich feierlich von den Plätzen und sind erfüllt von patriotischen Freudengefühl.

Nach erheben sie sich vor dem Bilde des Prinzen, aber es wird der Tag kommen, wo sie sich gegen ihn selber erheben werden. Und das Pathé-Journal wird das Turbeln lassen, erfüllt von dem Wunsch: je länger, je lieber.

Rehrt der Winter wieder? Nachdem seit Ende Januar in fast ganz Mitteleuropa, besonders aber in Norddeutschland ganz außerordentlich mildes und vorfallungschaft schönes Wetter geherrscht hat, sieht es momentan so aus, als ob der Winter zum Schlusse noch einmal seine Bistensarten abgeben wolle. Während noch am letzten Sonntag in weiten Teilen des Landes vollkommenes Frühlingswetter geherrscht hatte, machte sich jetzt, vom Nordosten ausgehend, ein Temperaturrückgang bemerkbar, der angesichts der Luftdruckverteilung zu einem vollkommenen Witterungsumschlag führen kann. So hatte Remel Dienstag früh 7. Dantsig einen Grad Kälte. In Bromberg stand das Quecksilber morgens auf dem Gefrierpunkt. Diese Abkühlung ist die Folge einer starken Druckzunahme über Nordrußland, wo sich seit einigen Tagen ein kräftiges Hochdruckgebiet ausgebildet hat, das zunächst nur unscheinbar war, inzwischen aber an Höhe und Ausbreitung erheblich zugenommen hat. In seinem Kern überschritt das Maximum am Weichen Wecke 770 Meter Höhe, und sein Bereich erstreckt sich westwärts schon über ganz Skandinavien, im Südwesten bis nach Ostdeutschland. Das zu Beginn der Woche noch außerordentlich tiefe Minimum nordwestlich von Schottland hat sich bedeutend verflacht; im mittleren Norddeutschland befand sich zwar noch ein engbegrenztes

Teilgebiet, es dürfte sich aber alsbald ausfüllen oder in südlicher Richtung entfernen, so daß dann das nordrussische Hochdruckgebiet vollkommen die Herrschaft über die Wetterlage an sich reißen würde. In diesem Falle muß mit weiterer Abnahme der Temperaturen und dem alsbaldigen Wiedereintritt von Frostwetter gerechnet werden, und es kann für den Fall der Aufbebung bei dem jetzt herrschenden Ostwind sehr reich wieder böllig winterliche Kälte Plag greifen.

Theater.

Deutsches Künstlertheater: Casard, ein Drama aus der Fremdenlegion von Erwin Rosen. Nach der Aufführung ging ich heim und holte aus der Ecke meines Schreibtischsches die arg ramponierten Hefte und Büchlein, die sich in fünf Jahren auf den Fahrten durch Walfastepfen und Saharaland, durch tonkinische Dschungeln und Urwälder bis zum Laodhochland Hinterindiens in Tornister und Satteltasche angesammelt haben. Logbuchaufzeichnungen, dienstliche Notizen und Kompagnielisten erinnern mich an fünf wilde, an innerer und äußerer Unruhe übervolle Regionsjahre. Mannschaftsverzeichnisse von fünf verschiedenen Kompagnien lassen die vielen hundert Menschen wieder lebendig werden, mit denen ich das Regionslos getragen. Und all das stellt sich neben die Bühnenbilder von Dienstagabend und gewinnt uns zu dem Urteil: was Erwin Rosen da vorführt, ist nicht die Legion, ist nur ein Zerbild der Legion.

Das Regionsleben ist überhaupt kein Stoff für das Drama. Die tragischen Momente im Schicksal der Legionäre liegen vor dem Gange zum bureau de recrutement. Und für die wenigen, die Nordafrikas Steppen und Sandwüsten, Tonkings und Madagaskars Fieberlöcher entgegen, beginnen die tragischen Konflikte erst wieder, wenn sie der deutsche Kommiss in seine, ach so liebevollen Arme nimmt, oder wenn sie im sogenannten Kulturleben den harten Daseinskampf wieder aufnehmen wollen. Die Legion selbst ist eine Anhäufung abgeschlossener Schicksale, das Nachspiel zu großen und kleinen Tragödien von nutzlos Gewordenen aus allen Schichten der Gesellschaft. Das Regionsproblem kann künstlerisch erschöpfend nur episch behandelt werden. Voll erfährt wird es nur auf geschichtstheoretischem Wege.

Erwin Rosen hat ein vielgerühmtes und, vom literarischen oder richtiger feuilletonistischem Gesichtswinkel aus betrachtet, lesbares Buch über die Fremdenlegion geschrieben. Es enthält neben einer Anzahl gutgezeichneter Typen, die auch in seinem Drama wiederkehren, einen Wust von Kasernenkatsch, der in der Legion unter der Haut der Tropenzone noch üppiger gedeiht als irgendwo anders. In seinem Drama aber hat er einzelne Seiten des Regionslebens in grellen Farben zu Bühnenbildern zusammengepinelt. Die Schlüsszene des vierten Aktes vor allem ist der insalubere Ainerreifer.

Der casard, diese nordafrikanische Art des Tropentollers, geboren aus Heimweh, Lebensleil, stierendem Freiheitsdrang und wahnwichtigen Zwangsvorstellungen, ist eine allgemeine koloniale Krankheit, die in der Fremdenlegion nur eine besondere physische

Eigenart hat und sich als Pluchtfieber äußert. Dem über Bord gegangenen deutschen Offizier, dem verkrachten Juristen, dem schwäbischen Bäckergesellen und dem Berliner Walzbruder, ihnen allen wird das Defektieren zur fixen Idee. Aber der Versuch, dem eisernen Zwange und, unberührt, auch all dem Qualenden im eigenen Innern zu entziehen, führt nur zu oft in noch härtere Fesseln. Der ehemalige Offizier, der jüdische Jurist werden will, flieht mit dem Brotwinning erzwungenen Willen, handrechtlich erschossen. C'est la légion, sagt Rosen. Es fragen: Das ganze theatrale Drum und Dran ist ärgster, unabweier Mistch. Und als Bärenlein Wahheit bleibt der Kolonialmilitarismus mit seinen brutalen Mitteln und brutalen Werkzeugen.

Eise Lehmann und Emanuel Reichert haben in ihrem reichen Bühnenleben wohl selten solche tatsächliche und künstlerisch unabhäre Gestalten verkörpern müssen wie diese verliche Kantiniere und den edelgesinnten algerischen Juden. Ein Glück für Herrn Rosen, daß er solche Künstler fand, die auch den Figuren eines Schauerromans noch menschlich ergreifende Farben geben können. Otto Werther gab den Kapitän Dupont als den Typ des rauhen, jüdischen Landesmedizalhauptmanns, der in der Legion wohl vorkommt, aber nicht für alle Legionsoffiziere gültig ist. Daß die Darsteller der Legionärrollen ihrer Aufgabe gerecht wurden, braucht bei einem Ensemble wie dem des Künstlertheaters kaum besonders betont zu werden. Schön waren die Bühnenbilder, nur haben sie mit dem wielschen Saïda, der „Löwenstadt“ des alten Arabellen Abdel Kader, so gut wie gar nichts gemein.

Im Kampfe gegen die Fremdenlegion spielt nationalstische Ueberhebung eine große Rolle. Die patriotische Schundliteratur ist um eine Flut von Regionsgeschichten vermehrt worden. Jetzt tritt auch das Theater in diesen edlen Wettstreit. Gegen die Quellen, aus denen das deutsche Element in die Legion strömt, stellt man sich blind. Welche Werbetätigkeit wird in den deutschen Kasernen mit allen Drückhilfen verrichtet? Wieviel Esch-Bohringer fließen vor der borusischen Postgeiselt und der Fidelehaube in die Legion? Berstopt die deutschen Quellen der Legion und helfst mit im Kampfe, den wir diesseits und Jurets und die Seinen jenseits gegen den Militarismus führen, das ist wirksamer gegen die Legion als Schundliteratur und Schauerdrama. e. d.

Schiller-Theater Charlottenburg: Die Walschinnbauer. 1899 schrieb der beliebte Komiker Weibrauch diese Kasse. Sie stellt, wenn man von Angelhs bedeutend früherem Lustspiel „Das Fest der Handwerker“ abliest, wohl das erste deutsche Arbeiterstück dar. Berlin zählte damals an 500 000 Einwohner und die Arbeiterklasse hatte noch erheblich stärker angenommen als die bürgerliche Bevölkerung. Gerade im Norden Berlins waren die Maschinenfabriken mächtig gewachsen. Bei Vorlig draußen wurden anläßlich der Vollendung der tausendsten Lokomotive große Feste gefeiert und die Walschinnbauer galten allenthalben als Helden des Tages. Aus diesen Stimmungen heraus entstand die Weibrauchsche Kasse, zu der L. Lang die Musik schrieb. Ueber die Kleinbürgerlichkeit der Auffassung wie der Ideale braucht man sich nicht

rabel und sind dem Berliner Streifbocher, die der Berühmte Reifing geliefert hatte, mit der üblichen Beschleunigung entlassen worden. Vorher war von Reifing in die Welt hinausgeschickelt worden, daß die Berliner Streifbocher „tätige Spezialisten“ seien, mit denen Jahresverträge abgeschlossen würden, so daß die Streifen ihre Blöße nicht mehr einnehmen könnten. In Wien ist der erste Verträgevertrag für den Speereihandel abgeschlossen worden, und zwar zwischen der „Société Suisse d'Alimentation“ und dem Lebens- und Genussmittelarbeiterverband. Der Vertrag bestimmt die stündliche tägliche Arbeitszeit einschließlich der Pausen, Lohnzulag von 25 Proz. für Ueberstunden, monatliches Lohnminimum von 145 Fr. für das Verkaufspersonal (10 bis 16 Fr. mehr als bisher), alljährlich bezahlte 14-tägige Ferien. Die Lohnzulage im Alter von 16 Jahren erhalten einen Monatslohn von 50 Fr., die von 17 Jahren von 70 Fr. und jedes folgende Jahr um je 20 Fr. mehr. Der Vertrag bedeutet eine erhebliche Verbesserung der bisherigen Verhältnisse.

Aus der Partei.

Ausschluß Bruppachers.

Zürich, 23. Februar. (Fig. Ber.) Die Geschäftsleitung der Schweizerischen sozialdemokratischen Partei hat den bekannten Züricher Arzt Dr. Bruppacher wegen seiner anarchistischen Richtung aus der Partei ausgeschlossen. Bekanntlich hatte vor zwei Monaten der Sozialdemokratische Verein „Eintracht“ in Zürich, dessen Mitglied Bruppacher ist, dessen Ausschluß mit 196 gegen 43 Stimmen abgelehnt. Die Parteileitung hat jetzt als Rekursinstanz den Ausschluß beschlossen. Der Fall ist durchaus peinlich. Bruppacher genießt in den Kreisen der Arbeiterenschaft viele Sympathien. Die von ihm selbst gebotene Lösung der Frage, daß er sich als Sozialist und Anarchist zugleich bekannte, konnte nicht befriedigen, da nicht bloß in grundsätzlicher, sondern auch in tatsächlicher Beziehung zwischen Anarchismus und Sozialismus der höchste Widerspruch besteht. Die Zweifelsentzweiung Bruppachers würde wohl immer zum Siege des Anarchismus über den Sozialismus geführt haben. Es wäre daher von ihm das Richtige gewesen, wenn er freiwillig die Sozialdemokratie verlassen hätte.

Ein außerordentlicher Parteitag der Schweizerischen Sozialdemokratie soll am 15. und 16. August in Bern stattfinden zur Behandlung folgender Geschäfte: Nationalrats-Proporz, Revision des Fabrikgesetzes, Internationaler Sozialistenkongress in Wien, Nationalratswahlen Ende Oktober 1914 und „Verschiedenes“.

Jugendbewegung.

„Arbeiter-Jugend“.

Die großen erschienenen Nr. 5 des sechsten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Das Ausnahmengesetz wider die Arbeiterjugend. — Zölle (Schluß). — Die Schützjagd. Von O. Pusch. — Menschenwerdung. Von Gg. Engelbert Graf. (Mit Abbildungen.) — Nieder mit dem Politikparagrafen! — Aus der Jugendbewegung. Des Lehrlings Lebenschronik. Die Gegner an der Arbeit usw. — Weilage: Solidarität. Ein Zukunftsbild von Frey Sepp. — Wenn ich wieder zur Welt käme... Von Frey Müller. — Emil Rosenows „Aster Lampe“. Von Roland. — Deutschlands Weltkaffen an der Weier. Von Gustav Krüger. (Mit Abbildungen.) — Philosophie. (II. Metaphysik.) Von Karl Schröder. — Wissenschaftliches von der Sprache. — Der Tod eines Beamten. Von Anton Tscheplov. — Zölle. Gedicht von Karl Eisinger.

Gerichtszeitung.

Ein Menschenjährling.

Der Hausdiener Max Heidemann wurde gestern der 7. Strafkammer des Landgerichts I unter der Anklage des wiederholten Betruges im stoffscharfenden Rückfalle vorgeführt. Der Vater des Angeklagten war ein in guten Verhältnissen lebender Gutbesitzer, seine Mutter lebt noch als Rentiere. Der Angeklagte hat keine Ausbildung in einer landwirtschaftlichen Schule erhalten und sollte Landwirt werden, ist aber entleitet und hat sich schließlich als Kutscher durchs Leben geschlagen. Im Juni 1898 verheiratete er einen Revolveranschlag gegen seine Ehefrau, die er erheblich verwundete. In selbstmörderischer Absicht brachte er sich selbst eine Schusswunde bei, die ihn aber nicht tötete. Das Schwurgericht hat ihn feinerzeit wegen versuchten Mordes zu zehn Jahren Zuchthaus

zu verurteilen. Ganz Berlin war spießhaft — also auch die Redakteur. Schnapstrinkertypen wie der alte ebrliche Schloffer Knobbe bildeten keineswegs Ausnahmen, und wir wissen ja, wie ingrinnig-satirisch Adolf Glashbrenner bereits im Vormärz gegen die Verloffenheit zu Felde zog. So wenig nun der Dichterkomiker eine Art politischer Ader vertrat, einen Hauch von dem Geiste der damaligen Arbeiterchaft läßt er doch in seiner Poesie verspüren. Alles mutet anheimelnd, „gemüthlich“ an — auch die Musik. Das ist tatsächlich jenes singende Alt-Berlin. Dahinein schwingen natürlich auch die Melodien verschiedener Opern jener Tage: die „Hugenotten“, „Martha“ usw. Und wenn die älteren Possendichter solche ernsthaften Puffunterlagen mit ihren Couplets verknüpften, so ergab diese Mischung allemal einen ersten Humor.

Die Aufführung der „Malkinbauer“ hat den Vorzug, daß es den Bearbeitern glückte, dem Geschlecht von heute jenes Stückchen Vergangenheit vollkommen verständlich und anziehend zu machen. Alles hat den Reiz der Neuzeit: das Stadt- und Landschaftsbild wie die Kleidermode. Die Verbindung mit der Gegenwart vermittelt mannigfaltige parodistische Lieberterte und satirisch-komische Couplets. Eins darunter, worin die „Vielseitigkeit“ des Kronprinz geschildert wird, löste mit dem Huppensignal aus dem Orchesterraum: Tati-tata! als Refrain unbändiges Gelächter aus. Kennbar war es, Max Patzegg als Knobbe zu sehen, namentlich, wenn er (mit Anna Hansler) Liebeszenen vorträte. Auch die übrigen Mitwirkenden taten ihr Bestes. Es gab während der ganzen Darstellung Hektikerlebnisse ohne Ende.

Notizen.

Der Erfolg der Kritik. Von der Kritik war an der Aufführung der Reisterlinger im Deutschen Opernhaus die Anzeigen der 2. Klasse gelabelt worden. Die Direktion hat dem Rechnung getragen und Sophiens Haus vorgeführt und in die Szene hineingebaut.

Hoffmanns Opernhausentwurf in amtlicher Selbstenklärung. Der von der Vereinigung Berliner Architekten scharf kritisierte Entwurf Ludwig Hoffmanns wird im amtlichen Zentralblatt der Bauverwaltung veröffentlicht und im einzelnen gerechtfertigt. Vor allem wird der Vorwurf der Feuerunsicherheit zurückgewiesen. Daneben wird betont, daß der Entwurf ja nur ein Vorentwurf und noch kein endgültiger sei und daß verschiedene Fragen noch an andern Theatergebäuden studiert werden.

Vorträge. Hauptmann Koch aus Kopenhagen, der die bisher nördlichste Durchquerung des grönländischen Inlandes im Verein mit Dr. Wegener aus Narburg ausführte, wird am Freitag, abends 8 Uhr, in der Krania einen Vortrag über die Hauptergebnisse dieser Durchquerung halten. (Mit Lichtbildern.)

Deutsche Arbeiteranfängerfahrt nach Paris. Der Arbeitergefängnisverein „Freiheit“, Düsseldorf (Adresse: Restaurant Nordes, Kölner Str. 84) veranstaltet zu Ostern eine Fahrt nach Paris mit vierstägigem Aufenthalt. Zu dieser Tour, an der sich auch andere Genossen beteiligen können, werden noch 86 Teilnehmer zugelassen. Preis ab Düsseldorf in III. Klasse 75 M.

berurteilt. Während er keine Strafe verbüßte, wurde er wegen verschiedener Eigentumsvergehen angeklagt und nochmals zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Es hat somit dreizehn Jahre Zuchthaus hintereinander abgesehen. Als er endlich wieder in Freiheit kam, war er für die Welt unbrauchbar, und es kann kaum Wunder nehmen, daß er in der Folge noch wiederholt Freiheitsstrafen erlitt. Die heutigen Straftaten hat er selbst zur Anklage gebracht. Er erklärte eines Tages auf der Polizei und beschuldigte sich, durch falsche Vorspiegelungen seiner „Braut“ und einem Missionar kleinere Summen aus der Tasche gelockt zu haben. Der Angeklagte machte gestern vor Gericht einen wirren Eindruck. Er behauptete, daß er schon einmal in der Irrenanstalt gefesselt habe und dorthin zurückwolle, denn seine Kräfte seien ganz gerüttet und er sei vollständig berrückt.

Das Gericht hielt es nach dem persönlichen Eindruck, den der Angeklagte machte, für geboten, den zuständigen Gerichtsarzt mit der Beobachtung des Geisteszustandes des Angeklagten zu betrauen.

Grausame Mißhandlungen eines 3 1/2-jährigen Kindes

lagen einer Anklage zugrunde, welche gestern die 6. Strafkammer des Landgerichts I beschätzte. Wegen Körperverletzung mittels grausamer Behandlung war die Frau Helene Marie Böhm geb. Stiller, zuletzt in der Windstraße wohnhaft, angeklagt.

Die Angeklagte hat ihr vorheisches Kind in grausamster Weise mißhandelt. Erst auf eine Anzeige des Vereins zum Schutze der Kinder vor Ausbeutung und Mißhandlung wurde durch Gerichtsbeschluß das Kind anderweitig in Pflege untergebracht.

In der ersten Verhandlung vor dem Schöffengericht beantragte der Amtsanwalt ein Jahr Gefängnis. Das Gericht kam zu der verhältnismäßig milden Strafe von zwei Monaten Gefängnis. Gegen dieses milde Urteil legte die Angeklagte auch noch Berufung ein. Diese wurde von der Strafkammer mit der Begründung verworfen, daß es höchst bedauerlich sei, daß nicht auch der Amtsanwalt Berufung eingelegt habe, da das Gericht dann in der Lage sein würde, die jeder Menschlichkeit höhnsprechenden Mißhandlungen der Angeklagten mit einer Gefängnisstrafe von mindestens einem Jahre zu sühnen.

Die sieben ärztlichen Jungfrauen.

Wie beispiellos naiv und leichtfertig manche Mädchen sind, wenn es sich darum handelt, noch einen Mann zu bekommen, zeigte wieder einmal eine Verhandlung, welche gestern die 7. Strafkammer des Landgerichts I beschätzte. Wegen Betruges, schwerer Urkundenfälschung, einfachen und schweren Diebstahls war der Dekorationsmaler Artur Hennig angeklagt.

Der Angeklagte hat es verstanden, fast ein ganzes Jahr lang auf Kosten mehrerer heiratswütiger Mädchen, die längst „aus dem Schneider“ waren, herrlich und in Freuden zu leben. Seine Tätigkeit bestand darin, daß er auf die von den heiratswütigen Mädchen, meist Köchinnen, Wirtschaftserinnen usw. erlassenen Heiratsannoncen an die Betreffenden Briefe schrieb, die sämtlich mit den Worten begannen: „Werdes Fräulein! Auf die von Ihnen erlassene Heiratsannonce biete ich mich Ihnen als zukünftigen Mann an“ usw. Er gab dann an, er sei Malermeister, Mitglied mehrerer Vorgesellschaften, besitze ein größeres Vermögen, habe herzenguten Charakter usw. — Auf diese Aneinanderreihung der verschiedensten Vorsätze eines zukünftigen Ehe Mannes fielen auch mehrere Mädchen herein, denen er unter allen möglichen falschen Vorspiegelungen die durch jahrelange Arbeit gemachten Ersparnisse abnahm, darunter Beträge bis zu 1500 M. Er steuerte sich auch nicht, einer seiner sieben Bekanntschaften ein Sparbüchlein zu entwenden, bei einer anderen den Reiseford aufzubrechen und Goldstücken zu stehlen.

Vor Gericht stellte der Angeklagte jede betrügerische Absicht in Abrede. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Fuchs beantragte mit Rücksicht darauf, daß es sich um einen gemeingefährlichen, geistesmäßigigen Heiratswindler handle, eine Gefängnisstrafe von zwei einhalb Jahren, auf die das Gericht auch erlannte.

Ein netter Privatdetektiv.

Zu dem jetzt aktuellen Thema der Gefährlichkeit mancher Privatdetektivs gehört eine Verleumdungsanklage, die gestern die Strafkammer beschätzte.

Angeklagt war der Privatdetektiv Johann Mobra. Dieser war von dem Polizeihauptmann Weymund beauftragt worden, den letzten Ehefrau zu beobachten, um Material für eine zwischen dem Eheleuten schwebende Scheidungsklage zu erbringen. Der Angeklagte hat sich dann in der leiblich nicht seltenen Weise bemüht, solches Beobachtungsmaterial selbst zu konstruieren. Er besaß sich eines Tages zu der von ihrem Mann getrennt lebenden Frau W., tat so, als ob er von der Trennung gar nichts wüßte und gab vor, Herrn W. sprechen zu wollen. Als die Frau ihm erklärte, daß sie nicht mit ihrem Mann zusammen wohne, tat der Angeklagte, der sich als „Kaserneninspektor Lamprecht“ von der Kaserne in der Rathausener Straße“ vorstellte, sehr erstaunt, daß, näher treten zu dürfen und erzählte dann, daß der allerletzte Schlechter über ihren Ehemann mit dem Refrain, daß sie mit einem solchen Mann doch nicht mehr zusammenleben könne und doch jeden Augenblick einen anderen Mann bekommen würde. Er stellte dann in Aussicht, ihr ein Himmeln, welches sie vermehren wollte, abzumieten. Am nächsten Tage kam er wieder, sah sich das Zimmer nochmals an, umgarnete die Frau mit Schmeicheleien und schließlich trat er mit dem Voranschlag hervor: Sie solle sich ihm anvertrauen und mit ihm nach England oder Amerika fahren, wo sie sich ja verheiraten könnten. Nun durchschaute Frau W. den Ujow, der vergessen hatte, daß er sich Lamprecht genannt hatte und sich diesmal Schmidt nannte und ließ ihn festnehmen.

Das Schöffengericht hatte in diesem Verfahren des Angeklagten eine Verleumdung für Frau W. erblickt, da der Angeklagte sie für fähig erachtet habe, die eheliche Treue zu brechen. Dazu komme, daß der Angeklagte selbst verheiratet sei und er genau wissen mußte, daß von einer Eheschließung zwischen ihm und Frau W. nicht die Rede sein konnte. Das Schöffengericht hat das Treiben des Angeklagten, das darauf hinausläuft, aus jändem Eigennutz eine unbescholtene Ehefrau zum Ehebruch zu verführen, als überaus verwerflich und „die Tätigkeit solcher Privatdetektivs als nahezu gemeingefährlich“ bezeichnet. Der Angeklagte, der übrigens auch schon eine zweijährige Zuchthausstrafe hinter sich hat, wurde zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt, legte aber hiergegen Berufung ein. In der gestrigen Verhandlung trat sein Verteidiger mit der Erklärung hervor, daß der Angeklagte schon im Irrenhause gefesselt und berechtigte Zweifel an seiner geistigen Befundtheit nicht von der Hand zu weisen seien. Das Gericht beschloß, den Gerichtsarzt mit den nötigen Feststellungen zu betrauen.

Aus aller Welt.

Ländlich — sitlich!

Aus Stöttingen wird uns geschrieben: Zwei junge Frauen aus der Gegend von Wodenfelde a. d. Weier gingen dieser Tage nach der Kreisstadt Uslar, um auf der Forstkasse Holzkaufgeld zu begahlen. Mitteln im Walde gefasste sich ein schneidiger Herr zu ihnen, der mit ihnen scherzte und schälerte. Man fand Gefallen an einander und wurde schließlich so intim, daß der Herr den jungen Frauen einen Hundertmarkschein verpfand, wenn sie ihm beide „gefällig“ sein würden. Allerdings müsse er bitten, ihm dann etwas Kleingeld zurückzugeben, da er sonst kein Geld bei sich habe

und noch noch seinem Bohnorte Kassel zurück müsse. Die beiden jungen Frauen sahen das ein, waren ihm beide „gefällig“, erhielten darauf von ihm den Hundertmarkschein und die eine gab ihm 10 M. die andere 12 M. zurück. Hocherfreut über die Gutmütigkeit des gelegentlichen Liebhabers trauten sich nun beide nach Uslar, um das Holzkaufgeld zu begahlen. Wie groß war aber ihre Enttäuschung, als ihnen der Forstkassentendant erklärte, der Hundertmarkschein sei falsch, sei eine Blüte. Sie hätten vor Scham in den Erdboden versinken mögen, aber was half es, sie mußten, um noch größeren Unannehmlichkeiten zu entgehen, unter Tränen die Herkunft des falschen Scheines preisgeben. Zu Hause gab es dann erst noch recht unangenehme Szenen und Auseinandersetzungen da auch den Männern das galante Abenteuer gebräutet werden mußte. Ob freilich die betrogenen Ehemänner der Generalbeichte ihrer völlig zerküßten Frauen auch den Generalhorden folgen ließen, steht noch dahin.

Ein seltsamer Heberfall.

Ueber einen recht eigenartigen Heberfall auf einen Generalmajor bringt das Wollfische Telegraphenbureau folgende Meldungen:

Reiße, 25. Februar. Als der Kommandeur der 24. Infanteriebrigade Generalmajor Voß gestern früh seine Pforten, die nicht zur rechten Zeit aufgefunden waren, wecken wollte, wurde er von ihnen überfallen und leicht verletzt. Lebensgefahr besteht nicht. Die Täter entflohen.

Reiße, 25. Februar. Die beiden Pforten des Generalmajors Voß sind auf der Eisenbahnstrecke Reiße-Doppeln zwischen den Stationen Reiße und Wische tot aufgefunden worden. Vermutlich haben sie sich absichtlich vom Zuge überfahren lassen.

Wer mag die beiden Pforten zu dem Heberfall betrogen haben, der für sie die furchtbarsten Strafen im Besolge haben mußte?

Panik in einem Kinotheater.

Ein ganz ungeführter Filmbrand füllte am Dienstagabend in einem Kinotheater in Salerno zu einer schweren Katastrophe. Als die zahlreichen Besucher des Theaters während der kinematographischen Vorstellung Rauch aufsteigen sahen, bemächtigten sich ihrer eine Panik. Alle drängten dem Ausgang zu und verstopften die Türen. Eine Anzahl Personen wurden von den Nachdrängenden zu Boden geworfen und mit Füßen getreten. Später gelang es, mehrere dieser Unglücklichen, die schwere Erstüchungserscheinungen zeigten, wieder ins Leben zurückzuführen. Fünf Personen, unter ihnen zwei Soldaten, wurden getötet. Als Todesursache wurde Herzschlag festgestellt. Zahlreiche Personen erlitten während der Panik Verletzungen, fünf liegen schwerkrank danteder.

Das Unwetter in Spanien.

Wie aus Madrid gemeldet wird, dauern die Stürme in ganz Spanien an. In Valencia riß der Sturm das Dach eines Dachhauses ab; zwei Frauen wurden getötet, sieben verletzt. In einem Kloster wurde der Glockenturm umgestürzt; eine Frau wurde getötet. In Puertollano warf der Sturm beim Bau einer Eisenbahnbrücke beschäftigte Arbeiter zur Erde; ein Arbeiter wurde getötet, einer verletzt.

Grauenhafte Lynchjustiz.

In entsetzlicher Weise hat sich wieder einmal in den Vereinigten Staaten Richter Lynch betätigt. Ein des Nordes an dem Stellvertreter des Scharifs angeklagter Keger wurde in Leland im Staate Mississippi von der fanatisierten Bevölkerung gefangen genommen, gebunden und an ein Gefäß mit Del gestellt, das angezündet wurde. Die Flammen brannten die Stride, mit denen der Keger gefesselt war, durch, worauf der Unglückliche zu säckeln suchte. Er wurde jedoch wiedergeschossen und sein Leichnam wieder aus Feuer gelegt, wo er vollkommen verbrannte.

Kleine Notizen.

Das Grubenunglück im Ruhrrevier. Von dem am Dienstag auf Seche Viktoria bei Kupferdreh verunglückten acht Bergleuten sind bisher zwei gestorben. Die Verletzungen der übrigen fünf im Krankenhaus Bergmannsheil befindlichen Bergleute sind erster, als zunächst vermutet wurde. Es handelt sich um schwere Verletzungen des Rückgrats und der inneren Organe.

Blutige Festungsfest. In dem Dorfe Rammsdorf bei Wien kamen am Dienstag anlässlich der Festungsfest langjährige Feindseligkeiten zwischen der Dorfjugend zum blutigen Ausbruch. Dabei wurde ein Burche durch Messerküche getötet und vier schwer, zahlreiche Wunden leicht verletzt.

Ein betrügerischer Briefträger. In Krakau wurde der Selbstbrieffträger Baranski verhaftet, der seit langer Zeit aus Amerika kommende Briefschaften erbrochen und ihres Inhalts beraubt hatte. Die Höhe der auf diese Art entwendeten Beträge ist bedeutend, da sich in vielen Briefen Sendungen von mehr als tausend Kronen befanden.

Ein verhängnisvoller Sprengschuß. Bei dem Bahnbau Döpen-Meinerzhagen wurden durch einen vorzeitig losgegangenen Sprengschuß zwei Arbeiter getötet und ein dritter verletzt. Die Getöteten wurden durch die Gewalt der Explosion 60 Meter weit geschleudert und furchtbar zugerichtet. Bis jetzt hat der Bahnbau, der vor einem halben Jahr in Angriff genommen wurde, sechs Arbeiter das Leben gekostet.

Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 2. März, abends 8 1/2 Uhr, in Reckers Neuer Wälschbarmasse, Adenauer Straße 99/97. Vortrag: Die Seele der Frau (nach der modernen Psychologie). Referent Herr Dr. Ernst Meyer.

Frauen-Leseabende.

Mit-Offenide. Heute Donnerstag, den 26. d. M., im Jugendheim, Grünauer Straße 7. Genossin Kyned, Triptow-Dammshülferweg, spricht über „Unser Feinmännchen“.

Witterungsüberblick vom 25. Februar 1914.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Wolkenlage	Wetter	Temp. in Grad C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Wolkenlage	Wetter	Temp. in Grad C.
Stettin	758	O	4	bedeckt	-1	Darmstadt	765	SO	4	bedeckt	-6
Hamburg	755	O	4	Regen	1	Bielefeld	770	SO	4	bedeckt	-14
Berlin	755	O	4	Schnee	-0	Essen	758	SO	4	bedeckt	-8
Frankf. a.M.	753	O	1	bedeckt	2	Münster	758	SO	4	bedeckt	-9
München	751	O	4	bedeckt	-0	Paris	753	SO	4	bedeckt	-2
Wien	759	O	1	bedeckt	1						

Wetterprognose für Donnerstag, den 26. Februar 1914. Zeitweise auflauernd, aber vorwiegend trübe mit geringeren Niederschlägen und häufigen östlichen Winden; Temperatur in der Nähe des Gefrierpunktes.

Berliner Wetterbureau

Was geht uns Frauen die Politik an?

Die Frau gehört ins Haus, so sagen die Philister, so die Rückwärtler aller Art. Aber die Frage ist: Kann die Frau im Hause bleiben, wenn sie sich dem schönen Beruf der Mutter, der Erziehung der Kinder widmet? Die übergroße Mehrzahl der Proletarierfrauen kann es nicht. Ständig nimmt die Frauenarbeit zu. Gibt es doch heute schon eine große Reihe von Industriezweigen, in denen die Beschäftigung von Frauen überwiegt. Mit der wirtschaftlichen Selbständigkeit muß aber auch die politische kommen. Der erwerbenden Frau kann es nicht gleichgültig sein, welche Politik die Regierung betreibt. Ob die Gesetzgebung für ausreichenden Schutz der weiblichen Arbeitskraft sorgt, ob genügend für Witwen- und Waisenfürsorge aufgewendet, ob Krankenhäuser, Entbindungsanstalten vorhanden, Schwangeren- und Wöchnerinnenschutz geregelt sind. All dies sind die ureigensten Angelegenheiten der Frau.

Und das berührt natürlich nicht weniger auch die Frau, die in der glücklichen Lage ist, „nur“ den Pflichten der Mutter und Hausfrau obliegen zu dürfen. Hat nicht gerade sie die größten Sorgen, wenn das Brot und Fleisch, wenn alle notwendigen Lebensmittel abermals verteuert werden? Verteuert nicht durch Wägen, Unfälle oder dergleichen, sondern künstlich in die Höhe geschraubt durch eine falsche, volksfeindliche Politik.

Die Familienmutter muß sich klar machen, daß sie infolge der Zoll- und Steuerpolitik beim Einkauf aller Lebensmittel dem Staate eine Steuer zu zahlen hat. Rund 100 Mk. pro Jahr fordert der Militarismus für Soldaten, Kanonen und Schiffe von einer fünfköpfigen Arbeiterfamilie. Davon fließt jedoch infolge unserer famosen Zollgesetzgebung der Löwenanteil in die Taschen der Junker. So ist jede Schmitz Brot, die die Mutter ihren Kindern schneidet, jeder Tropfen Milch, der dem Säugling gereicht wird, versteuert durch Zölle und Abgaben.

Und nichts anderes ist es mit der äußeren Politik. Bei dem Ausbruch eines Krieges — ist es da nicht die Frau, die am meisten unter der Ungunst der Verhältnisse zu leiden hat? Wenn die Mutter den Sohn, die Frau den Ernährer im Felde verloren hat, dann bleibt ihr das Los, auf den Kränemern des Familienglücks den Rest ihres Lebens zu verbringen.

Rein, die Frau muß aufhören, nur Objekt der Gesetzgebung zu sein, sie muß selbständig eingreifen in das öffentliche Leben, in die politische Bewegung. Es ist das eine notwendige Folge der wirtschaftlichen Entwicklung. Daß die Frauenbewegung nicht künstlich hervorgerufen ist durch „politisierende Weiber“ und „sozialdemokratische Heher“, das sehen nachgerade selbst ernste und ehrliche bürgerliche Politiker ein. So schreibt der „Türmer“ (Herausgeber Freiher v. Grotthaus), eine konervative, aber dem Zirkus-Konservatismus abgeneigte Monatschrift in der soeben erschienenen Märznummer in einem Artikel über die „Ursache der Frauenbewegung“:

„Allmählich ringt sich die Erkenntnis durch, daß die Frauenbewegung oder Frauenfrage nicht das Werk einer Handvoll segner anormaler oder aserueller Weiber ist oder gar nur durch diese repräsentiert wird. Vor heute, nachdem uns Australien, Kanada, die Vereinigten Staaten zum Teil, und vor allem England über den weiten Umfang der Frauenbewegung aufgeklärt haben, sieht man immer noch hinter die abgegriffenen Phrasen der Inferiorität oder Superiorität der Frau flüchten, oder wer in einer Schadel und Boden messenden, Hirn-legenden Pseudowissenschaft der Frage der Frauenbewegung Lösung sucht, beweist damit nichts anderes, als seine Unfähigkeit, das Problem zu erfassen, und weiter eine jämmerliche Denkschwäche. In Deutschland macht die Frauenbewegung in letzter Zeit größere Fortschritte, so daß sich ihre Gegner nun veranlassen sehen, ihr mit kollektiver Kraft gegenüberzutreten. Doch muß man feststellen, daß trotz dieser Umstände die Einsicht in das Warum und Wie der Frauenbewegung oft gleich Null ist wie an deren erstem Tag.“

Nachdem der Verfasser die ökonomische Entwicklung untersucht hat, die zu der unaufhaltsamen Bewegung führt, kommt er zu dem Schluß, daß die Frauenbewegung sich auf die Klasse der Arbeiterinnen stützen muß:

„Denn nur die großen Massen der Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten der Großstädte Englands vermögen der Frauenbewegung Schwergewicht zu verleihen. Jede Frauenbewegung stützt sich entweder auf diese Massen, wodurch sie allein eine ernst zu nehmende Bewegung darstellt, oder sie tut dies nicht und bleibt damit eine Salon- oder Studierzimmerfrage, der nur Kuriositätswert zu eigen ist. Die Frauenbewegung Englands ist also eine ökonomisch bedingte Erscheinung, die künftige Frauenbewegung Deutschlands muß dies ebenfalls sein.“

Und das beherzigt, Ihr Arbeiterfrauen, zu Eurem Frauentag und in der roten Woche!

Förderung der Arbeiterinneninteressen.

Ende vergangener Woche tagte in Berlin die dritte Deutsche Konferenz zur Förderung der Arbeiterinneninteressen, veranstaltet von einer Reihe bürgerlicher sozialpolitischer Vereinigungen und Frauenorganisationen. Schon aus der Zusammensetzung der Veranstalter kann man auf den Geist schließen, der diese Tagung beherrschte. Neben den Christ-Dunderschen Gewerksvereinen, dem Gewerksverein der Heimarbeiterinnen waren auch die Vereine evangelischer Arbeiterinnen und der katholische Frauenbund, die Zentralstelle für Volkswohlfahrt und der Bund deutscher Frauenvereine vertreten. Unter den Referenten und Diskussionsrednern fand sich überhaupt keine Arbeiterin. Auf einer solchen Tagung können daher nimmermehr die Forderungen der Arbeiterinnen zum Ausdruck gelangen, selbst wenn die Veranstalterinnen von der besten Absicht geleitet würden, die Interessen der Arbeiterinnen zu fördern. Die bloße Verschönerung mit Fragen, denen man seinen ganzen Lebensverhältnissen nach fernsteht und an die man von außen herantritt, kann nicht die Siderheit des Verständnisses und des Urteils verleihen, die durch das tägliche Erleben gewonnen wird. Wollig reaktionäre und den Interessen der Arbeiterinnen entgegengelegte Anschauungen mißfielen sich daher auf der Tagung mit solchen, denen man mehr oder minder zustimmen konnte. Aber diese wenigen Forderungen, deren Erfüllung den Arbeiterinnen helfen könnte, verschwanden unter dem Wust schädlicher und überflüssiger Wünsche.

Den Hauptteil der Debatten bildete die Erörterung der Lebensverhältnisse der ländlichen Arbeiterinnen, aber nicht vom Standpunkt der Arbeiterinnen aus, sondern unter dem Gesichtswinkel: wie kann die für die Agitarie so unangenehme Landwirtschaft beseitigt werden? Die Ausführungen des ersten Referenten Professor Dr. Ansgen waren derart, daß selbst ein bürgerliches Blatt dagegen protestiert, daß der Redner sich in konservativen Allgemeinplätzen erschöpfe. Der Redner forderte ein Verbot gewerblicher Kinderarbeit auf dem Lande; an der landwirtschaftlichen Kinderarbeit hat er nichts anzufangen. Die Anfechtung freier Bauern schien ihm zu ge-

fährlich, dagegen befürwortete er Arbeiterpächtereien, in denen der Arbeiter vom Großgrundbesitzer dauernd abhängig bleibt. — Er warnte geradezu vor der Ausdehnung der Sozialpolitik und der geistigen Hebung der Landarbeiterschaft, weil beides nur zur vermehrten Abwanderung vom Lande führen würde.

Von den Forderungen der Korreferentin Gertrud Döhrenfurth konnte man nur die nach obligatorischer Fortbildungsschule für Mädchen und nach Ausgestaltung des Mutter-schutzes durch die Krankenkassen unterstügen. In weiteren Erörterungen über gesundheitliche Fragen auf dem Lande wurde von einem Herrn v. Schmeling die Tatsache bestätigt, daß sich der Gesundheitszustand der Landarbeiter verschlechtert habe. Die Ausbildungsmöglichkeiten für Mädchen und Frauen auf dem Lande behandelte Dr. Rosa Kempf, ohne doch das für die Arbeiterin Notwendige scharf herauszuarbeiten. Die Hebung des Standesbewußtseins empfahl dann Elisabeth Boehm in einem Vortrag über die Bedeutung des Vereinslebens für die Kleinbäuerin und Landarbeiterin. Der freigewerkschaftliche Landarbeiterverband existierte natürlich für die Rednerin nicht, obgleich er doch allein das so notwendige Klassenbewußtsein und Solidaritätsgefühl mit der gesamten Arbeiterschaft pflegt.

Neben der Erörterung der Lage der ländlichen Arbeiterin traten die übrigen Referate über die Frauenarbeit in den Wäsch- und Plättanköchen, in der Metallindustrie und in der Konfektionsindustrie zurück. Auch sie änderten nichts an dem Charakter der Tagung, der darauf hinauslief, nur soweit den Wünschen der Arbeiterinnen Rechnung zu tragen, als sich mit der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsweise und den Ansprüchen der agrarischen und industriellen Unternehmer auf möglichst brauchbare Ausbeutungsbjekte vereinigen läßt.

Die englischen Kämpfe um das Frauenwahlrecht.

Zweifellos haben sich in Großbritannien die heftigsten Kämpfe um das Frauenwahlrecht abgepielt. Die Frauen haben dort etwa nicht von vorneherein die Offensive ergriffen; vom Jahre 1851 an, wo zum erstenmal eine öffentliche Versammlung durch Lord Carlisle dem Oberhaus eine Petition überreichen ließ, bis zum Jahre 1906 wurde in durchaus ruhiger Weise gearbeitet. Eine lebhafteste Agitation hatte Scharen von Frauen in die Stimmrechtsorganisationen geführt. Alle nur erdenklichen Propagandamittel wurden benutzt. Einzelne Petitionen trugen Tausende von Unterschriften. Bei den Wahlen wurden die Kandidaten bearbeitet, viele von ihnen gaben schriftliche Versprechungen, um sie nachher, ohne irgendwelchen Strauß zu empfinden, zu brechen. Erst 1906 nahm die Agitation schärferen Charakter an, und zwar — das verdient noch einmal festgesetzt zu werden — nahm die unter dem Namen „Suffragettes“ bekannte Kampfweise ihren Ausgang von einer höchst ungerechten Verteilung zweier Frauen, einer Arbeiterin und eines Mädchens aus angesehenen Bürgerfamilie, zu Gefängnisstrafen, weil sie eine Protestversammlung gegen die Rede eines Ministers unter freiem Himmel abgehalten hatten. Von diesem Moment an ist von den Suffragettes mit kurzen Unterbrechungen ein scharfer Kampf gegen die englische Regierung geführt worden, und die Methoden haben von Jahr zu Jahr an Heftigkeit zugenommen. Die englische Regierung kann die Verantwortung für die von den Suffragettes im Lande verursachten Unruhen nicht ganz von sich abwägen. Ihre schwankende Haltung, die zahllosen Fehler, die sie begangen hat, die aufsteigenden Reden einzelner Minister, die verschiedenen nicht erfüllten Versprechungen und endlich die Schaffung von zweifelhaftem Recht bei der Beurteilung von Vergehen, je nachdem sie von Männern oder von Suffragettes begangen wurden, haben die Bewegung sehr gestärkt und ihr immer neue Nahrung zugeführt.

Es ist nicht möglich, hier alle Daten der englischen Frauenwahlrechtsgeschichte anzuführen und es hat auch verhältnismäßig wenig Zweck. Es genügt die Feststellung, daß verschiedene große Majoritäten im Unterhaus für ein beschränktes Frauenwahlrecht vorhanden waren, und daß es ausschließlich an der Regierung lag, wenn trotzdem die Verträge zu Fall kamen. Entweder gab sie keine Zeit zur weiteren Verhandlung oder sie bestimmte eine Reihe von Abgeordneten, von der Ablehnung fernzubleiben oder sie wandte andere Mittel an, um die Gesetzgebung des Frauenwahlrechts zu verhindern.

Solange die liberale Regierung mit Herrn Asquith an der Spitze am Ruder ist, müssen die Frauen den Gedanken an das Wahlrecht fahren lassen und es scheint, als ob sich die englischen Frauenstimmrechtlerinnen endlich ebenfalls davon überzeugt hätten. Der größte der Verbände, der bisher jeden Kandidaten unterstützte, der für das Frauenwahlrecht eintrat, hat nun seine Taktik vollkommen geändert. Er tritt jetzt in offener Linie für die Arbeiterpartei ein und begründet diese Schwermung in seiner Haltung damit, daß diese die einzige Partei ist, die sich in der Frage des Frauenwahlrechts als zuverlässig erweisen hat. Stellen in einem Wahlkreis, wie zum Beispiel vor kurzem bei der Nachwahl in Nordwest-Durham, Arbeiterpartei, Liberale und Konfessionale Kandidaten auf, so leistet der Frauenstimmrechtsverband Wahlhilfe für die Arbeiterpartei, auch wenn, wie in diesem Falle, alle drei Kandidaten sich als entschiedene Freunde des Frauenwahlrechts bezeichnen.

Man kann den englischen Frauen nur wünschen, daß sie mit dieser Taktik Erfolg haben d. h. daß sie durch ihre Arbeit eine große Zahl von Abgeordneten der Arbeiterpartei in das englische Unterhaus bringen. Erst dann, wenn die Labour Party in angemessener Stärke vertreten ist, werden sie damit erreichen können, die politische Gleichberechtigung zu erhalten, wie denn überhaupt die Erlangung des Frauenwahlrechts von dem Einfluß abhängt, den die Arbeiterschaft auf die Politik der Staaten ausübt.

Frauenstimmrecht.

Fortschritte in Nordamerika. Der Sieg der Demokraten in den Vereinigten Staaten bietet den Freunden des Frauenstimmrechts keine besseren Aussichten auf Erfüllung ihrer Forderungen. Ein Antrag, einen Sonderausschuß zum Studium der Frage einzusetzen, wurde vom Kongreß rundweg abgelehnt. In einzelnen Bundesstaaten dagegen erringt das Frauenstimmrecht weitere Erfolge. Illinois hat kürzlich den Frauen das Stimmrecht für die meisten lokalen und Staatsämter gegeben. In New Jersey und New York wird die Wahlrechtsfrage zur Volksabstimmung gestellt.

Wann kann die deutsche Frau wählen? In den Krankenkassen- und Versicherungswahlen können die Frauen in Deutschland als Gleichberechtigte teilnehmen. Außerdem haben die Firmeninhaberinnen das aktive Wahlrecht zur Handelskammer, das sie aber nicht persönlich ausüben dürfen. Sie müssen sich durch ihren Prokuristen vertreten lassen. Nur im Großherzogtum Hessen haben sie aktives und passives Wahlrecht zur Handelskammer und dort üben sie es auch persönlich aus.

In den sechs östlichen Provinzen Preußens besitzen die Grundbesitzerinnen in den Landgemeinden das kommunale Wahlrecht, auch hier dürfen sie nicht selbst ihre Stimme abgeben, sondern müssen einen männlichen Wahlberechtigten mit ihrer Vertretung beauftragen. Ebenso ist es in den anderen Provinzen, mit Ausnahme von Hannover und der Rheinprovinz. In Sachsen-Weimar-Eisenach, dem Herzogtum

Reuburg und den Fürstentümern Schwarzburg-Rudolstadt und Schwarzburg-Sondershausen haben die Frauen, die das Bürgerrecht erwarben, das kommunale Wahlrecht; in den bayerischen Städten die Hausbesitzerinnen. Überall müssen sich die wahlberechtigten Frauen durch einen männlichen Wähler vertreten lassen. Das bedeutet eine gewaltige Einschränkung ihres Rechts, denn sie haben keine Möglichkeit zu kontrollieren, ob die Stimmabgabe in ihrem Sinne erfolgt. Hier und da wird heute bereits von Arbeitgebern der Versuch gemacht, die Arbeiterinnen zu bewegen, das Bürgerrecht zu erwerben; die dazu benötigte Summe wird ihnen sogar vorgezahlt und in kleinen Raten vom Lohn wieder einbehalten. Das geschieht in der Voraussetzung, daß die Arbeiterinnen ihre Arbeitgeber mit der Vertretung bei der Wahlhandlung beauftragen, und gerade weil mit der indirekten Stimmabgabe in dieser Weise Mißbrauch getrieben wird, sollte darauf hingearbeitet werden, daß die Frauen das Recht zur persönlichen Ausübung des Wahlrechts erhalten, auch wenn im Augenblick ein demokratisches Wahlrecht für sie nicht erreicht werden kann. Das wäre natürlich nur ein ganz minimaler Fortschritt, aber man bestimme gleichzeitig neue Beweise dafür, daß die Ausübung des Wahlrechts die weiblichen Tugenden in keiner Weise beeinträchtigt.

Die weitestgehenden Rechte stehen den Frauen in den Landgemeinden der Provinz Hannover zu, dort sind sie zwar auch vom passiven Wahlrecht ausgeschlossen, aber in bezug auf das aktive Wahlrecht wird kein Unterschied zwischen ihnen und den Männern gemacht. Im Königreich Sachsen dürfen nur die unverheirateten Grundbesitzerinnen das Wahlrecht persönlich ausüben. In Elb- und Vorpommern, Mecklenburg und der Rheinprovinz schließlich haben auch die Grundbesitzerinnen Frauen kein Wahlrecht zur Gemeindevertretung.

Sozialdemokratischer Frauentag in der Schweiz. Am nicht weniger als 32 Orten werden am 8. März sozialdemokratische Frauenversammlungen in der Schweiz stattfinden, in denen je ein Genosse und eine Genossin referieren werden. Eine geradezu freudige Ueberzählung bedeutet die stattliche Liste von 32 Genossinnen als Referentinnen, die mehr als manches andere beweist, daß die sozialdemokratische Frauenbewegung auch in der Schweiz starke Fortschritte macht.

Frauenarbeit.

18 689 weibliche Lehrlinge zählt eine Statistik des Verbandes für handwerkliche und hausgewerbliche Ausbildung der Frau auf Grund einer Umfrage bei den Handwerks- und Gewerbetätigen. So groß die Zahl erscheint, so entspricht sie sicher nicht annähernd den tatsächlichen Verhältnissen. Denn die Ausdehnung der Handwerkbildung auf die Frauen, die vorgeschrieben, daß nur Meisterinnen Lehrlinge ausbilden dürfen, und daß die weiblichen Lehrlinge und Gesellen denselben Bildungsgang nachweisen müssen, wie ihre männlichen Kollegen, ist noch viel zu neu, als daß die Kammer vollständig auf dem Laufenden sein könnten. Außerdem unterliegen auch nur gewisse Berufe diesen Bestimmungen. Es sind vor allem die Schneiderinnen, deren Zahl denn auch am größten nach der Statistik ist. Unter den 18 689 Lehrlingen, die in die Lehrlingsrollen eingetragen waren, wurden 14 204 Schneiderlehrlinge gezählt, und zwar davon in Preußen 7393, in dem übrigen Deutschland 6971. Hinter ihnen steht die Zahl der Schuhmacherlehrlinge mit 3886 im ganzen Deutschen Reich weit zurück, und ihnen folgen im großen Abstand mit nur 141 die Friseurinnen. Ihre geringe Anzahl sowie die der Weichnäherlehrlinge — es sind 107 — läßt darauf schließen, daß diese Berufe nur in wenigen Bezirken als Handwerk betrachtet werden.

Eine Reihe von Kammern ist dazu übergegangen, Frauen in die Gesellenprüfungsausschüsse und die Meisterprüfungskommissionen zu wählen. In den ersten hat z. B. Schwerin 102 Frauen, in den letzteren 52. In Oldenburg hat man eigene Ausschüsse und Kommissionen für Schneiderinnen und Schuhmacherinnen nur aus Frauen gebildet. In einigen Bezirken steht jedoch die Regelung dieser Frage, die für das weibliche Handwerk von großer Bedeutung ist, noch ganz aus. Jedenfalls ist zu erwarten, daß die Zahl der Meisterinnen, die heute 2123 beträgt, in den folgenden Jahren rasch zunimmt.

Frauenwahlrechtszeitung.

Für den Frauentag hat die Redaktion der „Gleichheit“ (Mara Jekin) wieder eine illustrierte Agitationszeitung „Frauenwahlrecht“ herausgegeben.

Aus dem Inhalt heben wir hervor: Der Tag wird kommen. Gedicht von Ludw. Frau. — Bild auf Gedicht von Otto Kille. — Ostara. Von Mara Müller-Jahnke. — Verheißung. — Frauentag und Internationale. Von Adelheid Popp. — Thomas More, der Pfadfinder der Gleichheit und Freiheit. Von Verta Selinger. — Robert Owen. Von Mathilde Barm. — Charles Fourier. Von Luise Fieß. — Was die Frauen Marx und Engels verstanden. — Wüssen die Proletarierinnen im Parlament Vertreterinnen haben? Von Hilja Hörslinen. — Vom Kampf für das Frauenwahlrecht in Holland. Von M. Wibau und Helen Antersmit. — Unser Jahr in Großbritannien. Von Dr. Marion Phillips, London.

In künstlerischen Bildern enthält die Zeitung: „Amazone“ von Lucillon. „Der schwere Gang“ von Fr. v. Ihde. „Die Wasser-schöpferinnen“ von Rille. „Madonna mit dem Kind“ von Kurilla. Der Preis der Zeitung ist 10 Pfennig. Zu beziehen durch die Buchhandlungen und Kolportage. Die Organisationen erhalten die Zeitung zu den für die „Gleichheit“ üblichen Bedingungen. Bestellungen richte man an die Expedition der „Gleichheit“, Stuttgart, Furtwachsstraße 12.

Volksfürsorge.

„Ich komme für die neue Volksversicherung!“ So führen sich zahlreiche gerissene Agenten der verschiedenen gegen die „Volksfürsorge“ neu gegründeten Volksversicherungsgesellschaften in die Familien der kleinen Leute ein, um bei diesen, die gerade auf die „Volksfürsorge“ warten, den Einbruch zu erwecken, als ob sie es mit einer Vertrauensperson der „Volksfürsorge“ zu tun hätten. Hier heißt es aufmerksam prüfen! Man frage stets nach dem vollen Namen der Versicherungsgesellschaft! Wer sich unter falscher Flagge einführt, verdient kein Vertrauen, der verdient, von der List gewiesen zu werden!

Also, Arbeiter und Frauen, habt acht! Eure Versicherung ist die „Volksfürsorge“, gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft in Hamburg!

Tagungen.

Die Hauptstelle für Mutter- und Säuglingsfürsorge in Groß-Berlin, Potsdamer Str. 134a (Vorsitzer: Stabmedizinalrat Dr. Weber), veranstaltet in den Monaten März und April dieses Jahres eine Reihe wissenschaftlicher, zum Teil mit Anhaltsbeschäftigungen verbundener Vorträge, die ein Bild geben sollen von dem gegenwärtigen Zustande der Fürsorgeeinrichtungen, wie sie ins besondere in Groß-Berlin bestehen.

Die Vorträge sind in erster Linie für die in der praktischen Arbeit stehenden Vereinsleiter, Vorstandsmitglieder, Anstalts- und Bureauleiter, sowie für berufsmäßige und freiwillige Helfer und Helferinnen, Schwestern usw. bestimmt. Die Hauptstelle lädt die vorgenannten Persönlichkeiten und sonstige Interessenten zum unentgeltlichen Besuch der Vorträge und Besichtigungen ein und bietet, sich wegen der Programme und Eintrittskarten an die Geschäftsstelle, Potsdamer Str. 134a, schriftlich oder telefonisch (Kurzfürz 6130) zu wenden.

Orts-Krankenkasse der Schlosser und verwandten Gewerbe zu Berlin.

Bekanntmachung betreffend Wahlen des Ausschusses. Aus den Reihen der Arbeitgeber...

Der Vorstand. Gust. Lubatsch, Vorsitzender. Rob. Krüger, Schriftführer.

Bekanntmachung.

Gemäß § 90 der Satzung machen wir hierdurch bekannt, daß die von der General-Versammlung vom 22. Dezember 1913 beschlossene...

Der Vorstand der Ortskrankenkasse der Gürtler zu Berlin. E. Liesack, Vorsitzender.

Direkt an Private. Hefters ich meine vorzüglich eingeführte, bewährte Pflanzenbutter u. Margarine...

Hautleiden.

Nehi bin ich in der Lage, Ihnen meinen herzlichsten Dank für Ihre wunderbare heilende Medizin, die mich vollständig von dem schmerzhaften Hautleiden befreit hat...

Der echte Kapitan-Kantabak ist nicht nur durch seinen feinen Geschmack allein so schnell beliebt geworden...

Das Christusproblem gelöst!

Soeben erschienen: Vor 1900 Jahren! Wer war Jesus Christus? In einer alten orientalischen Bibliothek ist ein Dokument gefunden worden...

Offene Füße.

Kramphergeschwür, wenn auch veralt. u. hartnäck. schmerzhaftes Wunden, unerträgl. Jucken heilt ohne Nachteil die mild wirkende „Ollinda-Salbe“...

Spezialarzt.

Haut-, Horn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Geisteskrankheiten, Dr. Homeyer, Friedrichstr. 81.

Der Kakao.

gesündeste. Der Kakao ist wegen seiner die Gesundheit fördernden Eigenschaften, seines Wohlgeschmacks und hohen Nährwertes...

Haben Sie Stoff? Ich fertige davon Anzüge od. Paletot nach Mass, schick, dauerh. Latzen von 25 Mark an...

Große Einkaufsvorteile bietet Teppich-Spezialhaus.

Emil Lafèvre Berlin S. Seit 1882 nur Oranienstr. 158. Riesen-Teppich-Lager aller Größen und Qualitäten.

Verkäufe.

Kunstgardinen, praktische Neuheiten, jeht 4,75, Ländeldecken 1,95, Stores 2,50, Tischdecken 6,50, Steppdecken 4,50...

Teppiche! Extraverkauf! Ein Vollen haltbarer Spezial-Empran-teppiche, wunderbare Musterwahl, 160 x 240 10,85, 200 x 290 14,85...

Speisezimmer, modernes Möbel, 160 breit, Kresden, Sofa, Umbau, mit großen Seitenrücken, halt 800,- Mark 600,- Mark...

Prachtvolles Klaviersofa, Umbau, moderne Einrichtung, jeht neu Gemerlich, Klavier, Verticill, Jorndorfer Straße 56 I geradz.

Zahngebisse, Zahn bis 1,50 Mark (Komme abholen), Platinabfälle 5,70, Kitzgold, Silber, Treifen, Goldschmelz...

Wachstanzel Frau Schwärze, Kniststraße 7, möcht. Laten, Leibwäsche, vier Handtücher, vier Taschentücher 0,10...

Möbel.

Möbel ohne Geld! Bei keiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke aus Kredit unter äußerster Breitsicherung...

Geschäftsverkäufe. Sichere Erträge. Altes Zigarrengeschäft, direkt am Theater, Nebenverdienst garantiert 300 monatlich...

Wohnezimmer, englische Bettstelle mit Matrize 40,-, Trumeau, geölt 36,-, Umbau 13,-, Beschichtung ohne Staubfang erbeten...

Kaufgesuche. Platinabfälle, alte Goldschalen, Druggold, Silber, Gefässe, alte Uhren, Redgold, Goldmalten, Duedelber...

Unterricht. Unterricht in der englischen Sprache für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Zirkel...

Vermietungen. Schankräume mit Konzession fort zu vermieten, zu erfragen Reutemann, Steglitzstraße 28/29, vorn I.

Wandtafelhäuser, Zimmermann, Bademann, Spezialfabrik Weidenbergerstraße 47, liefern 5 Bros.

Möbel (Büfret). Am Teilzahlung liefert Wohnungseinrichtungen, auch Einzelmöbel, bei feinsten Anzahlung und den allerbesten Ratenzahlungen...

Wohnezimmer für 266 Mark, bestehend aus: modernem Schrank, modernem Verticill, modernem Bettstellen mit Matrizen, komplett, modernen Säulen, modernem Spiegel...

Wohnezimmer für 266 Mark, bestehend aus: modernem Schrank, modernem Verticill, modernem Bettstellen mit Matrizen, komplett, modernen Säulen, modernem Spiegel...

Verschiedenes. Patentanwalt Weigel, Göttingerstraße 9a. Patentanwalt Müller, Göttingerstraße 16.

Schlafstellen. Kleine möblierte Schlafstelle für Herrn Förster, Räderdorferstr. 21, vorn III. +77

Teppiche (Gartenstühle). Gelegenheitsverkauf, Jubiläumsfeier, Mauerhof, Große Frankfurterstraße 9, Ausräumung.

Wohnezimmer für 266 Mark, bestehend aus: modernem Schrank, modernem Verticill, modernem Bettstellen mit Matrizen, komplett, modernen Säulen, modernem Spiegel...

Wohnezimmer für 266 Mark, bestehend aus: modernem Schrank, modernem Verticill, modernem Bettstellen mit Matrizen, komplett, modernen Säulen, modernem Spiegel...

Wohnezimmer für 266 Mark, bestehend aus: modernem Schrank, modernem Verticill, modernem Bettstellen mit Matrizen, komplett, modernen Säulen, modernem Spiegel...

Wohnezimmer für 266 Mark, bestehend aus: modernem Schrank, modernem Verticill, modernem Bettstellen mit Matrizen, komplett, modernen Säulen, modernem Spiegel...

Arbeitsmarkt. Stellenangebote. Leberfärberei, geübte Arbeiterin, gesucht Wilmersdorfstr. 5. +58

Teppiche (Gartenstühle). Gelegenheitsverkauf, Jubiläumsfeier, Mauerhof, Große Frankfurterstraße 9, Ausräumung.

Wohnezimmer für 266 Mark, bestehend aus: modernem Schrank, modernem Verticill, modernem Bettstellen mit Matrizen, komplett, modernen Säulen, modernem Spiegel...

Wohnezimmer für 266 Mark, bestehend aus: modernem Schrank, modernem Verticill, modernem Bettstellen mit Matrizen, komplett, modernen Säulen, modernem Spiegel...

Wohnezimmer für 266 Mark, bestehend aus: modernem Schrank, modernem Verticill, modernem Bettstellen mit Matrizen, komplett, modernen Säulen, modernem Spiegel...

Wohnezimmer für 266 Mark, bestehend aus: modernem Schrank, modernem Verticill, modernem Bettstellen mit Matrizen, komplett, modernen Säulen, modernem Spiegel...

Achtung! Holzarbeiter. Wegen Streit oder Lohn Differenzen und dergleichen Goldbearbeitungsfabrik HÄtcher & Prokop, Schöneberg, Belgischer Straße 61.

Parteiangelegenheiten.

Billige und gute Theateraufführung.

Sonntag, den 1. März, nachmittags 3 Uhr, im
Leffing-Theater

Schnitler: Professor Bernhardt.

Das Stück ist der Berliner Arbeiterschaft warm zu empfehlen. Es gibt ein Bild von dem Leben in den Hofrats-, Minister- und Universitätskreisen Wiens, leuchtet hinein in die Kleinlichkeiten des nach außen so respektabel erscheinenden Lebens der Honoratioren.

Die Karten kommen in folgenden Stellen zum Verkauf:
Zigarrengeschäft Hirsch, Engelauer 15.

„Vorwärts“-Expedition, Petersburger Platz 4.

Restaurations Dieleser, Brunnenstr. 145.

Bureau des 6. Wahlkreises, Gerichtstr. 71, von 9 bis 1 und
5 bis 7 Uhr.

Restaurations Paersch, Oldenburger Str. 10.

Preis des Platzes 1,10 M. inkl. Zettel und Garderobe.

Der Bezirks-Bildungsausschuss Groß-Berlin.

Treptow-Baumshuldenweg. Heute Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, finden zwei öffentliche Kommunalwählerversammlungen statt, und zwar im Lokal zur Rennbahn, Ellenstr. 115, und im Gesellschaftshaus, Baumshuldenweg 78. Tagesordnung: Die bevorstehenden Gemeindevahlen.

Morgen Freitag, abends 7 Uhr: Kubertverbreitung von dem Bezirkslokal aus.

Tegel. Am Donnerstag, den 26. Februar, abends 7 Uhr, sowie am Sonntag, den 1. März, vormittags 8 Uhr, von den bekannten Stellen aus wichtige Flugblattverbreitung.

Am Freitag, den 27. Februar, abends 8 1/2 Uhr, öffentliche Kommunalwählerversammlung in Trappes Festhallen, Bahnhofstr. 1. Referent: Stadtverordneter Karl Reid.

Mariendorf. Heute Donnerstag, 8 1/2 Uhr, Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus. Freitag, den 27. Februar, findet bei Haal, Chausseestr. 43, eine öffentliche Wählerversammlung statt.

Tagesordnung: 1. Die bevorstehende Gemeindevwahl. Referent: Genosse Bögel. 2. Diskussion. 3. Aufstellung der Kandidaten.

Reinickendorf-West. Der Bildungsausschuss veranstaltet einen Vortragszyklus mit dem Thema „Geschichte des Sozialismus“. Der Kommunisten im Altertum und im Mittelalter. Plato, Thomas More u. a. Vom urchristlichen Kommunismus bis Thomas Münzer. Die Vorträge finden statt am Donnerstag, den 26. Februar, 12. März und 26. März bei E. Schröder, Eichhornstraße, Eichhornstraße 60. Donnerstag, den 5. März und 19. März bei Gallmann, Schwarzwaldstr. 54. Beginn der Vorträge 8 1/2 Uhr. Die Parteigenossen werden ersucht, möglichst vollzählig an diesen Vorträgen teilzunehmen.

Berliner Nachrichten.

Berliner Straßenschilder.

(Am Alexanderplatz und in der Dirschenstraße.)

In majestätischer Gelassenheit schaut das ehernerne Riesenweib „Berolina“ von ihrem hohen Postament herab auf das einem riesigen Ameisenhaufen vergleichbare Gewimmel des Großstadtlebens. Sie schaut herab auf die vorüberflutenden Menschenmassen, die ihrer Arbeit und ihrem Erwerbe, zum Teil aber auch ihrem Vergnügen nachgehen und auf die unzähligen Fuhrwerke aller Art: elektrische Straßenbahnen, Autodroschken und Autobusse, Geschäfts-, Last- und Marktwagen, die den weiten Platz und die in ihn einmündenden Straßen mit ihrer Betrieblichkeit erfüllen. Die Dupenrufe der Autos und die Glockenzeichen der Straßenbahnen, das Weitschengeläute der Kutscher und das Geschrei aller möglichen Ausrücker, Zeitungshändler und Blumenverkäuferinnen dringt ohne Unterlass in wirrem Durcheinander auf unser Gehör ein, zeitweise überdeckt durch schrille Pfeifensignale der den Fuhrwerksverkehr regulierenden Schutzleute oder das weitbeschallende Geräusch der über den eisernen Straßendiadukt ein- und ausfahrenden Stadtbahnzüge.

Vom Turm des Rathauses hört man dumpf dröhnend die Schläge der Turmuhr, in welche sich gleichzeitig das harmonische Geläute vom hohen, schlanken Turm der Georgenkirche mischt. Das Zifferblatt der Rathausuhr zeigt 10 Uhr an.

Riesenhafte Geschäfts- und Warenhäuser, bis unter das Dach mit den Erzeugnissen der Kunstfertigkeit und des Gewerbes angefüllt, mit glänzenden Auslagen, deren geschmackvolle und prächtige Dekorationen von einem zahlreichen, allerdings weniger kunstfertigen als neugierigen Publikum bewundert werden, dazu die gewaltige, düstere Halle des Bahnhofes „Alexanderplatz“ und einige trotz der noch frühen Tageszeit recht lebhaft frequentierte Restaurants geben dem Platz sein besonderes Gepräge.

Auf jeden Fall bietet sich hier, nicht nur dem Fremden, der Berlin zum ersten Male sieht, sondern auch dem Einheimischen, der das auf diese Gegend konzentrierte Geschäfts- und Verkehrsleben aufmerksam betrachtet, ein imposantes Bild großstädtischen Lebens und Treibens, aber auch großstädtischen Wirkens und Schaffens.

Aber der Alexanderplatz ist wenig geeignet, um sich dort stillen und mehr oder minder tiefsinnigen Betrachtungen hinzugeben. Sehen wir uns daher einmal die am Viadukt der Stadtbahn sich entlang ziehende, stille Straße ein wenig näher an.

Die Dirschenstraße!

Wenn irgendwo, dann kann man hier von dieser Straße, besonders in ihrer Beziehung zum Alexanderplatz, sagen, daß die Gegensätze dicht beinander wohnen.

Rechts, in einer langen Reihe von Stadtbahnbogen, ein großes, von zehnfachen Besuchern angefülltes Bier- und Weinrestaurant: „Zum Brälatent!“ Nicht schlecht gewählt, der Name! Die hohen, frommen Herrn Kirchenherren mußten ja einen guten Tropfen und einen dementsprechenden „Gappen-Pappen“ zu allen Zeiten aufs beste zu würdigen. Drüben auf der anderen Seite der Straße noch ein vornehmeres, aber intimeres Weinlokal. Weiterhin zieht das im echt preussischen „Geheimratsstil“ erbaute Polizeipräsidium unsere Blicke auf sich. Das Hauptportal des unsäglich langweiligen Ziegelsteinbaues ist flankiert von zwei runden Gefürnten, deren Turmdächer eine auffällende Ähnlichkeit mit den Wägelhäuten der vor dem Gebäude umherstehenden Schutzmänner haben.

Trotz der im Vergleich zum Alexanderplatz auffallenden Stille ist die Straße doch ziemlich belebt von Fußgängern, die sich aus der Menschenmenge des Alexanderplatzes in diese Straße hinein absondern. Aber was für Gestalten erblicken wir hier! Einzeln, auch zu zweien und dreien kommen sie an — Männer, zum Teil ärmlich, aber sauber, zum Teil auch zerlumpt und schmutzig gekleidet: Arbeitslose, darunter nicht wenige Obdachlose, die sich nach der Wärmehalle in einem der Stadtbahnbogen begeben. Fast alle mit geknicktem Kopfe, still und schau an der Mauer des Stadtbahndiades entlang schleichend. Auf der anderen Straßenseite Frauen und Mädchen; die meisten auffallend gepußt, mit wallenden bunten Federn oder ungeheuren „Pleureusen“ auf den Hüften. In ihrer Kleidung sind auffällende Farben vorherrschend; viele von ihnen tragen rote, blaue oder grüne Mäntel. Manche gehen tief verschleiert; andere ohne Hut, mit blohem Kopfe, dessen sorgfältige, aber auffällende Frisur selbstsam abstrich gegen den schabigen „Mist“ oder gar gegen das ärmliche, fadenscheinige Umschlagetuch, das ihre Blöße bedeckt. Nur wenige haben es unterlassen, ihre Gesichter zu schminken und zu pudern, und noch weniger können es vermeiden, nach alter Gewohnheit feste, herausfordernde Blicke rechts und links zu versenden.

So trippeln sie — die Mehrzahl von ihnen auf hohen, spitzen Absätzen — dahin, dem Polizeipräsidium zu, in dessen weitgeöffnetem, düsterem Portal sie eine nach der anderen verschwinden: — zur „Stille“!

Einige der durch das Gefegener einer eingehenden „hochnotpeinlichen Verbessefation“ gefäulerten und für den Himmel der kapitalistischen „freien Liebe“ wieder auf einige Tage sanktionierten „Guldbinnen“ verlassen, munter schwärmend, das unheimliche rote Gebäude. Einer derselben wird von einem jungen Burdchen, der, die Hände in den Taschen, vor der Wärmehalle steht und neugierig diesem eigenartigen Aufzuge der „Demimonde“ zuschaut, eine Frage zugerufen, die sich jedenfalls auf die Geschäftsergebnisse der vergangenen Woche bezieht. Die Antwort erfolgt mit großer Jungensfertigkeit und freisichendem Gelächter, daß es weitthin zu hören ist: „Aha, Willem, der weeste doch, wenn de Kittajutsbeijer in'n Zirkus Buschen sind, denn ham wa doch imma ne fette Wochel“

Faschingschnee.

Eine neue winterliche Ueberraschung gab es gestern morgen. Straßen, Plätze und Hausdächer waren mit einer Schneedecke überzogen. In der Nacht zu Mittwoch hatte, nachdem Dienstagabend unfreundliches, kaltes Regenwetter geherrscht, ein Schneefall eingesetzt, der bald Winterlandschaften hervorzubereitete. Lange sollte die Herrlichkeit in Berlin jedoch nicht dauern. Der weisse Schnee schnellte gar zu bald und mußte dem üblichen Matsch weichen. Leider sollten infolge der entstehenden Glätte mehrere Unfälle herbeigeführt werden, daß Passanten ausglitten, zu Fall kamen und sich Verstauchungen und Quetschungen zuzogen. Unfälle schwererer Natur sind glücklicherweise nicht vorgekommen.

Die Etatberatung der Stadtverordnetenversammlung erfolgt in der heutigen Sitzung. Nachdem in voriger Woche der Rämmerer seine Etatrede gehalten hat, werden heute die Redner der einzelnen Fraktionen das Wort nehmen. Außer dem Etat stehen auch noch eine Anzahl anderer wichtiger Vorlagen auf der Tagesordnung.

Neue Automobilverbindung Wedding-Zentrum-Görlitzer Bahnhof. Eine Automobilverbindung zwischen dem Norden, dem Zentrum und dem Südosten von Berlin richtet die Allgemeine Omnibus-Aktiengesellschaft am Sonnabend, den 28. Februar, ein. Sie verbindet den Wedding mit dem Kottbuscher Platz, dem Rosenthaler Tor, dem Alexanderplatz, dem Moritzplatz, dem Dranienplatz und dem Görlitzer Bahnhof. Die neue Verbindung kommt dadurch zustande, daß die Automobillinie 24 Görlitzer Bahnhof-Brunnenstraße nach dem Wedding verlängert wird. Sie wird weitergeführt durch die Brunnen-, Volta-, Hufiten-, Wiesen-, Hoch- und Geriätstraße, über den Kottbuscher Platz, die Reinickendorfer, Scherer-, Mar-, Utrecht-, Malplaquet- und Seestraße bis zur Ecke der Müllerstraße.

Theatervereine und Luftbarkeitssteuer.

Vor einigen Wochen ergingen an die Theatervereine von der Steuerdeputation des Magistrats Aufforderungen, Material zu liefern, um diese zur Luftbarkeitssteuer heranziehen zu können. Infolgedessen traten die drei Korporationen: Verband der Privat-Theatervereine Deutschlands E. V., Deutscher Arbeiter-Theaterbund und die Vereinigung der Theatervereine Groß-Berlin E. V. zusammen, sandten eine ausführlich begründete Denkschrift an die Steuerdeputation, Magistrat und die Fraktionen der Stadtverordneten und beriefen am Montag, den 23. Februar nach den Russischen, Kaiser-Wilhelm-Straße 31, eine öffentliche Protestversammlung ein, welche von weit über 500 Personen besucht und ein großer Teil der Besucher wegen Ueberfüllung umstehen mußten. Der von den Korporationen bestellte Referent Freter gab eine überschlägliche Darstellung der Sachlage und führte u. a. aus, daß für die Theatervereine keine gesetzliche Verpflichtung besteht, der Steuerdeputation Material zur event. Erhebung der Steuer zu geben. Die Steuerbehörde zieht ein ergangenes Oberlandesgerichts Urteil an, welches für die Vereine den Begriff der Oeffentlichkeit konstruiert, wenn zu den Vergnügungen derselben auch Freunde und Bekannte Zutritt haben und ein Verkauf von Eintrittskarten stattfindet. Diese Auffassung der Steuerdeputation, daß hierin ein Begriff der Oeffentlichkeit vorliegt, erscheint aber mit Rücksicht auf die bisherige Rechtsprechung der bei den höchsten Instanzen, des Oberverwaltungsgerichts und des Kammergerichts, rechtsirrigen. Das Oberverwaltungsgericht hat z. B. in einer Entscheidung, die allerdings bereits vom 24. September 1888 datiert, ausgeführt, daß die Einführung und das Mitbringen von Gästen gestattet ist und daß unter Gästen solche Personen verstanden werden, die in irgendwelchen persönlichen Beziehungen zu den sie einführenden Vereinsmitgliedern stehen. Denselben Standpunkt nimmt auch ein Ministerialerlaß des preussischen Ministers des Innern ein.

Bezüglich der Frage der Erhebung des Eintrittsgeldes läßt sich das Oberverwaltungsgericht in einer Entscheidung vom 13. November 1908 aus, in der gesagt ist, daß eine Polizeiverordnung, welche die von einem Verein oder einer Gesellschaft getroffene Veranstaltung als eine öffentliche erklärt, wenn vor oder in den Räumen bzw. an den Eingängen oder in der Nähe derselben Eintrittsgeld erhoben wird, rechtmäßig ist. Die Erhebung des

Eintrittsgeldes bildet an sich kein Tatbestandsmerkmal der Oeffentlichkeit einer derartigen Veranstaltung. In demselben Sinne hat auch das Kammergericht vom 22. April 1901 entschieden. Die Theatervereine sind in allen Fällen auf den durch die angezogenen Entscheidungen bestimmten Verlonerfreis begrenzt. Daß die Steuerbehörde auf Grund des Oberverwaltungsgerichtsurteils die Veranstaltungen der Vereine als öffentlich betrachtet, ist auch insofern ein rechtsirriger Standpunkt, als dieselben nur in dem gesetzlich vorgeschriebenen Rahmen einer geschlossenen Gesellschaft stattfinden. Würde den Vereinen eine Oeffentlichkeit nachgewiesen werden können, so würde die Existenz derselben in Frage gestellt und die Steuerbehörde erhielte von den Vereinen auch keine Steuern. Bei Aufheben der Vereine würden aber noch Tausende von Gewerbetreibenden, welche im ständigen geschäftlichen Verkehr mit den Theatervereinen stehen, weniger steuerkräftig werden, weil sie durch die Vernichtung der Vereine eine nicht unerhebliche Einbuße in ihren Einnahmen erleiden würden.

Nach den Verhandlungen bei Einführung der Steuer wurde sowohl in der Kommission wie im Plenum der Stadtverordnetenversammlung darauf hingewiesen, daß die Vergnügung des kleinen Mannes nicht getroffen werden sollen, sondern lediglich die Kinos, Varietés und die öffentlichen Kauftheater, die Vereine aber, als die Vergnügungstätigen der minder bemittelten Bevölkerung davon ausgenommen bleiben. Demnach widerspricht das Vorgehen der Steuerdeputation den feinerzeit von den Magistratsmitgliedern gegebenen Zusicherungen, die zweifellos auch für einen erheblichen Teil der Stadtverordneten bei der Abstimmung ausschlaggebend gewesen sind.

Die Ausführungen des Referenten fanden großen Beifall und äußerten sich sämtliche Diskussionsredner in demselben Sinne, daß man die Angelegenheit bis zu den höchsten Instanzen durchkämpfen möchte.

Die folgende darauf eingebrachte Resolution fand einstimmige Annahme:

Die von den Korporationen: Verband der Privat-Theatervereine Deutschlands E. V., Deutscher Arbeiter-Theaterbund und der Vereinigung der Theatervereine Groß-Berlin E. V. eingehenden, heute in den Russischen verammelten Vertreter von Hunderten von Berliner Theatervereinen protestieren ganz entschieden gegen das Vorgehen der Berliner Steuerbehörde.

Die Forderung, daß die Theatervereine Luftbarkeitssteuer zahlen sollen, widerspricht dem Willen der Stadtverordnetenmehrheit, die mit dieser Steuer die Bildungs- und Unterhaltungsvereine der Reichshauptstadt nicht treffen wollten.

Wie schon in der Eingabe der Korporationen an die Steuerdeputation hervorgehoben ist, kann unter keinen Umständen zugegeben werden, daß die Theatervereine öffentliche Aufstellungen veranstalten, und daß daher eine Steuerpflicht vorliegt. Die Theatervereine Berlins werden aufgefordert, jede weitere Maßnahme der Steuerdeputation der von den Verbänden gebildeten Kommission (zu Händen des Herrn Karl Reichschlag, Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 216) mitzuteilen.

Die Verbände sind gewillt, diese Maßnahmen mit allen Mitteln bis zu den höchsten Instanzen zu bekämpfen.

Vom Dache gestürzt.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern vormittag im Hause Reuenburger Straße 10. Dort war ein Schnornsteinleger auf dem Dache bei der Arbeit, als er plötzlich infolge der Glätte abstürzte und mit schweren inneren sowie äußerlichen Verletzungen auf dem Hofe liegen blieb. Er wurde mittels Automobil der Feuerwehr nach dem Urbaner Krankenhaus gefahren.

Großfeuer in der Panoramastraße.

Ein überaus gefährlicher Brand kam gestern nachmittag gegen 1 Uhr in der Panoramastraße 2 am Bahnhof Alexanderplatz zum Ausbruch. Das Feuer hatte seinen Herd im ersten Stock des Quergebäudes in den Lagerräumen der Wollwarenfabrik von Louis Fürstenthal (Inhaber Adolf Rosenwald). Als der erste Löscharzug eintraf, hatten die Flammen schon das gesamte Lager der Firma erfasst und in wenigen Augenblicken war der enge Hof des Grundstücks in undurchdringlichen Qualm gefüllt. Unter den zahlreichen Mietern des großen Schaufales entstand große Aufregung, da der erstehende Rauch bald auch in die Wohnungen eindrang. Der leitende Brandoffizier zog daher durch die Raadmeldung „Mittelfeuer“ noch weitere Löscharzüge zur Unterstützung heran. An den Fenstern nach der Straße zeigten sich mehrere gefährdete Personen, die um Hilfe riefen. Es drohte eine Panik auszubrechen. In der Panoramastraße wurden sofort zwei mechanische Leitern errichtet, über die hinweg Feuerwehrmänner in die Wohnungen einstiegen, um die geängstigten Leute zu beruhigen und von übereilten Schritten zurückzuhalten. Von den Sappeuren wurden zwölf Personen, Erwachsene und Kinder, über die Haupttreppe in Sicherheit gebracht. Verletzungen hat niemand erlitten. Gleichzeitig traten mehrere Dampf- und Motorspritzen in Tätigkeit, die sechs Schlauchleitungen speisten. Der Löschargriff erfolgte von den Treppen des Vorderhauses und von Hakenleitern aus, die im Hof in die Fenster eingehakt wurden. Während gewaltige Wassermengen in die brennenden Lagerräume des ersten Stockes geschleudert wurden, schlugen andere Mannschaften fast in allen Etagen die Fenster ein, um für den Abzug des Qualms zu sorgen. Der enge Hof war durch die Rauchwolken derart verfinstert, daß die Feuerwehr Magnesiumfackeln anzündete. Das Feuer durchschlug auch die Decke des zweiten Stockes im Quergebäude und richtete dort erheblichen Schaden an. Auch die Treppen des rechten Seitenflügels wurden vom Feuer ergriffen und zwischen dem ersten und zweiten Stock ist das Treppengelände vollständig verbrannt. Die Hitze ist so stark, daß das Mauerwerk in großem Umfange abbröckelte. Die Brandstelle war von einer großen Menschenmenge umlagert, die von einem Schutzmannaufgebot in Ordnung gehalten wurde. Ueber die Ursache des Feuers ist nichts ermittelt.

Jagow und die Schutzmänner.

Die Vereinigung Berliner Schutzmänner hat nach dem Verbot durch den Polizeipräsidenten v. Jagow zwar zu bestehen aufgehört, doch haben die Begründer und deren Freunde kein Mittel unversucht gelassen, um doch noch zum Ziele zu gelangen. Sie folgen dem Beispiel der Berliner Feuerwehrmänner, die schließlich nach langem Ringen die Genehmigung zur Organisation erhalten haben. Der Syndikus der Feuerwehrmänner hat es auch übernommen, die Rechte der verbotenen Schutzmännervereinigung wahrzunehmen. Er hat zunächst wegen des Jagowischen Verbots eine Beschwerde an den Minister des Innern getätigt. Diese Beschwerde ist jetzt ohne jede nähere Begründung zurückgewiesen worden. In den nächsten Tagen wollen die Vertrauensmänner mit ihrem Rechtsbeistand die weiteren Schritte beraten, um die Begründung der Vereinigung, von der sie trotz der Maßregelungen nicht abzugehen gedenken, durchzusetzen.

Als „Kriminalbeamter der Nordkommission“ hat ein Gauner einer harmlosen Frau in der Oberberger Straße einen nicht gang

getroffenen Streik gestiftet. Bei ihr erschien vor 24 Tagen ein Mann von etwa 35 Jahren, der sich als Kriminalbeamter vorstellte, erzählte, daß er der Nordkommission angehöre und es seine besondere Aufgabe bezeichne, einen gewissen Willi Franke aufzufinden zu machen. Die Frau bedauerte, keinen einzigen Willi Franke zu kennen und zur Aufklärung der Nordtat also nicht das Geringste beitragen zu können. Der Beamte der Nordkommission empfahl sich darauf und meinte, er müsse nun einmal anderswo ansetzen. Die Frau dachte schon gar nicht mehr an ihn, als er jetzt plötzlich wiederkam, um, wie er sagte, doch noch einmal nachzufragen, weil die Sache immer noch nicht erledigt sei. Er berichtete, daß er sich mit dieser Nordtat unterdessen auch nicht weiter habe beschäftigen können, weil er inzwischen eine andere entdeckt und weil ihm diese neue sehr viel Schwierigkeiten gemacht habe. Während er so erzählte, bekam der Mann plötzlich einen Schwächeanfall. Er selbst wunderte sich darüber nach den Anstrengungen der letzten Tage gar nicht, die Frau aber ebensovwenig, nach dem, was er ihr alles von seinen Tühen und Arbeiten geschwätzt hatte. Der Mann wurde so schwach, daß er sich mit Erlaubnis der Frau einen Augenblick auf das Bett legen mußte, um nicht umzufallen. Dann bat er um eine Tasse Kaffee und etwas Kuchen dazu. Die mitleidige Frau machte sich gleich auf den Weg, um beides zu besorgen. Unter dem Genuß dieser Stärkung erholte sich der Beamte zusehends.

Nach dem Fortgange des „eifrigen Beamten“ entdeckte die Frau, daß er ihr Portemonnaie mit beträchtlichem Inhalte unter dem Kopfkissen entdeckt und mitgenommen hatte. Der Genuß, der seinen Raub vielleicht auch anderswo noch versuchen wird, ist mittelgroß, etwa 1,70 Meter, kräftig und unerschrocken, hat volles, mittelblondes Haar, einen rötlich blonden Schnurrbart und ein rundes, volles, rotangetöntes Gesicht und trägt als „Verkleidung“ ein schwarz-graues Jackett mit gleichfarbigem Reifkleid, und eine blaue Arbeitsbluse unter dem Jackett. Daß er ohne Vorwand und Kräfte ging, fiel nicht auf; es paßte vielmehr zu der „Verkleidung“.

Feuer in einer Zuckerwarenfabrik. Gestern morgen 5 1/2 Uhr wurde die Feuerwehrt nach der Schwedter Straße 6 gerufen, wo im Erdgeschoß des zweiten Quergebäudes in der Zuckerwarenfabrik von Gustav Buchner Feuer ausgebrochen war. Die Flammen hatten Ecktische, Kisten, Türen und Fenster erfasst und drohten auf ein Wöbelaager im ersten Stock überzuzupringen. Die Wehr gab sofort kräftig Wasser, und es gelang den Lösungsgruppen, das Feuer auf die Zuckerwarenfabrik zu beschränken. Ein großer Fabrikraum ist aber vollständig ausgebrannt. Ueber die Ursache des Feuers ist nichts ermittelt. — Ein größerer Ladenausbruch beschäftigte die Feuerwehrt am Mariannenplatz 22. Auch hier bedurfte es längeren Wassergebens, um die Gefahr zu beseitigen.

Vorortnachrichten.

Die Wahl des Ausschusses der Allgemeinen Ortskrankenkasse Adlershof und Umgegend findet heute Donnerstag, von 10—7 Uhr statt.

Wahllokale sind für Arbeitnehmer:
Bezirk I Treptow — Baumschulenweg, Rest. Kimmel, Treptow, Grobstr. 23.
Bezirk II Nieder-Schöneweide — Johanniethal Rest. Kienast, Nieder-Schöneweide, Grünauer Str. 8.
Bezirk III Adlershof — Grünau — Bohndorf — Alt-Glienitz — Eichwalde — Rudow usw. Rest. Feinze, Rudow, Kaiser-Wilhelm-Str. 30.

Neben dem Wahlvorschlag der freien Gewerkschaften sind noch gegnerische Listen aufgestellt. Kein Kassenbewahrer Arbeiter, keine Arbeiterin darf deshalb verläumen, am heutigen Tage das Wahlrecht auszuüben, damit unsere Listen den Sieg erringen.

Für die Wähler des III. Bezirks, denen die Ausübung des Wahlrechts dadurch erschwert wird, indem das Wahllokal nach Rudow verlegt worden ist, stehen von 1/4 Uhr ab am Bahnhof Adlershof Krammer für freie Fahrt nach dem Wahllokal zur Verfügung. Derselben für die Betriebe in Grünau um 5 Uhr an der Kanalbrücke (Grünauer Chaussee).

Gleichfalls machen wir die organisierte Arbeiterkraft darauf aufmerksam, daß uns in Rudow nur die Lokale von G. Wöbler, Wendastr. 32, und A. Palm, Köpener Str. 81, zur Verfügung stehen. Alle anderen Lokale sind gesperrt und auf das strengste zu meiden.

Die Arbeitgeber des ganzen Bezirkes wählen ebenfalls von 10—7 Uhr im Restaurant „Loreley“, Nieder-Schöneweide, Berliner Straße 101.

Auch hier gibt es Sturm zu laufen gegen ein ungerechtes Wahlsystem, deshalb kehle niemand und gebe seine Stimme für die Liste der Kleingewerbetreibenden ab.

Stimmzettel gibt es überall vor den Wahllokale.
Legitimation nicht vergessen. Der Wahlschub.

Neukölln.

Ein schwerer Unglücksfall hat sich am Dienstagmittag gegen 5 Uhr in der Kaiser-Friedrich-Straße zugetragen. Dort hatte sich der Unfallschiff Franz Kollmann an den Rotortwagen eines Straßenbahnwagens der Linie 65 angehängt. Als der Zug von einer Haltestelle aufbrach, fiel der Junge herunter und geriet unter den Radwagen. Der Verunglückte wurde durch Anheben des Wagens befreit und zu einem in der Nähe wohnenden Arzt gebracht. Dieser stellte einen Bruch des linken Oberarmes, Bruch des linken Ober- und Unterschenkels, sowie Verletzung der rechten Hand fest. Nachdem dem Knaben Rotverbände angelegt worden waren, wurde er in sehr bedauerlichem Zustande nach dem Neuköllner Krankenhaus gebracht.

Ueber Mängel im städtischen Desinfektionswesen wird uns geschrieben: Die letzte Stadtberechtigterversammlung hat einer Magistratsvorlage über den Bau einer neuen Desinfektionsanstalt ihre Zustimmung gegeben. Der Neubau ist eine dringende Notwendigkeit, weil infolge der völlig ungenügenden Einrichtungen der alten Anstalt in der Ganer Straße der Erfolg der Desinfektionen ein sehr problematischer geworden ist. Der großen Zahl der Infektionskrankheiten gegenüber sind die Einrichtungen so mangelhaft, daß die Desinfektion sich direkt zu einer Gefahr für die Bevölkerung auswächst. Vor allem ist die Zahl der Desinfektoren eine zu geringe. Es werden zurzeit 7 Desinfektoren beschäftigt. Die Anzahl der zu erledigenden Desinfektionen ist augenblicklich auf 130 gestiegen. Das heißt, daß bei äußerster Kraftanstrengung 2 bis 3 Wochen vergehen, ehe die angemeldete Desinfektion zur Ausführung kommt. Die infizierte Wohnung bildet während dieser Zeit einen Ansteckungsherd. Die Ausführung der Desinfektion an und für sich bietet aber auch keine Gewähr für den Erfolg. Infolge der in großer Zahl vorliegenden Anträge sind die Desinfektoren gezwungen, täglich zwei Desinfektionen auszuführen. Der Oberdesinfektor fählt sich natürlich veranlagt, den Dränger zu spielen. Die Desinfektion soll so schnell als möglich erledigt werden. Ob dies aber im Interesse einer gründlichen Ausführung der Arbeiten liegt, darf bezweifelt werden. Die Forderung der täglichen zwei Desinfektionen hat aber bei der Art ihrer Ausführung in Neukölln eine andere große Gefahr im Gefolge. Die Vorschrift für Desinfektoren verlangt, daß nach jeder Desinfektion der Desinfektor selbst desinfiziert wird durch Bad usw. In Neukölln wird diese Vorschrift übergangen. Der Desinfektor, der vormittags vielleicht eine mit Typhus infizierte Wohnung behandelt, geht von dieser Stelle nach einer Wohnung, in der Scharlach oder Diphtherie

herrschte. Da eine Desinfektion daher nicht stattfindet, wird der Desinfektor zum Seuchenverbreiter. Die leitenden Stellen scheinen sich der furchtbaren Verantwortung, die sie durch eine derartige lose Handhabung der Bestimmungen auf sich laden, gar nicht bewußt zu sein. Unverantwortlich ist es auch, daß durch diese Arbeitsmethode die Gesundheit der Desinfektoren auf das schwerste gefährdet ist. Neben der beruflichen Gefahr hat die Arbeitsmethode schwere Gesundheitsschädigungen im Gefolge. Die Desinfektoren dürfen während ihrer Tätigkeit keine Nahrung zu sich nehmen. Da ihre tägliche ununterbrochene Arbeitszeit augenblicklich 10—12 Stunden beträgt, sind schwere Schädigungen der Gesundheit unvermeidlich. Verstoßen sie gegen die Bestimmungen, so legen sie sich der Gefahr der Infektion aus. Trotzdem die bestehenden Einrichtungen unzulänglich sind, bestände doch die Möglichkeit, bis zu einem gewissen Grade Abhilfe zu schaffen. Unter dem Personal der Strahenreinigung befinden sich eine Anzahl Arbeiter, die für die Desinfektion ausgebildet sind. Durch Heranziehung dieser Leute könnten die unhygienischen Zustände zum Teil beseitigt werden. Sollte die Verwaltung etwa hier sparen wollen? Es wäre dies die denkbar ungeeignetste Stelle. Die Verwaltung wird niemals die Verantwortung der Folgen dieser Zustände von sich abwälzen können.

Kaufmannsgerichtswahlen.

Die Wahlen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiräte zum Kaufmannsgericht finden am Sonntag, den 1. März, in der Zeit von 12—3 Uhr in den Schulgebäuden Ertstr. 27/28 und Voddinstraße 52/53 statt. Wahlberechtigt als Arbeitgeber ist jeder über 25 Jahre alte Deutsche, der am Orte seine Handelsniederlassung hat und mindestens einen Angestellten resp. einen solchen zu gewissen Zeiten im Jahre beschäftigt. Voraussetzung ist, daß der Arbeitgeber in der Wählerliste eingetragen ist. Die Liste der freien Arbeitgeber hat die Bezeichnung A 2 erhalten. Alle sozialdenkenden Arbeitgeber haben die Pflicht, am Sonntag ihre Stimme

für Liste A 2

abzugeben. Wahlberechtigt als Arbeitnehmer ist jeder über 25 Jahre alte Handlungsgehilfe, der am Orte beschäftigt und in der Wählerliste eingetragen ist. Die Liste des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen ist mit B 3 bezeichnet worden.

Am Freitag, den 27. Februar, abends 8 1/2 Uhr, findet in der Passage-Festhölle, Bergstr. 151—152, eine öffentliche Versammlung statt, in der Dr. Rud. Breitscheid über das Thema

für Liste B 3

sprechen wird. Diese Versammlung soll sich zu einer Kundgebung für die freigewerkschaftliche Handlungsgehilfenbewegung gestalten. Deshalb ist Massenbesuch geboten.

Das Zentralbureau der Liste B 3 befindet sich im Restaurant Buchhaiser, Neukölln, Voddinstr. 4.

Steglitz.

Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins nahm zunächst den Bericht des Genossen Hellmann von der Kreisgeneralversammlung debattelos entgegen. Alsdann hielt Genosse Keuter einen beifällig aufgenommenen Vortrag über Kirdenaustritt und Parteiprogramm. Die Diskussionsredner äußerten sich im Sinne des Referenten. Darauf nahm die Versammlung folgenden vom Genossen Wied beendeten Antrag an: „Der Zentralvorstand von Groß-Berlin wird ersucht, un verzüglich Protestversammlungen gegen das unerhörte Lenzurteil der Frankfurter Strafkammer einzuberufen. In der Versammlung ist die Verteidigungsrede der Genossen Luxemburg mit einer orientierenden Einleitung über den Prozeß als Flugblatt zu verbreiten. Die Versammlung bedauert, daß der Zentralvorstand nicht schon bereits solche Versammlungen einberufen hat, die eine gute Einleitung zur Agitation der bevorstehenden roten Woche sind.“

Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen des Vorsitzenden beschloß die Versammlung, die nächste Mitgliederversammlung, die sich mit den Neuwahlen der Funktionäre befassen soll, im Albrechtshof stattfinden zu lassen. In den bevorstehenden Gemeindevahlen gab der Vorsitzende einen kurzen Bericht über die Vorarbeiten der Kommission. Eine öffentliche Wählerversammlung soll am Freitag, den 27. Februar, stattfinden. Genossen, welche sich am 2. und 3. März den ganzen Tag zur Verfügung stellen können, wollen sich umgehend beim Genossen Jachow melden.

Karlshorst.

Neht lange Zeit scheint sich der Gemeindevorstand mit der Ausschreibung für die kommenden Gemeindevahlen zu lassen. Wahrscheinlich soll damit so lange gewartet werden, bis die feindseligen Kräfte im bürgerlichen Lager sich geeinigt haben; das ist unseres Erachtens jedoch nach den vorausgegangenen Dingen fast unmöglich, wenn bei diesen Leuten noch ein Funke von Selbstachtung vorhanden ist. Aber noch ein anderer Grund dürfte für die hinauschiebung des Wahltermins maßgebend sein. Um möglichst vielen Arbeitern den Gebrauch des Wahlrechts zu erleichtern, trägt man sich wohl mit der Absicht, die Wahl in der zweiten Hälfte des März, und eine eventuelle Stichwahl erst im April vorzunehmen, wie das vor zwei und sechs Jahren zu verzeichnen war. Wir meinen, daß angesichts der durch das Dreiklassenystem schon vorhandenen Entwertung der Wählerkraft es wirklich einer weiteren Beschränkung des Wahlrechts nicht bedarf, oder wenn der Gemeindevorstand nicht, daß im Monat März die Umzüge beginnen, unter denen die Arbeiterkraft infolge der unsicheren wirtschaftlichen Lage am meisten zu leiden hat? Wenn aber noch ein anderer Grund maßgebend sein sollte, dann doch nur der, daß die sogenannte Karlshorster Fraktion noch nicht mit ihren Wahlarbeiten fertig ist; bei der Protestktion, deren sich diese Herren erstreuen, wäre diese Auffassung wohl berechtigt. Wie dem aber auch sei. Die Sozialdemokratie steht gefaßt, am tatkräftig den Herren einen entschiedenen Kampf zu liefern. Wir sind es bisher gewohnt gewesen, in scharfster Form bekämpft zu werden, aber die Art, mit der speziell die bürgerliche Meiervereinerung den Wahlkampf führt, kann an Unanständigkeit und Unwahrheit nicht mehr überboten werden. Der Einwohnerchaft sind bisher immer die größten Versprechungen gemacht worden, um nach erfolgter Wahl stets wieder vergessen zu werden. Die Wähler mögen sich daher nicht abermals täuschen lassen. Sorgen wir dafür, daß es uns gelingt, schon in der Hauptwahl unseren Kandidaten, die Genossen Bruno Engel und Fritz Demyoj, zum Siege zu verhelfen. Frisch ans Werk, es gilt mehr als einen Mandatsgewinn.

Ober-Schöneweide.

Infolge eines Versehens ist die in der gestrigen Nummer stehende Notiz, die sich mit den bevorstehenden Gemeindevahlen beschäftigt, unter „Karlshorst“ geraten. Unsere Leser werden den Fehler bereits gemerkt haben.

Weißensee.

Aus der Gemeindevvertretung. Zunächst wurde mitgeteilt, daß die Wahl des vor zwei Jahren gewählten Herrn Schwarz vom Oberverwaltungsgericht für ungültig erklärt worden ist. Nur Herr Fechner meinte seinem Freunde noch eine Träne nach; er bedauerte, daß an der Sache nichts mehr zu ändern sei. Für die der Berliner Feuerwehrt bei Hilfeleistung entstehenden Schäden ist eine Kollektivversicherung geschlossen worden, an der noch weitere sechs Gemeinden beteiligt sind; die Verteilung der Kosten richtet sich nach der Einwohnerzahl; auf die hiesige Gemeinde entfallen 416,50 M.

Sorgen die Gemeindevollräte wegen zwei Einprüche vor, wovon einer anerkannt, der zweite zurückgewiesen wurde. Zu Vorsitzenden des Kaufmannsgerichts wurden auf ein Jahr gewählt: Beigeordneter Dr. Klamroth, Syndikus Knothe und Rechtsanwalt Weinberg. Der in voriger Sitzung zurückgestellte Punkt auf Erhöhung der Unter richtsstunden von vier auf sechs Stunden pro Woche für die kaufmännische Fortbildungsschule kam nochmals zur Verhandlung; die Vertretung stimmte der Erhöhung zu unter der Bedingung, daß die beiden Stunden sich auf die gleichen bisherigen Tage verteilen und das Schulgeld nicht erhöht wird. Die Kosten werden zu je ein Drittel getragen von der Gemeinde, Regierung und Handelskammer. Zur Alterszulageklassen der Lehrer und Lehrerinnen mußte eine Summe von 8880 M. nachbewilligt werden. Es folgte noch eine längere geheime Sitzung.

Rosenthal.

Von Dieben heimgeführt wurde in der Nacht zum Dienstag der Hausbesitzer Baur, Fontaneustraße 43. Die Diebe hatten es hier auf den Hühnerbestand abgesehen, denn am frühen Morgen fand man 25 abgeschlachtete Hühner vor. Allem Anschein nach sind die abgefemten Spigebuden bei ihrer Arbeit gefürort worden, denn sie haben nicht nur die abgeschlachteten Hühner, sondern auch Säcke sowie ein Drechseisen am Latort zurückgelassen.

Lübars-Waldmannslust.

Am Sonntag, den 1. März, von vormittags 11 Uhr bis nachmittags 2 Uhr, findet in der Turnhalle auf dem Schulgrundstück in der Kurhausstr. 11—13 die Gemeindevwahl für die dritte Wählerklasse statt. Mit dieser Angelegenheit beschäftigte sich eine gutbesuchte Versammlung im „Schweizerhaus“. Genosse Reutin sprach an der Hand eines reichhaltigen Materials über die Tätigkeit unserer Genossen in der Gemeindevvertretung. Nach einer kurzen Diskussion wurde als Kandidat der Genosse Maurer Richard Scholz aufgestellt. Von einer gegnerischen Agitation merkt man zurzeit in der Öffentlichkeit noch wenig. Es wäre aber ein Fehler, wollten unsere Genossen sich dadurch in Sicherheit wiegen lassen. Soviel als Versammlungsbereichten unseres Ortsblättern aus dem Grundbesitzerverein ersichtlich ist, dürften uns zwei bürgerliche Kandidaten gegenüberstehen. Ein „Waldmannsluster“ und ein „Lübarsler“. Wahrscheinlich hoffen die ersteren mit uns in die Stichwahl zu kommen, um dann mit Hilfe der „Lübarsler“ den verhassten Sozialdemokraten zu verdrängen. Pflicht unserer Genossen ist es, dieses Ziel zu vereiteln. Es gilt die Zeit bis zum Wahltage auszunutzen, damit am Sonntag auch das letzte Mandat der dritten Klasse erobert wird.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevvertretungen.

Adlershof. Heute Donnerstag, abends 6 1/2 Uhr, im Sitzungssaal des Gemeindevorstandes, Bismarckstr. 1.
Berlin. Freitag, den 27. d. M., abends 6 Uhr, im Sitzungssaal des Rates.
Hienitz (Nordbahn). Freitag, den 27. d. M., abends 7 1/2 Uhr, im Gemeindevorstand, Hauptstr. 18.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindevogehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vom West-Treppchen — Parthodie, — wochentäglich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonntags von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Aufsatz ist ein Bausache und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Antworterstattung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Freunde tragen man in der Sprechstunde vor.

H. B. 10. 1. u. 2. Rein. — K. 2. 37. Der Silbrum ist nicht statfakt. — G. R. 16. Inneres Erachtens Nr. — R. 100. 1. Niemand, falls beide Verfehr in die Empfängerseite fällt. 2. Weis, sofern nicht das tragliche Offizierskorps die Wahl ablehnt. — R. 23. 70. Wenn Sie Ihre Behauptungen beweisen können, so brauchen Sie nicht zu zahlen. Der Verwalter könnte als Zeuge vernommen und befragt werden. Zum Ausschluß aus dem Verband würden die erwähnten Lattachen vorausgesetzt nicht ausreichen. — R. R. 10. Die Stellung können Sie nur dann vernachlässigen, wenn Sie nachweisen können, daß das Kind im Krankenhaus Scharlach erhalten und die Kranke in der Verwaltung ein Verschulden trifft. Ob das der Fall ist oder nicht, läßt Ihr Brief nicht erkennen.

H. B. 39. Kündigung im Scheidungskrieg nicht statfakt; falls es dennoch geschieht, könnte Bestrafung eintreten. — H. 28. Die Bezahlung der Schuld ist alldann noch statfakt, jedoch müssen auch die Kosten sofort bezahlt werden, wenn der Gläubiger nicht davon Abstand nimmt. — Paul W. 1. u. 2. Ihre Mutter hat Anspruch an die Berliner Allgemeine Ortskrankenkasse. Diese hält sich dann an dem Arbeitgeber. — H. 100. 3. Für den Fall, daß die Kasse die Leistungen verweigert, Beschwerde beim Versicherungsamt. 4. Innerhalb Jahresfrist. — H. B. 2. — H. B. 2. 101. 1. Ja. 2. Abmonalität bis zum 15. mit Wirkung zum darauffolgenden ersten. — G. B. 30. 1. Das ist zulässig. Sie müssen aber der Landesversicherungsanstalt Mitteilung von Ihrer jeweiligen Wohnsitz machen. 2. Nein. — H. B. 48. 1. Das letzte, und, soweit Aufhebung oder Abänderung nicht erfolgt ist, auch die früheren. 2. und 3. Die genannten Rollen, soweit sie notwendig waren, sind aus der Nachlassmasse derweg zu ziehen. 4. Bei dem Nachlassgericht, das ist das Amtsgericht Potsdam.

Vontow, R. 105. Gegen den Plänlungs- und Nebenversuchungsbeschluß kann Beschwerde erhoben werden. — T. 2. 28. Wenn die Erklärung des Geschäftsführers bewiesen können, haben Sie ein Recht, Rücknahme zu verlangen, auch die Beweismittel, weitere Zahlung nicht zu leisten. — H. 3. 329. Es könnte Rückforderung und Bestrafung eintreten. Eine vorherige Werbung schließt dies auch nicht aus. — H. 100. 1. Ja. 2. Bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk der Mann verstorben ist. 3. Nein. 4. Ja, sofern er der Kirchengeheimnisse angehört hat. 5. Ja. — W. 2. 37. Beim Amtsgericht erinnern. — H. 2. 101. Die Frau kann zur Auslage gezwungen werden. Aber lebt wenn die Erklärung der Stiebmutter bekräftigt wird, würde dies vorausgesetzt nicht ausreichen. — H. 3. 100. Geld- oder Beschlagnahme. — C. 22. 33. Ja, sofern die Krankheit nicht noch längere Zeit andauert. — J. G. 987a. Unveränderlich. — H. 33. Weibere Semester auf der Forstakademie in Oberweißbach sind erforderlich. Nähere Auskunft erhalten Sie dort. — H. 21. 1888. Der Verband der Tapezierer, Berlin, Engländer 14, kann die beste Auskunft erteilen. — G. H. 32. Für den Wedding: 9. Köpenick, Berlin N., Adershofstr. 3. — G. H. 32. Verein der Freibreiter für Feuerbestattung, Jermin, Berlin, Urbanstr. 6. — C. 2. Rixdorf. Im Jahre 1893.

Marktpreis von Berlin am 24. Februar 1914, nach Ermittlungen des Hl. Völgeprüfungsamts. Reis (mixt), gute Sorte 16,90—17,20, Donau 00,00—00,00, Reis (runder), gute Sorte 14,50—14,90, Richtstroh 4,50 bis 4,80, Hafer 6,80—8,20.
Rarifikationspreis, 100 Kilogr. Geben, gelbe, zum Kochen 34,00—50,00, Speisebohnen, weiße 35,00—60,00, Lima 40,00—90,00, Kartoffeln (Reimhl.) 4,00—7,00, 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Reule 1,00—2,40, Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,80, Schweinefleisch 1,40—2,00, Kalbfleisch 1,40—2,40, Hammelfleisch 1,50—2,40, Butter 2,40—3,00, 60 Stck Eier 4,40—6,00, 1 Kilogramm Karzeln 1,20—2,50, Kafe 1,60—3,20, Bander 1,20—3,20, Hechte 1,40—2,80, Barde 0,80—2,20, Schlete 1,60—3,20, Steie 0,80—1,60, 60 Stck Anie 3,50—5,00.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt von Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am		letzt	
	24. 2.	23. 2.	24. 2.	23. 2.
	m	cm	m	cm
Tempel, Hlth	419	-46	502	0
Treget, Unterburg	197	-38	94	0
Beigiel, Thorn	212	+2	71	-7
Ober, Ratibur	371	+27	100	-10
Trassen	191	+22	126	+1
Frankfurt	180	+6	816	-12
Barthe, Strinum	162	+8	260	+2
Landsberg	186	+2	498	-4
Rehe, Boddann	68	+4	347	+3
Gibe, Zeltmerig	205	+45	496	+21
Bredben	109	+4	162	-11
Bardt	370	+13	382	-6
Magdeburg	203	+13	377	-20

+) + bedeutet Sturz, — Fall. — *) Unterpegel. — *) Eisgang.

Blutarme u. Kranke trinken während der Rekonallesens fourig süßen **Santa Lucia Stärkungs-Fl. 50 Rotwein u. 2.** Nachahmung bitte zurückzuweisen. Käufl. in Apotheken, Drogerien u. Delikat.-Gesch.

Geographischer Hochhaus: Alfred Bielew, Neukölln. Für den Interessenten versandt: Th. Gluck, Berlin, Dons u. Seelig: Sorowats Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Horien habe Keilling sofort den Revolver herausgeholt und ge-
brocht, er werde schießen. Er (Zeuge) sei darauf aus den Revolver
streckte und habe die Polizeiwache angelernt: es müsse sofort ein
Schutzmann kommen, weil sonst ein Unglück passieren könne. Als
er zurückkam, habe er den Solinger schon erschossen vorgefunden. —
Ber. Dr. Olshaker: Sie sollen sich ebenfalls auf Keilling befragen
haben. — Zeuge: Nein, davon ist kein Wort wahr. Keiner von
uns hat Keilling angeführt, Keiner hat ihn auch nur angesprochen,
dann mit einem solchen Menschen redet man doch nicht. Wir
haben uns lediglich an Ding gewendet und das war unser gutes
Recht, weil Keilling eine Menge Streikbrecher unter betäubenden
Vorwörter nach Zeitschen gebracht hatte. Wir mußten nun
alles daran setzen, mit diesen Kollegen in ein ruhiges Gespräch zu
kommen und sie aufzuklären.

Zeuge Buchdrucker Woykowskaja sagt aus, daß sogleich nachdem
einige Buchdrucker an Ding herangetreten waren, Keilling den Re-
volver zog. Daraufhin rief Schwabe laut, er würde die Polizei
holen, so daß Keilling genau wußte, binnen weniger Augenblicke
würde ein Schutzmann erscheinen. Von irgendeiner Notwehr könne
daher keine Rede sein. Auf eine Frage, wie der erschossene So-
linger in den Besitz eines Gummigriffes gekommen sei,
erwidert der Zeuge Woykowskaja, Solinger habe am Samstagabend
vorher an einem Maschinenfall teilgenommen, und zwar in der Ver-
kleidung eines englischen Polizisten. Als solcher habe er einen
Gummigriff bei sich geführt und ihn im Ehezuge benutzt. Am
nächsten Sonntagmorgen, als Keilling auf ihn schoß, habe Solinger
den Gummigriff überhaupt nicht aus der Tasche herausgenommen.
Erst nachdem Keilling erschossen wurde, habe man dem Solinger auf
seinen Wunsch den Gummigriff aus der Tasche gezogen.

Zeuge Buchdrucker Herbst hat mit den Händen in der Tasche
dabeigehandelt, als Keilling den Solinger bedrohte. Er bestritt
ganz entschieden, daß Keilling in irgendeiner Weise von den aus-
gesperrten Buchdruckern bedroht worden sei.

Zeuge Richter Richter hat den Angeklagten Keilling und seinen
Begleiter Ding vom Bahnhof Bodendach nach Zeitschen geführt.
Als die Streikposten ihnen in einem Wagen nachfahren, habe
Keilling gesagt, wenn ihm jemand zu nahe komme, werde er Feuer
geben. Dabei habe er seinen Revolver aus der Tasche gezogen
und ihm (dem Zeugen) vorgehalten. Er habe eine Krone dafür
geboten, nur recht rasch zu fahren, um von dem Streikposten nicht
überfallen zu werden. Der Zeuge Richter behauptet aber, er sei
gar nicht unfach gefahren, weil keine Gefahr vorhanden ge-
wesen sei.

Zeuge Gendarmeriewachsmann Kohl kam am Morgen des
8. Februar am Hotel „Stadt Prag“ vorbei, als die Polizei gegen
Keilling zu Hilfe gerufen wurde. Keilling drohte mehrmals mit
seinem Revolver. Keilling flüchtete aber in die Küche und, ehe der
Zeuge eingreifen konnte, kroch er in der Küche bereits der Schutz.
Der Zeuge fand den Solinger bereits am Boden liegend vor.
Keilling stand zwei Schritte davon mit dem Revolver in der Hand
und sagte ganz ruhig und gelassen: „Ich habe ihn erschossen, weil
er mich angefallen hat.“ Keilling sei in feiner Weise verwirrt ge-
wesen, so daß der Zeuge es für nicht glaubhaft hält, daß Keilling

angegriffen und von den ausgesperrten Buchdruckern bedroht
worden ist. Auf eine Frage des Anklägers Rechtsanwalt Kudsch-
macher erwidert der Zeuge, daß während der ganzen vierwöchigen
Aussperrung der Buchdrucker die Polizei oder die Gendarmerie
niemals auch nur die geringste Veranlassung gehabt hätten, irgend-
wie gegen die streikenden oder ausgesperrten Buchdrucker vor-
zugehen.

Zeuge Hausmeister Anton Binler hat die von Keilling ge-
liefernten Streikbrecher für die Buchdruckereibetriebe auf dem Boden-
bacher Bahnhof abgeholt. Entgegen der Verteilung des An-
geklagten Keilling bestritt er ganz entschieden, daß auf dem
Bodenbacher Bahnhof die Arbeitswilligen von dem Streikposten
irgendwie belästigt worden hätten. Im Falle des Arbeitswilligen
Ding sei das um so mehr unmöglich gewesen, als Keilling und
seine Begleiter drei Personen, die Streikposten aber nur zwei
Personen waren. Während der Fahrt von Bodendach nach
Zeitschen habe Keilling den Revolver herausgenommen und gesagt:
„Wer mir zunahet kommt, den schieße ich tot.“ Er (der Zeuge)
habe ihm darauf erwidert: „Solange ich dabei bin, wird das nicht
geschehen. Wenn Sie allein sind, können Sie machen was Sie
wollen.“ Keilling sei dabei sehr aufgeregt gewesen. — R. A.
Ankläger: Angeklagter Keilling, wie sieht es denn eigentlich
mit Ihrer Position für den Fall, daß ein Arbeitswilliger sich
überreden ließ, Solidarität zu üben? — Angekl.: Dann hätte ich
nicht nur meine Position verloren, sondern hätte die daren Aus-
sichten draußengelassen. — R. A. Ankläger: Was! Das er-
laßt Ihre Aufregung zur Genüge.

Zeuge Buchdrucker Hampel führt die große Aufregung Keillings
darauf zurück, daß es am Abend vorher ausgesperrten Buchdruckern
gelungen sei, von Keilling gelieferte Streikbrecher zu bewegen,
wieder nach Deutschland abzureisen. Offenbar habe Keilling be-
sorgt, man würde auch den Ding überreden, wieder abzureisen,
wenn man ihm nur das Reisegeld vergütete. Als Solinger auf
Ding einredete, habe Keilling sofort seinen Revolver aus der Tasche
gezogen. Der Zeuge hielt daher die Situation sofort für gefähr-
lich und kündigte an, daß er die Polizei holen würde. Er sei zu
diesem Zweck hinausgelaufen. Während der ganzen Zeit habe kein
Mensch den Keilling angerührt oder auch nur damit gedroht. —
Berl.: Ist das richtig, Angeklagter? — Angekl.: Das ist alles er-
funden. (Heiterkeit im Zuschauerraum.) Wenn die Zeugen so
etwas sagen, dann verteidige ich mich überhaupt nicht mehr. Wenn
dann noch das Publikum in dieser Weise wild wird, dann regt
mich das auf. — Berl.: Bleiben Sie nur ruhig, mit den Zeugnissen
haben Sie gar nichts zu tun.

Zeuge Buchdrucker Gostlieb vorn gibt eine Darstellung der
Vorgänge, die zur Erschießung des Solinger geführt haben. Als
der Zeuge erzählt, daß Solinger, nachdem er zu Boden gesunken,
die herumstehenden Buchdrucker gebeten hat, für seine Frau und
seine Kinder zu sorgen, bricht er in Tränen aus. Der Zeuge hat
auch auf dem Bahnhof in Bodendach als Streikposten gestanden
und ist dem Keilling, der in der Begleitung des Ding und des
Zeugen Binler sich befand, nach Zeitschen gefolgt. Er bestritt
mit aller Entschiedenheit, daß er oder die Buchdrucker, die mit ihm

zusammen Streitposten fanden, den Keilling irgendwie bedroht
hätten. — Angekl.: Der Zeuge hat es leicht, sich jetzt zu entschuldig-
en. Aber er ist es gewesen, der mir im Gesicht geschüttelt hat
und der am Sonntag morgen im Hotel „Stadt Prag“ den Solinger
immer vorwärts schob und sich hinter ihm versteckt hat. Der Zeuge
hat den Solinger auf dem Gevißten. — Zeuge vorn: Ich bestritt
mit der alleräußersten Entschiedenheit, daß diese Darstellung des
Angeklagten richtig ist. Es ist dies der letzte Verzweiflungsderschlag
des Angeklagten, die Sache auf einen anderen abzugeben.

Bei dem nächsten Zeugen, dem Gastwirt Rehnel, sind Keilling
und Ding zuerst in Zeitschen eingeleitet. Sie haben sofort verlangt,
auf ihr Zimmer geführt zu werden und dort habe Keilling sofort
seinen Revolver auf den Tisch gelegt und gesagt: „Mir soll nur
einer von den Buchdruckern heraufkommen, dem bejorge ich es.“
Der Zeuge suchte den Keilling zu beruhigen, aber Keilling habe
nicht bleiben wollen, sondern sei umgezogen. Der Zeuge hatte den
Eindruck, daß Keilling in aufgeregter und leidenschaftlicher Stim-
mung war. — Angekl.: Ich habe den Eindruck, daß der Zeuge mit
den Streikenden unter einer Decke steckte. — Zeuge: Selbstverständ-
lich hätte ich für die Sicherheit meiner Gäste absolute Gewähr
geleistet. Ich habe mir lange überlegt, ob ich die Drohungen
Keillings mit dem Revolver der Polizei melden sollte. Aber ich
habe es für klüger gehalten, überhaupt nichts davon zu sagen, weil,
wenn das herausgekommen wäre, die Buchdrucker nur noch auf-
gegeregt worden wären. — Berl.: War Ding auch aufgeregter?
— Zeuge: Nein, von Ding habe ich so gut wie nichts gemerkt, er
war nur ein Mitläufer.

Zeugin Julie Wehnisch ist Köchin im Hotel „Stadt Prag“. Als
sie den Käm in der Gaststube hörte, wollte sie die Küchentür ab-
schließen, damit die Streikenden nicht zu ihr in die Küche kämen.
Als sie das tun wollte, sei Keilling mit gezogenem Revolver auf sie
zugekommen, so daß sie in die äußerste Ecke der Küche flüchtete.
Unmittelbar darauf hätten die dem Keilling verfolgenden Buch-
drucker die Küche betreten. — Berl.: Hat Keilling gezielt, als er
schoß? — Zeugin: Ob er gerade auf Solinger gezielt hat, weiß ich
nicht. Aber er hat den Revolver gerade auf die Buchdrucker ge-
richtet. — Berl.: Können Sie mit aboluter Gewißheit aus-
sagen, daß Keilling in der Küche mißhandelt oder bedroht worden
ist? — Zeugin: Das ist ganz ausgeschlossen, das hätte ich sehen
müssen. — Berl.: Keilling, was sagen Sie zu dieser Aussage? Haben
Sie in Zeitschen gehandelt? — Angekl.: Nein, in Zeitschen habe ich
nicht gehandelt. Ich habe überhaupt nicht gehandelt, es hat jemand
mich am Arm gepackt und da ist die Waffe von selbst losgegangen.
— Berl.: Sie haben unmittelbar vorher angezündet, Sie würden
schießen. — Angekl.: Nein, das habe ich nicht getan. Ich habe nur
gesagt, ich würde von der Waffe Gebrauch machen, wenn man mich
nicht losläßt. — Berl.: Das scheint doch aber darauf hinzudeuten,
daß Sie den Schutz mit Willen abgelehrt haben.

Die weitere Verhandlung wird auf Donnerstag vertagt. Auch
das Urteil ist am Donnerstag zu erwarten.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 2. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Bezirk 138.
Am 24. Februar verstarb unser
Mitglied
Ferdinand Wichmann
80 Jhr., 37.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 27. Februar, nachm.
4 Uhr, von der Halle des Jakob-
Kirchhofes, Hermannstr., aus statt.
Um rege Beteiligung bittet
Der Vorstand.

Deutscher
Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Holz-
industriearbeiter
Ferd. Wichmann
am 24. d. Mts. im Alter von
80 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 27. Februar, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Jakob-Kirch-
hofes aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Bezirk 504.
Am Sonntag, den 22. Februar,
verstarb unser Genosse
Emil Kolms
Wöllner Straße 90.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 27. Februar, nachm.
3 Uhr, von der Leichenhalle des
nächlichen Friedhofes in Friedrichs-
felde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Niederharnim.
Bezirk Lichtenberg.
Nachruf.
Den Genossen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Restau-
rateur
Johann Speulda
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
14/8 Die Bezirksleitung.

Dankagung.
Für die zahlreichen Beweise herz-
licher Teilnahme bei der Beerdigung
meines lieben Vaters
Hugo Becker
sagt ich allen Freunden und Be-
wandten, sowie dem Vorstand der
Krieger- und Werkhöfer und den
Kollegen der Firma Hponal meinen
herzlichsten Dank.
10906
Paul Becker, Schöneberg.

Dankagung.
Für die zahlreichen Beweise herz-
licher Teilnahme bei der Beerdigung
meines lieben Vaters
Hugo Becker
sagt ich allen Freunden und Be-
wandten, sowie dem Vorstand der
Krieger- und Werkhöfer und den
Kollegen der Firma Hponal meinen
herzlichsten Dank.
10906
Paul Becker, Schöneberg.

Am 23. d. M., morgens 6^{1/2} Uhr, verschied nach kurzem, schwerem
Leiden mein innigstgeliebter Mann, der Vorkermeister
Karl Grüneberg
im Alter von 40 Jahren.
Dies geht tief betrübt an im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Witwe Frau Johanna Grüneberg geb. Gelsch.
Die Trauerfeier findet am Donnerstag nachm. 1^{1/2} Uhr im Rummel-
burger Krankenhaus, Schlacht-Allee, statt und die Beerdigung erfolgt
am 24. Uhr an dem Friedhofe zu Friedrichsfelde-Karlshorst, an der
Trenn-Allee.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Adlershof.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse
Karl Naue
am 21. Februar, nach langem
schwerem Leiden verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 27. Februar, nach-
mittags 3 Uhr, von der Halle
des hiesigen Friedhofes aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
201/15 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Metall-
arbeiter
Karl Naue
Adlershof, Handjenz-Str. 10
am 21. d. Mts. an Krebsleiden
im Alter verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 27. Februar, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Gemeinde-Friedhofes
in Adlershof aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
118/10 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Zweigverein Berlin.
Am 24. Februar starb unser
Mitglied, der Maurer
Karl Wiese
(Bestel Ofen I.).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 28. Februar,
nachmittags 3^{1/2} Uhr, von der
Halle des St. Georgen-Friedhofes,
Landsberger Allee, aus statt.
141/2 Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Tischler
Gustav Fischer
Grünhägerstr. 13
im Alter von 49 Jahren ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 27. Februar, nach-
mittags 3^{1/2} Uhr, von der Halle
des alten St. Pauli-Kirchhofes
in der Seefraße aus statt.
88/19 Die Ortsverwaltung.

Nach längerem Leiden verstarb
am 24. Februar unser Gel., der
Pianoschreiber Herr
Julius Wawrzinek.
Wir werden sein Andenken stets
in Ehren halten.
Die Arbeiter der Pianofabrik
von H. Matz & Co.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 28. Februar,
nachmittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Thomas-Kirchhofes in
Reinick, Hermannstr., aus
statt.

Allen Verwandten, Freunden
und Bekannten zur Nachricht,
daß plötzlich am Dienstag mein teurer
Mann, Vater und Schwager,
der Buchbinder
Hugo Ahner
Berlin, Belfortstr. 18,
im 61. Lebensjahre verstorben ist.
Dies seinen Hermit an.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 1. März, nachm.
4 Uhr, von der Leichenhalle des
Simon-Kirchhofes, Marienbor-
weg, aus statt. 10628

Nach längerem Leiden verstarb
am 24. Februar unser Gel., der
Pianoschreiber Herr
Julius Wawrzinek.
Wir werden sein Andenken stets
in Ehren halten.
Die Arbeiter der Pianofabrik
von H. Matz & Co.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 28. Februar,
nachmittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Thomas-Kirchhofes in
Reinick, Hermannstr., aus
statt.

NESTLE
Allbewährte Nahrung
für Kinder und Kranke

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.
Die Oblente und Hauskassierer machen wir
darauf aufmerksam, daß in dieser Woche die Ausgabe des
Merkmateriales und der Grundsteine in allen Bezirken
erst am Freitag stattfinden kann, da dann die Lieferung des
Materiales zur Arbeitslosenkontrolle erst möglich ist, daß mit
dieser Grundsteinverbreitung an die Mitglieder abgegeben
werden soll.
Die Kontrolle selbst soll am 2. März beginnen.
Der Zweigvereinsvorstand.

Sektion der Stoffkassiere.

Montag, den 2. März 1914, abends 8 Uhr, bei Wittke,
Zedakhausstr. 39:
Verammlung
Tagesordnung:
1. „Die Arbeitsvermittlung in unserem Berufe und
wie kann sie geregelt werden?“ Referent: Kollege Leuthold.
2. Gemeindefragen. 141/3
Genehmigte Beilegung erwartet
Die Sektionsleitung.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Bureau: Reichstrasse 28, part. Filiale Berlin. Arbeitsnachweis: Räderstraße 9.
Fernsprecher Amt Mpl. Nr. 4787. Fernsprecher: Amt Norden 0708
Freitag, den 27. Februar, abends 8^{1/2} Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15:
Mitgliederversammlung.
Tagesordnung:
1. Die innere Gestaltung der Filiale Berlin. 2. Diskussion. 3. Abmündung über das Vertretersystem.
Wegen der wichtigen Tagesordnung muß ein jeder Kollege erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert.
Wir machen die Kollegen darauf aufmerksam, daß der Lohn am 1. März um
1 Pf. steigt, also 73 Pf. beträgt.
Die Arbeitszeit ist vom 1. März täglich 9 Stunden.
Die Ortsverwaltung.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, sieht am
Moritzplatz
10-2, 5-7. Sonntags 10-12.

Gegehühner 1913er
Gründent.
Reißige Eierleg. Farbe a. Wunsch.
Überall unter, gar gelang. m.
Cahn 78 El. 45 M. 2 El. 27 M.
5 St. 14 M. Westhof Hof.
Berlin-Lichtenberg 104. Tod-
dorfer Straße 30.

Glumen- und Kranzbinderei
von Robert Meyer,
Inb.: P. Gollets
Mariannenstr. 3. Tel. Mpl. 346

Zentral-Verband der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands.

Filiale Groß-Berlin.
Freitag, den 27. Februar, abends 6^{1/2} Uhr, im Lokal
von Paul Obiglio (früher Keller), Köpenickerstr. 29:
Ordentliche Generalversammlung.
Tagesordnung:
1. Bericht des Gesamtvorstandes vom 4. Quartal 1913 und Diskussion
über den Jahresbericht des Gesamtvorstandes.
2. Diskussion über die in den Bezirken aufgestellten Kandidaten zu dem
Vorsitzende, den Kreisposten, den Arbeitsnachweisführern und zur Lohn-
kommission.
3. Verlesenen. 196/2
Mitgliedsbuch legitimiert!
Johreihen Besuch erwartet Der Vorstand.

Die Arbeitslosenkontrollstelle für Wilmerstadt
befindet sich wieder von heute ab bei Zelte, Branden-
burgerstraße 60. D. D.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands.

Geschäftsstelle Groß-Berlin.
Engelauer 15. Tel.: Amt Moritzplatz 13261.

Einladung

zu der am Sonntag, den 1. März, in den Andreas-Betteln,
Andreasstr. 21, stattfindenden
Ordentlichen General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Jahresbericht der Verwaltung und der Kommissionen. 2. Wahl eines
Revisors. 3. Anträge. 153/6
Es ist Ehrenpflicht eines jeden Kollegen in der Versammlung zu er-
scheinen. Sorgt für guten Besuch.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Ortsverwaltung.

Große, helle Räume
zu vermieten.
Die bisher von der Wigen, Orth-
krankenkasse für Berlin-Oberhans-
nauke benutzten Räume im
Haus Eismannstr. 13 I sind im
ganzen oder geteilt sofort oder später
billig zu vermieten.
Auskunft durch den Vorstehen-
den, Herrn Restaurateur Schneider, Ra-
dierstraße 21.

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —
Ehrlich-Wata-Kur (Dauer 12 Tage).
Blutuntersuchung. Schnelle, sichere
schmerzlose Heilung ohne Beru-
störung. Mäßige Preise.
Sprechst. v. 8-3. Sonntags 9-11

Beantwortlicher Redaktionsrat: Alfred Bölling, Reudnitz. Für den Inzeratenteil verantw.: Dr. Wiede, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts